

**Innenausschuss**  
**Wortprotokoll**  
70. Sitzung

**Öffentliche Anhörung**

**am Montag, 16. Juni 2008, von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr**  
**Reichstagsgebäude, Raum 3 S 001**  
**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB**

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen  
zum Thema

**„Antisemitismus in Deutschland“**

## **Anhørungsstrukturierung**

14:00 Uhr

**Begrüßung**

14:05 Uhr

**Eingangsstatements der Sachverständigen**

15:00 Uhr

**Fragerunde**

*Themenblock I: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen*

*Themenblock II: Die Rolle des Bundes in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus*

*Themenblock III: Der Umgang der Sicherheitsbehörden mit dem Antisemitismus*

*Themenblock IV: Erwartungen der jüdischen Gemeinde und zivilgesellschaftlichen Akteure*

	<u>Seite</u>
<b>I. Anwesenheitsliste</b>	5
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitglieder des Deutschen Bundestages</li> <li>• Bundesregierung, Bundesrat, Fraktionen</li> </ul>	
<b>II. Sachverständigenliste</b>	7
<b>III. Sprechregister der Sachverständigen, Abgeordneten und Bundesregierung</b>	8
<b>IV. Protokollierung der Anhörung</b> Bandabschrift	9
<b>V. Anlagen:</b>	
Schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen - Ausschussdrucksachen-Nr.: 16(4)432 A ff -	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Deidre Berger</b> <span style="float: right;">73</span> American Jewish Committee, Berlin - 16(4)432 J -</li> <li>• <b>Prof. Dr. Werner Bergmann</b> <span style="float: right;">76</span> Technische Universität Berlin - 16(4)432 A -</li> <li>• <b>Henryk M. Broder</b> <span style="float: right;">80</span> Journalist und Schriftsteller, Berlin - 16(4)432 H -</li> <li>• <b>Aycan Demirel</b> <span style="float: right;">82</span> Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Berlin - 16(4)432 G neu -</li> <li>• <b>Heinz Fromm</b> <span style="float: right;">84</span> Präsident, Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln - 16(4)432 D neu -</li> <li>• <b>Dipl. Pol Elke Gryglewski</b> <span style="float: right;">89</span> Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin - 16(4)432 C -</li> <li>• <b>Stephan Kramer</b> <span style="float: right;">91</span> Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin - 16(4)432 I -</li> <li>• <b>Thomas Krüger</b> <span style="float: right;">97</span> Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 16(4)432 E -</li> </ul>	

- **Prof. Dr. Julius H. Schoeps** 99  
Universität Potsdam - 16(4)432 B -
- **Jörg Ziercke** 102  
Präsident, Bundeskriminalamt, Wiesbaden - 16(4)432 F neu -

**I. Anwesenheitsliste Mitglieder des Deutschen Bundestages**

**Bundesregierung**

**Bundesrat**

**Fraktionen und Gruppen**

**II. Liste der Sachverständigen für die Öffentliche Anhörung  
am 16. Juni 2008**

- |     |                             |   |
|-----|-----------------------------|---|
| 1.  | Deidre Berger               | American Jewish Committee, Berlin                           |
| 2.  | Prof. Dr. Werner Bergmann   | Technische Universität Berlin                               |
| 3.  | Henryk M. Broder            | Berlin  |
| 4.  | Aycan Demirel               | Kreuzberger Initiative gegen<br>Antisemitismus e.V., Berlin |
| 5.  | Heinz Fromm                 | Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln                       |
| 6.  | Elke Gryglewski             | Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin                          |
| 7.  | Stephan Kramer              | Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin                 |
| 8.  | Thomas Krüger               | Bundeszentrale für politische Bildung,<br>Bonn              |
| 9.  | Prof. Dr. Julius H. Schoeps | Universität Potsdam   |
| 10. | Jörg Ziercke                | Bundeskriminalamt, Wiesbaden                                |

### III. Sprechregister der Sachverständigen, Abgeordneten und Bundesregierung

#### Sprechregister der Sachverständigen

#### Seite

<b>Deidre Berger</b>	10
<b>Prof. Dr. Werner Bergmann</b>	12, 37, 43, 46, 49, 52, 54, 59
<b>Henryk M. Broder</b>	14, 32, 33, 50, 55, 71
<b>Aycan Demirel</b>	17, 36, 69
<b>Heinz Fromm</b>	19, 39, 44, 58
<b>Elke Gryglewski</b>	20, 41, 48
<b>Stephan Kramer</b>	22, 35, 46, 52, 57, 60, 65, 68, 70
<b>Thomas Krüger</b>	24, 57, 59, 67
<b>Prof. Dr. Julius H. Schoeps</b>	26, 34, 38, 43, 54, 62, 64, 68
<b>Jörg Ziercke</b>	28, 58, 66

#### Sprechregister der Abgeordneten

<b>Vors. Sebastian Edathy</b>	9, 17, 31, 32, 33, 34, 35, 40, 43, 44, 49, 52, 54, 55, 56, 58, 62, 63, 65, 67, 69, 70, 72
<b>Kristina Köhler</b>	31, 56, 71
<b>Christian Ahrendt</b>	37, 53, 59
<b>Gabriele Fograscher</b>	40
<b>Gert Weisskirchen (Wiesloch)</b>	41, 62
<b>Petra Pau</b>	45, 66
<b>Monika Lazar</b>	48, 68
<b>Beatrix Philipp</b>	49, 59
<b>Jerzy Montag</b>	53

#### Sprechregister der Bundesregierung

<b>MinRn Christine Hammann (BMI)</b>	63
--------------------------------------	----

#### **IV. Protokollierung der Anhörung**

Vors. **Sebastian Edathy**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 70. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages in der laufenden Wahlperiode, die heute in Form einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Antisemitismus in Deutschland“ stattfindet. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Mein Name ist Sebastian Edathy. Ich bin Vorsitzender des Innenausschusses und werde die heutige Anhörung leiten. Ich danke insbesondere Ihnen, meine Damen und Herren Sachverständigen, dass Sie der Einladung des Innenausschusses nachgekommen sind, um heute Fragen der Kolleginnen und Kollegen zum Thema „Antisemitismus“ zu beantworten und mit uns über dieses Phänomen zu diskutieren. Die Ergebnisse der Anhörung sollen dazu dienen, weitere Beratungen des Deutschen Bundestages über dieses Thema mit zu beeinflussen und vorzubereiten. Ich denke, wir haben allen Anlass als Parlamentarier in Deutschland, uns gerade diesem Thema mit besonderer Aufmerksamkeit zu widmen, und ich darf nur auf die letzten Untersuchungsergebnisse von Prof. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld zur sogenannten „gruppenbezogenen Menschlichkeit“ hinweisen. Ich begrüße die anwesenden Gäste und Zuhörer, auch die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung. Peter Altmaier als parlamentarischer Staatssekretär hat für den weiteren Verlauf der Anhörung sein Kommen bereits angekündigt. Wir haben die Damen und Herren Sachverständigen gebeten, soweit ihnen möglich, schriftliche Stellungnahmen abzugeben. Soweit dies geschehen ist, bedanke ich mich dafür im Namen des Ausschusses sehr herzlich. Die Stellungnahmen sind verteilt worden und liegen auch im Eingang zum Sitzungsraum aus. Sie werden zudem dem Protokoll über die heutige Anhörung beigelegt. Ich gehe davon aus, dass das Einverständnis der Sachverständigen zur öffentlichen Durchführung der Anhörung, auch die Zustimmung zur Aufnahme ihrer schriftlichen Stellungnahmen in eine später noch zu erstellende Gesamtdrucksache umfasst. Von der heutigen Anhörung wird zudem eine Bandabschrift gefertigt. Das Protokoll wird den Sachverständigen mit der Bitte, etwaige Korrekturen vorzunehmen in den kommenden Wochen übersandt. Die Details zur weiteren Behandlung der Korrekturabschriften werden ihnen dann schriftlich mitgeteilt. Die Gesamtdrucksache bestehend aus dem Protokoll der heutigen Sitzung und den schriftlichen Stellungnahmen wird nach ihrer Fertigstellung auch in das Internetangebot des Deutschen Bundestages eingestellt und dort nachlesbar sein können. Zudem wird die heute stattfindende Anhörung über den Hauskanal des Deutschen Bundestages übertragen. Zum zeitlichen Ablauf möchte ich anmerken, dass insgesamt vorgesehen ist, die Anhörung gegen 17.30 Uhr zu beenden. Das heißt, wir haben gut dreieinhalb Stunden für die Anhörung Zeit. Einleitend sollen die Sachverständigen die Gelegenheit zu einer mündlichen Stellungnahme zum Beratungsgegenstand haben, die bitte eine Dauer von jeweils 5 Minuten nicht überschreiten sollte. Dabei steht es den Damen und Herren Sachverständigen frei, sich grundsätzlich zur Anhörungsthematik zu äußern oder sich auf einen Schwerpunkt der Thematik zu konzentrieren. Im Anschluss an die

Stellungnahmen der Sachverständigen, die hier vorgetragen werden, würden wir mit der Befragung durch die Berichterstatter und Berichterstatterinnen aus dem Ausschuss und weitere Abgeordnete anhand der aus der Einladung ersichtlichen Themenblöcke beginnen. Wir als Ausschuss haben für die einzelnen Themenblöcke keine konkrete Zeitdauer vorgegeben, aber ich erlaube mir doch insgesamt den zeitlichen Rahmen mit im Auge zu haben, falls wir bei einem Aspekt deutlich zu lange verweilen sollten. Ich darf schon jetzt die Fragen stellenden Abgeordneten darum bitten, dass sie konkret diejenigen Sachverständigen benennen, an die die Frage gerichtet ist. Entsprechend der alphabetischen Reihenfolge der Sachverständigen darf ich nun Frau Berger vom American Jewish Committee mit Sitz in Berlin um ihre Eingangsstellungnahme bitten. Frau Berger, bitte.

**SV Deidre Berger** (American Jewish Committee, Berlin): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder. Es ehrt mich sehr, dass Sie mich gebeten haben, heute meine Vorstellung zum Kampf gegen Antisemitismus darzulegen. Menschen- und Bürgerrechte als Grundlage einer demokratischen Regierungsform werden von diesem uralten Hass fundamental angegriffen. Der Schmelbrand des Hasses muss gelöscht werden, bevor er, wie so oft in der Vergangenheit, Flammen schlägt. Ich gratuliere Ihnen zur Abhaltung dieser Anhörung. Der schockierende Ausbruch antisemitischer Gewalt im Jahr 2000 in Europa und die unselige anti-israelische Agenda vieler Staaten bei der Durban-Konferenz 2001 waren Weckrufe, den Kampf gegen Antisemitismus mit aktiveren und besser strukturierten Mitteln zu intensivieren. Es ist erfreulich, dass die deutsche Regierung in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und der Zivilgesellschaft energisch auf diese Krise reagiert hat. Die deutsche Regierung war die treibende Kraft in der Verankerung von Antisemitismus als eine Priorität in der Arbeit multilateraler Organisationen, einschließlich der OSZE als Resultat einer denkwürdigen Konferenz 2004. Im deutschen Außenministerium wurde die Stelle eines Sonderbeauftragten für Beziehungen zu jüdischen Organisationen eingerichtet, entsprechend ähnlicher Positionen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. Im Deutschen Bundestag fanden schon 2006 und 2008 zwei internationale Anhörungen zum „Antisemitismus“ statt. Weiterhin gab es eine Sonderanhörung mit Mitgliedern der britischen Parlamentarierkommission zu Antisemitismus. Auf Seiten der Zivilgesellschaft riefen das American Jewish Committee und der Zentralrat der Juden in Deutschland das „NGO Forum Berlin“ ein, um wichtige deutsche Institutionen und Organisationen, die sich mit Antisemitismus beschäftigen, zusammen zu bringen. Die „Task Force: Education on Antisemitism“ spielte in den letzten sechs Jahren eine wichtige Rolle, indem sie Pädagogen, die Bildungsstrategien im Kampf gegen Antisemitismus entwickeln, untereinander vernetzt. Seitdem wurden andere wichtige Netzwerke gegründet, bspw. durch die Amadeu-Antonio Stiftung, Honestly Concerned und die Jüdische Gemeinde zu Berlin. Trotz der Fortschritte im Kampf gegen Antisemitismus bleibt die Situation ernst. Täter decken das politische Spektrum von linksextrem bis rechtsextrem ab. Sie schlagen Kapital aus anti-jüdischen Vorurteilen und Stereotypen, die überall in der Gesellschaft zu finden sind. Es gibt von links bis rechts viele Beispiele.

Ich will nicht zu viel Zeit verwenden, um das hier auszuführen, aber bemerken, dass die Verbreitung von Antisemitismus in der muslimischen Welt auch in Deutschland lebende Muslime beeinflusst. Das Problem besteht aber auch in der Mitte der Gesellschaft, weil es weiterhin eine Vielzahl von Vorurteilen gibt, in denen Juden unterstellt wird, raffgierig, rachelüstern, mächtig und verschwörerisch zu sein und vor allem nach Weltherrschaft zu streben. Kürzlich wurden diese Vorurteile z. B. in einem kritischen Artikel über die Arbeit der Claims Conference hervorgerufen. Das Antisemitismusproblem ist auch im Fußball sehr sichtbar, besonders in den unteren Ligen. So gibt es kaum ein Spiel von TuS Makkabi Berlin ohne antisemitistische Gesänge und Schmähungen. Wirklich problematische Darstellungen des modernen Israel finden sich überall, von den Medien bis hin zu deutschen Kinderbüchern. Zum Beispiel erschien kürzlich eine politische Karikatur im Berliner „Tagesspiegel“, die den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert mit stereotypischem jüdischem Gesicht darstellte, in einem Auge der Davidstern, im anderen das Dollarsymbol. Der Umschlag der deutschen Ausgabe des Buches „Die Israel-Lobby“ von Stephen Walt und John Mearsheimer über die angebliche Existenz dieser Lobby auf die amerikanische Außenpolitik, stellt die amerikanische Flagge mit Davidstern dar. In „Rachel lebt in Israel, Nassar im Westjordanland“, einem Kinderbuch, steht, dass die Israelis angeblich schon vor 1948 die meisten Palästinenser vertrieben haben. Die Aussage, „die Auseinandersetzung zwischen einem arabischen Bündnis der Staaten Ägypten, Jordanien sowie Syrien und Israel dauerte vom 5. Juni bis zum 10. Juni 1967“, trivialisiert den Sechs-Tage-Krieg. Der kontroverse Film „Paradise Now“ über die Motive palästinensischer Selbstmordattentäter enthält viele Klischees und Stereotypen über Israelis. Dafür hat er viele Preise bekommen. Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg möchte die Verwaltung eine Ausstellung unterstützen, die die Berliner Mauer mit Fotos des Sicherheitszaunes im heutigen Israel vergleicht. Dabei werden die grundlegenden Unterschiede dieser beiden Anlagen übersehen. Was kann nun getan werden, um das Problem des Antisemitismus darzustellen?

Erstens: Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sollten sich auf eine gemeinsame Definition von Antisemitismus verständigen, um die Erkennung und Beobachtung zu verbessern. Die Definition, die es dafür zu empfehlen gibt, ist vom European Union Monitoring Centre 2005 entworfen worden. Diese ist in der OSZE und in der Fundamental Rights Agency weit verbreitet. Diese fehlt aber hier in Deutschland und es fehlt auch in dem kürzlich vom Bundesinnenminister vorgestellten Verfassungsschutzbericht 2007 der Bezug auf diese Definition. Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Webseite des European Forums on Antisemitism ([www.european-forum-on-antisemitism.org](http://www.european-forum-on-antisemitism.org)) gegenwärtig diese „Working Definition“ in 20 Sprachen, darunter Deutsch, enthält. Ich möchte auch auf ein System der Datenerhebung in Frankreich in Schulen aufmerksam machen. Deutsche Schulverwalter haben uns darauf hingewiesen, dass es auch hier Probleme gibt und hier könnten wir von den Franzosen lernen.

Zweitens: Forschungsprojekte zu besseren Definitionen und zur Bekämpfung von Antisemitismus sollen konzipiert und in Auftrag gegeben werden. Trotz wichtiger Arbeit

und einer groß angelegten Studie zu Antisemitismus würden diese für Regierungs- sowie für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Erarbeitung von Gegenstrategien sehr helfen.

Drittens: Dringend gebraucht werden Lehrpläne in Schulen, um Wissen über jüdisches Leben und die Geschichte über das heutige Israel zu verbessern.

Viertens: Lehrer, Mitarbeiter von Verwaltungen, Polizisten, Justizmitarbeiter, Journalisten, Religionsvertreter und andere benötigen Schulungen, damit sie für Ausdrucksformen des Antisemitismus sensibilisiert werden.

Fünftens: Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus benötigen langfristige Strategien, die sich durch die NGOs über eine lange Zeit entwickeln können.

Sechstens: Es ist sehr wünschenswert, einen Bundesbeauftragten auf Parlaments- oder Regierungsebene einzusetzen, um die Überprüfung zu verbessern, Gegenstrategien umzusetzen, verschiedene Ebenen der Regierung zu koordinieren und jedes Jahr einen Bericht vorlegen zu können, in dem die Vorfälle, Trends und Aktionen gegen Antisemitismus dargelegt werden. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, diese Informationen hier darzustellen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Frau Sachverständige. Das Wort hat als nächster Sachverständiger Prof. Dr. Werner Bergmann vom Zentrum für Antisemitismusforschung von der Technischen Universität Berlin.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann** (Technische Universität Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich werde mich in meiner Stellungnahme ganz auf das mir gestellte Thema, nämlich die Frage der Einstellungsdimension beschränken. In der Diskussion werde ich auch zu anderen Punkten gerne Stellung nehmen, denn es ist natürlich wichtig, zwischen antisemitischen Einstellungen, antisemitischen Übergriffen, der Wahl rechtsextremer Parteien usw. zu unterscheiden, da es Dimensionen sind, die sich teilweise voneinander unabhängig entwickeln. Denn wir haben etwa in den 50er Jahren eine extrem antisemitisch eingestellte deutsche Bevölkerung gehabt und einen relativ geringen Anteil an antisemitischen Straftaten. Wir müssen diese Dimensionen sehr deutlich auseinander halten. Wenn wir die Einstellungsentwicklung über die Geschichte der Bundesrepublik insgesamt seit den späten 40er Jahren betrachten, muss man einen Rückgang antisemitischer Einstellungen in der Gesamtbevölkerung konstatieren. Wenn wir uns jetzt kürzere Zeiträume anschauen, und das ist natürlich wichtig für aktuelle Trends, dann zeigt eine neuere ALLBUS-Studie von 2006, in der Frage von 1996 identisch wiederholt worden sind, einen leichten Anstieg antisemitischer Einstellungen. Das ist für die Geschichte der Bundesrepublik eine neue Entwicklung gegenüber den Jahrzehnten zuvor, wo wir einen kontinuierlichen Rückgang erlebt haben. Die von Herrn Edathy erwähnte Studie von Heitmeyer zeigt von 2000 bis 2007 im Wesentlichen eine stabile Einstellungslage

mit leichten Ausschlägen. Dabei ist interessant, dass sie sich 2003, als die große Debatte über den Nahost-Konflikt geführt wurde, verschlechtert hat, d. h., wir müssen immer damit rechnen, dass bestimmte Ereignisse hier sozusagen kurzfristig auf Einstellungen einwirken, die dann aber wieder in die Ausgangslage zurückkehren.

Was die soziale Distanz zu Juden angeht, die in diesen Studien auch ermittelt worden ist, so werden Juden im Vergleich zu anderen Minderheiten in Deutschland, etwa Türken, Asylbewerber oder auch Aussiedler deutlich weniger abgelehnt. Die soziale Distanz zu Juden ist relativ gering, etwa auf dem Niveau der Distanz gegenüber Italienern in Deutschland. Das liegt vor allem auch daran, dass man Juden öffentlich relativ wenig wahrnimmt. Gefragt nach dem Lebensstil der Juden antworten viele Befragte mit: Ich weiß gar nicht, wie diese Gruppe lebt. Hier gibt es relativ wenig Kenntnisse. Was die Ost-West-Unterscheidung angeht, so haben wir immer noch eine gewisse Differenz. In den neuen Bundesländern ist Antisemitismus in der Gesamtbevölkerung nach wie vor etwas seltener, aber es gibt hier in den letzten 15 Jahren Angleichungstendenzen und sehr deutlich ist auch, dass jetzt unter der jugendlichen Kohorte, also der von 18 bis 29 Jahren, das erste Mal in den neuen Bundesländern deutlich häufiger antisemitische Einstellungen vorkommen, als in der Vergleichsgruppe in den westlichen Bundesländern. Wesentliche Faktoren sind nach wie vor Alter und Bildung. Wir behandeln den Antisemitismus und den Rechtsextremismus ja immer als ein Jugendproblem, das trifft für die Einstellungsebene nicht zu. Hier ist es sehr deutlich, dass mit zunehmendem Alter antisemitische Einstellungen häufiger anzutreffen sind und vor allem gibt es einen Generationssprung, so um die 50/55 Jahre herum, während man in den jüngeren Generationen eine Abnahme antisemitischer Einstellungen erkennen kann.

In Bezug auf die Bildung besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und der Verbreitung antisemitischer Einstellungen. Die Frage, wovon diese Einstellungen abhängen, ist empirisch sehr schwer zu beantworten. Auf der einen Seite ist es sehr deutlich geworden, auch in den Studien von Heitmeyer, dass der Antisemitismus Bestandteil eines allgemeinen Syndroms – wie er es nennt – von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist. Er geht mit Fremdenfeindlichkeit, mit Ablehnung von Homosexuellen usw. zusammen. Antisemitismus ist also Teil eines größeren Einstellungskomplexes. Es ist relativ wenig Einfluss von aktuellen, etwa ökonomischen, Krisen auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen zu erkennen. Ganz deutlich ist die enge Verbindung mit ideologischen Wertorientierungen, also einmal ausgeprägtem Nationalismus, mit Autoritarismus, einem starken Hang zu Konformismus und der Ablehnung der Demokratie als Regierungsform, also nicht im Sinne von Opposition, sondern im Sinne einer ganz grundsätzlichen Infragestellung dieses Prinzips. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Antisemitismus liegen heute – meiner Ansicht nach – einmal in der Abwehr des Schuld- oder Verantwortungsvorwurfs bzw. der Erinnerung an den Holocaust. Das ist nach wie vor das zentrale Thema. Juden werden als die Störenfriede der Erinnerung wahrgenommen, wobei ihnen dabei politische und ökonomische Motive unterstellt werden, sie würden die Erinnerungen an

den Holocaust zu politischen Einflusszwecken ausnutzen. Sei es, dass Israel diese Erinnerungen benutzt, sei es, dass es um ökonomische Fragen geht. Bei der Frage der Restitution, die Sie gerade erwähnt hatten, kommt das im Moment wieder sehr stark zum Tragen. Der zweite Kontext ist sicherlich der Nahost-Konflikt. Wir haben gesehen, dass sich die Entwicklungen im Nahen Osten offenbar auch auf die Wahrnehmung von Juden in den europäischen Ländern auswirken, und wir können statistisch auch sehen, dass es einen sehr starken Zusammenhang zwischen antizionistischen oder scharf israelkritischen Positionen und Antisemitismus gibt. Wir wissen nur nicht genau, in welche Richtung die Kausalität wirkt. Die Antisemiten haben „natürlich“ Israel ebenso als Feindbild, wie die einheimischen oder die Juden in den anderen Ländern.

Der dritte, etwas neuere Entwicklungsaspekt ist die Globalisierung, insbesondere das Wirken der Finanzmärkte. Das ist ja ein Thema, was uns in den letzten Jahren sehr intensiv beschäftigt, und man sieht, Horst Mahler steht exemplarisch dafür, dass hier die alten Stereotypen des Verschwörungsdenkens über die jüdische Finanz- und Weltmacht wieder sehr stark hervortreten. Natürlich wirken die Themen Terrorismus, Irakkrieg usw. alle in die gleiche Richtung. Die Frage, wer eigentlich an diesen Entwicklungen Schuld ist, wird von manchen in antisemitischer Weise beantwortet. Andere ältere Faktoren des Antisemitismus wie Religion oder der gesellschaftliche Einfluss von Juden im Lande scheinen nicht ganz so stark zu sein, sie scheinen etwas an Gewicht verloren zu haben. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Edathy**: Danke, Herr Prof. Bergmann. Das Wort hat jetzt der Sachverständige Henryk M. Broder, bitte.

SV **Henryk M. Broder** (Journalist, Berlin): Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Köhler, sehr geehrter Herr Edathy. Ich danke Ihnen für die Einladung zu dieser Anhörung. Es ist mir eine Ehre, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich weiß, dass es im Vorfeld einige Irritationen wegen meiner Teilnahme gegeben hat. Ich bin sicher, dass Sie es am Ende meines Statements nicht bereuen werden, mich eingeladen zu haben. Es ist nicht die erste Anhörung zum Thema Antisemitismus, und es wird mit Sicherheit nicht die letzte bleiben. Seit der Schriftsteller und bekennende Judenfeind Wilhelm Marr im Jahre 1879 die Schrift „Der Sieg des Germanentums über das Judentum – vom nicht-konfessionellen Standpunkt aus betrachtet“ veröffentlichte und damit für eine Weile zum Wortführer des politischen Antisemitismus im Kaiserreich avancierte, hat es zahllose Versuche gegeben, den Antisemitismus zu definieren, zu erklären und zu neutralisieren – sie sind alle gescheitert. Wäre dem nicht so, säßen wir heute nicht hier. Jede Diskussion über den Antisemitismus fängt mit einer Begriffsbestimmung an, viele kommen nicht darüber hinaus, und um am Ende aller Bemühungen das Phänomen in den Griff zu bekommen, steht die Erkenntnis: Antisemitismus ist, wenn man die Juden noch weniger leiden kann, als es an sich notwendig ist. Ich möchte mich deswegen auf zwei Punkte konzentrieren, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, zwei Argumente, die man beachten muss, wenn man nicht eine virtuelle Debatte führen will:

Erstens: Wir haben es beim Antisemitismus nicht mit einem Vorurteil, da bin ich anderer Meinung als Frau Deidre Berger, sondern mit einem Ressentiment zu tun. Vorurteile sind harmlos, man braucht sie, um sich im Leben zurechtzufinden. Ich habe Vorurteile, Sie haben Vorurteile, jeder Mensch hat Vorurteile. Und wir stören uns nur an negativen Vorurteilen. Wenn ich Ihnen sage, dass die Deutschen fleißig, diszipliniert und gastfreundlich sind, werden Sie mir erfreut zustimmen. Wenn ich dagegen sage, dass die Deutschen geizig, humorlos und kindisch sind, werden Sie sich vermutlich empören. Das, werden Sie sagen, ist eine unzulässige Verallgemeinerung. Mit den Juden ist es genauso. Positive Vorurteile – das Volk des Buches, das Volk des Witzes – hören wir uns gerne an. Negative, die unsere Neigung zu schlechtem Benehmen thematisieren, fassen wir als Beleidigung auf. Der Unterschied zwischen einem Vorurteil und einem Ressentiment ist folgender: Ein Vorurteil zielt auf das Verhalten eines Menschen, ein Ressentiment auf dessen Existenz ab. Der Antisemitismus gehört in die Kategorie der Ressentiments. Der Antisemit nimmt dem Juden nicht übel, wie er ist und was er tut, sondern dass er existiert. Der Antisemit nimmt dem Juden sowohl die Abgrenzung wie die Anpassung übel. Reiche Juden sind Ausbeuter, arme Juden sind Schmarotzer, kluge Juden sind überheblich und dumme Juden, die gibt es auch, sind eine Schande für das Judentum. Der Antisemit nimmt dem Juden prinzipiell alles übel, auch das Gegenteil. Deswegen bringt es nichts, mit Antisemiten zu diskutieren, sie von der Absurdität ihrer Ansichten überzeugen zu wollen. Man muss sie ausgrenzen, sie in eine Art sozialer Quarantäne isolieren. Die Gesellschaft muss klar machen, dass sie den Antisemitismus und den Antisemiten verachtet, so, wie sie die Prügelstrafe als Mittel der Erziehung und die Vergewaltigung – auch die eheliche – verachtet, wohl wissend, dass sie nicht alles kontrollieren kann, was hinter zugezogenen Gardinen und unter vier Augen passiert.

Zweitens: Wenn Sie dem Antisemitismus beikommen wollen, müssen Sie einsehen, dass er keine fixe Größe ist, wie der Urmeter in Paris oder die Definition für Volt, Watt und Ampere. Wie alle sozialen Phänomene unterliegt auch der Antisemitismus einem Wandel. Auch Armut ist heute nicht mehr das, was sie zurzeit von Oliver Twist und Aschenputtel war. Der Antisemitismus, über den wir immer noch am liebsten reden, stammt aus der Asservatenkammer des letzten und vorletzten Jahrhunderts. Es ist, um mit Bebel zu sprechen „der Antisemitismus der dummen Kerle“, die noch immer einem Phantom nachjagen. Der gewöhnliche Antisemit hat vom Gegenstand seiner Obsessionen keine Vorstellung, nur eine diffuse Ahnung. Er tobt sich aus, indem er Hakenkreuze an Bauzäune malt und „Juda verrecke“ auf Grabsteine schmiert. Dies ist ein Fall für die Polizei und das örtliche Amtsgericht, nicht mehr. Niemand wird sich mit Rabauken solidarisieren, die den Arm zum Hitlergruß heben und dabei „Juden raus!“ schreien. Diese Art des Antisemitismus ist hässlich, aber politisch irrelevant, ein Nachruf auf sich selbst. Dazu gehören übrigens auch Antisemiten, z. B. vom Typus Horst Mahler. Sie ahnen, dass sie völlig irrelevant sind und auch das macht sie so bössartig und gemein, aber sie bleiben irrelevant. Der moderne Antisemit dagegen tritt ganz anders auf, er hat keine Glatze, dafür Manieren, oft auch einen akademischen

Titel. Er trauert um die Juden, die im Holocaust ums Leben gekommen sind, stellt aber zugleich die Frage: Warum die Überlebenden und ihre Nachkommen aus der Geschichte nichts gelernt haben und heute ein anderes Volk so misshandeln, wie sie selber misshandelt wurden? Der moderne Antisemit glaubt nicht an die „Protokolle der Weisen von Zion“, dafür phantasiert er über die „Israel-Lobby“, die Amerikas Politik bestimmt, so wie ein Hund mit dem Schwanz wedelt. Der moderne Antisemit gedenkt selbstverständlich jedes Jahr der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar. Zugleich aber tritt er für das Recht des Iran auf atomare Bewaffnung ein, denn: „Was man Israel oder Pakistan gewährt hat, kann man dem Iran nicht verweigern.“ – Originalton Norman Peach. Oder er dreht kausale Zusammenhänge um und behauptet, die atomare Bedrohung gehe nicht vom Iran, sondern von Israel aus, wie es Prof. Udo Steinbach vor ein paar Tagen in einem Interview getan hat. Der moderne Antisemit findet den ordinären Antisemitismus schrecklich, bekennt sich aber ganz unbefangen zum Antizionismus, dankbar für die Möglichkeit, seine Ressentiments in einer politisch korrekten Form auszuleben. Denn auch der Antizionismus ist ein Ressentiment wie es der klassische Antisemitismus war. Der Antizionist hat die gleiche Einstellung zu Israel wie der Antisemit zum Juden. Er stört sich nicht daran, was Israel macht oder unterlässt, sondern daran, dass es Israel gibt. Deswegen beteiligt er sich so leidenschaftlich an Debatten über eine Lösung der Palästina-Frage, die für Israel eine Endlösung bedeuten könnte. Während ihn die Zustände in Darfur, in Simbabwe, im Kongo und in Kambodscha kalt lassen, weil dort keine Juden involviert sind. – Fragen Sie doch mal den außenpolitischen Sprecher der PDS, wie viele Stellungnahmen er in den letzten Monaten zu Palästina abgegeben hat und wie viele zu Tibet, danach reden wir weiter. – Früher, sagen wir zu der Zeit von Wilhelm Marr, Karl Lueger und Adolf Stoecker, war alles ganz einfach. Es gab die Juden, die Antisemiten und den Antisemitismus. Nach 1945 gab es dann aus den bekannten Gründen einen Antisemitismus ohne Juden, und heute haben wir es wieder mit einem neuen Phänomen zu tun, einem Antisemitismus ohne Antisemiten. Neu ist auch das Berufsbild des Freizeitantisemiten, der tagsüber seiner regulären Arbeit nachgeht, u. U. sogar bei einer Bundesbehörde, und nach Dienstschluss israelkritische Texte verfasst, die dann auf obskuren antizionistischen Websites erscheinen. Niemand will heute ein Antisemit sein, aber in der „Hall of Fame“ der Antizionisten wird der Platz langsam knapp. Antisemitismus und Antizionismus sind zwei Seiten derselben Münze. War der Antisemit davon überzeugt, dass nicht er, der Antisemit, sondern der Jude am Antisemitismus Schuld ist, so ist der Antizionist heute davon überzeugt, dass Israel nicht nur für die Leiden der Palästinenser, sondern auch dafür verantwortlich ist, was es selbst erleiden muss. Die Älteren unter Ihnen werden sich genauso wie ich vielleicht noch an den Satz erinnern, mit dem ein grüner Politiker, der noch immer dem Bundestag angehört, zur Zeit des ersten Golfkrieges die irakischen Raketenangriffe auf Israel Anfang 1991 kommentiert hat: „Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.“ Derselbe grüne Politiker sprach sich damals auch gegen die Lieferung von Defensivwaffen – den Patriot-Raketen – an Israel aus, weil diese Defensivwaffen ebenfalls zur Eskalation der Lage beitragen würden. Heute, 17 Jahre später, hören und lesen wir ähnliche Sätze über Raketenangriffe aus

dem südlichen Libanon und dem Gaza-Streifen, die auf Israel abzielen. Dass sie die logische, fast zwangsläufige Folge der Besatzungspolitik Israels seien und dass Israel gut daran täte, nicht zu reagieren, um eine Eskalation zu vermeiden, denn der moderne Antisemit verehrt Juden, die seit 60 Jahren tot sind, nimmt es aber lebenden Juden übel, wenn sie sich zur Wehr setzen. Er ruft: „Wehret den Anfängen“, wenn eine handvoll Hobby-Nazis in Cottbus aufmarschiert, rechtfertigt aber die Politik des iranischen Präsidenten und den Fortgang der Geschäfte mit dem Iran. Meine Damen und Herren, wir werden das Problem des Antisemitismus nicht lösen, nicht bei dieser Anhörung und nicht bei der nächsten, aber alleine, dass Sie sich mit diesem Thema befassen, obwohl es andere und wichtigere Probleme gibt, die behandelt werden wollen, ist ein gutes Zeichen. Wenn ich Ihnen in aller Demut und Bescheidenheit eine Empfehlung geben darf: Überlassen Sie die Beschäftigung mit dem guten alten Antisemitismus à la Horst Mahler den Archäologen, Antiquaren und Historikern. Kümmern Sie sich um den modernen Antisemitismus im Kostüm des Antizionismus und dessen Repräsentanten, die es auch in Ihren Reihen gibt. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Sachverständiger Broder. Ich darf die sieben Sachverständigen, die ihre Stellungnahme noch abzugeben haben, bitten, in einer Hinsicht ihren Vorrednern, soweit sie bisher gesprochen haben, nicht nachzueifern, nämlich in der Frage, wie fünf Minuten zu interpretieren sind. Fünf Minuten sind eine objektive Größe. Wir haben zwei Uhren hier, die hier jeweils links und rechts an der Wand hängen. Es wäre auch für die Möglichkeit, den Abgeordneten nachher Fragen zu stellen, ganz hilfreich, wenn man sich eher an fünf als an zehn Minuten orientieren könnte. Als nächstes hat das Wort der Herr Sachverständige Aycan Demirel von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus.

SV **Aycan Demirel** (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V., Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses, vielen Dank für Ihre Einladung. Für die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, die im Bereich der Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus kämpft, möchte ich Ihnen kurz einige Erfahrungen aus unserer Arbeit vorstellen. Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus ist eines der ersten Projekte, die sich vor Ort der Herausforderung des Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft stellt. Das heißt in unserem Fall, vor allem in muslimisch geprägten Communities in Berlin Kreuzberg. Aktuell entwickeln wir im Rahmen des von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Programms „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz“ pädagogische Konzepte zu den Themen „Nahost-Konflikt“ und „Islamistischer Antisemitismus“ für Haupt- und Realschulen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit ist die Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte und die Aufklärung über die Shoa in mehrheitlich von Einwandererkindern geprägten Schulklassen. Die Gründung der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und unsere derzeitige Arbeit wären ohne das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ und die Vorläuferprogramme „Entimon“ und „Civitas“ nicht möglich gewesen.

Nun zum Phänomen des Antisemitismus: Weder ist Antisemitismus ein neues Problem, noch handelt es sich allein um ein spezifisches Problem der Einwanderungsgesellschaft. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine globale und vielschichtige Herausforderung. Die Kontinuität und breite Verankerung des Phänomens erfordert auch oder gerade in der deutschen Gesellschaft langfristige Strategien. Auf der Grundlage unserer Erfahrungen lassen sich drei zentrale Notwendigkeiten ableiten:

Erstens: Neben der notwendigen finanziellen Unterstützung von Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stehen sowohl die politischen Parteien als auch die Bundesregierung weiter vor der Aufgabe, ein politisches Klima zu schaffen, das den gesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus erleichtert. Das Engagement geförderter Initiativen stößt auf lokaler Ebene immer wieder auf Vorbehalte und Abwehr. Die in den Förderrichtlinien des Bundesprogramms gestärkte Rolle der Kommunen für die Vergabe von Fördermitteln hat derartige Probleme dort, wo sie bereits bestehen, eher verschärft. Die Parteien und ihre Abgeordneten sollten durch eine geschlossene Positionierung gegen Israelfeindschaften und Antisemitismus den Stellenwert der lokalen Initiativen hervorheben und dadurch deren Arbeit unterstützen.

Zweitens: Eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit gegen Antisemitismus ist von einer strukturellen Absicherung abhängig. Nur durch eine beständige Tätigkeit und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ist es möglich, im komplexen lokalen Umfeld Vertrauensverhältnisse aufzubauen und zu pflegen. Im Alltag der Projektarbeit dominieren jedoch in der Regel eine schwache finanzielle Ausstattung und der häufige Wechsel von einem Modellprojekt zum nächsten. Unter diesen Bedingungen ist die Aufrechterhaltung qualitativer Standards mit einem erheblichen persönlichen Mehraufwand verbunden. Die Herstellung von Planungssicherheit bedeutet nicht zuletzt, personelle Kontinuitäten und individuelle Kompetenzen auch dauerhaft zu sichern. Darüber hinaus sollten insbesondere die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Trägern erleichtert werden. Die Ergänzung des schulischen Bildungsauftrages durch externe Partner sollte über die Durchführung von Projekttagen in den Schulen hinausgehen.

Drittens: Die Förderpraxis des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ stellt gerade kleine Initiativen vor Ort, die für die Arbeit gegen Antisemitismus von besonderer Bedeutung sind, durch die Anforderungen der gestiegenen Kofinanzierung in Höhe von 50% vor große Hürden. Für das pädagogische Modellprojekt, welches wir als Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus derzeit durchführen, bedeutet dies Folgendes: Der erfolgreiche Abschluss der ersten Projektphase an Berliner Haupt- und Realschulen ist aktuell durch den Wegfall von Drittmitteln in Frage gestellt. Für die zweite Projektphase an Berliner Gymnasien ab 2009 fehlt nach wie vor ein beträchtlicher Teil der Kofinanzierung. Sollte die Akquise der Drittmittel nicht gelingen, wäre dadurch das Fortbestehen unserer Initiative insgesamt gefährdet. Für die erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sehen wir dringenden Bedarf,

das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ entsprechend nachzubessern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Demirel. Das Wort hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm, bitte.

SV **Heinz Fromm** (Bundesamt für Verfassungsschutz, Präsident, Köln): Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst möchte ich mich für die Einladung zu dieser Anhörung sehr herzlich bedanken. Der Verfassungsschutz befasst sich mit Antisemitismus, soweit er als politisch-extremistische Bestrebung sichtbar wird. In diesem Sinne handelt es sich beim Antisemitismus um ein Problem, das nicht von vornherein auf ein bestimmtes extremistisches Potenzial begrenzt ist. Darauf deuten durchgängig auch sozialwissenschaftliche Studien hin, die in Deutschland den Anteil der Personen mit latent antisemitischen Einstellungen mit ca. 20 % angeben. Gleichwohl ist der Antisemitismus neben dem Nationalismus wesentliches Element der Ideologie des Rechtsextremismus und dort überwiegend zu finden, im Übrigen auch in allen Bereichen erkennbar. Meist chiffriert und insinuerend, manchmal auch offen, in allen Fällen jedoch in einer Weise feststellbar, die Gleichgesinnten die tatsächliche antisemitische Intention offenbart. Dies ist bei aller Zwanghaftigkeit, die dem Antisemitismus eigen ist, durchaus so zu werten, dass Rechtsextremisten mit diesem Teil ihrer Ideologie eine Erklärung für politische Probleme und Zusammenhänge anbieten wollen.

Es wird mit Blick auf das bereits erwähnte antisemitische Einstellungspotenzial zu Recht von einer „Brückenfunktion“ zur „Mitte der Gesellschaft“ gesprochen. Insbesondere dieser Umstand macht es aus unserer Sicht notwendig, aktuelle Entwicklungen sorgfältig zu analysieren und ihnen entgegenzutreten, sowohl durch staatliche Repressionen als auch – das ist nicht unser Metier – im Rahmen politischer Bildungsarbeit.

Der Antisemitismus hat ungeachtet seiner immer gleichen Ressentiments und Stereotypen im Laufe der Geschichte eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit entwickelt. Sein Charakter als ideologisches Konstrukt ermöglicht es Antisemiten, hinter unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen und Phänomenen jüdische Mächenschaften zu behaupten. Das galt früher in Bezug auf den Kommunismus, so wie es aktuell für die Globalisierung gilt.

Und einen solchen Formwandel haben wir – ich habe das eben schon angedeutet – auch in den letzten Jahren sehr deutlich gesehen. So steht heute der rassistische Antisemitismus, die ideologische Grundlage nationalsozialistischer Judenvernichtung, obwohl es ihn durchaus noch gibt, Herr Broder hat darauf hingewiesen, nicht mehr im Vordergrund rechtsextremistischer, antisemitischer Agitation. Das dürfte eher weniger mit Einsicht, sondern mit taktisch opportunistischen Überlegungen zu tun haben. Im Fokus der Agitation heute stehen sekundärer Antisemitismus und antizionistischer Antisemitismus. Der eine diffamiert die Juden als Opfer, der andere als Täter. Beide Komponenten werden ergänzt durch Verschwörungstheorien, die überall jüdischen Einfluss feststellen wollen. Verschwörungstheorien, meine Damen und Herren, Sie

wissen das, sind en vogue. Wir haben dies im Zusammenhang mit den Attentaten des 11. September 2001 gesehen, zu denen antisemitische Verschwörungstheorien entwickelt worden sind.

Der Verfassungsschutz beobachtet und analysiert entsprechende Entwicklungen, aber wie schon eingangs bemerkt, nicht nur in Bezug auf den Rechtsextremismus, sondern auch, soweit sie sich in islamistischen oder sonstigen extremistischen Zusammenhängen zeigen. Erkenntnisse und Analysen werden den politischen Entscheidungsträgern übermittelt. Zudem informieren wir im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit über Entwicklungen des Antisemitismus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Sebastian Edathy**: Das Wort hat die Sachverständige Elke Gryglewski von der Einrichtung „Haus der Wannsee-Konferenz“.

SV Dipl. Pol. **Elke Gryglewski** (Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Auch ich möchte mich natürlich für die Einladung bedanken. Ich werde hier die Perspektiven der Gedenkstätten oder zumindest einer Gedenkstätte zum Thema einbringen. Ich hoffe, dass hier allgemeiner Konsens besteht, dass allgemeine Gedenkstätten nicht Besserungsanstalten in dem Sinne sein können, dass sie Menschen, die über verfestigte antisemitische und rechtsextreme Einstellungen verfügen, im Rahmen eines Besuches zur Übernahme anderer Meinungen bringen können. Deshalb werde ich mich im Folgenden, bis auf eine Einstiegsbemerkung, auch auf diejenigen Besucher und Besucherinnen konzentrieren, die kein vom Antisemitismus bestimmtes Weltbild haben. Generell ist zu sagen, dass wir im Haus der Wannsee-Konferenz seit der Eröffnung 1992, wenn überhaupt, eher schlechte Erfahrungen mit antisemitischen Äußerungen älterer Erwachsener machen als mit Bemerkungen Jugendlicher. Dabei kann es sich um Äußerungen handeln, die durch die Bezugnahme auf althergebrachte antisemitische Vorurteile versuchen, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zu relativieren, oder um antisemitische Äußerungen im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts, die auf einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus zielen. Diese Erwachsenen haben keine Fragen an uns und sind nicht an einer inhaltlichen Auseinandersetzung interessiert. Ganz anders verhält es sich in der Regel mit Jugendlichen. Aufgrund der Erfahrungen aus unserer Arbeit halte ich es für sehr wichtig, sich sehr genau anzusehen, ob problematische Äußerungen von Jugendlichen nicht ganz andere Ursachen als eine tatsächliche Identifikation mit antisemitischem Gedankengut haben. Aus Zeitgründen werde ich hier nur zwei zentrale Aspekte nennen.

Erstens: Jugendliche sind sich – unserer Meinung nach – sehr bewusst über den besonderen Stellenwert, den sowohl die NS-Geschichte als auch das Thema Antisemitismus in unserer Gesellschaft haben. Und sie wissen, dass es ein hervorragendes Thema ist, um Lehrer oder andere Pädagogen zu provozieren.

Zweitens: Problematische Äußerungen von Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft, aber auch bildungsbenachteiligter Jugendlicher deutscher Herkunft, sind häufig eine Reaktion auf das Gefühl des Nichtakzeptiertseins durch die Mehrheitsgesellschaft. Angeregt durch die Diskussion um die Frage, wie Erinnerung in der multikulturellen Gesellschaft aussehen könnte und sollte, haben wir im Haus der Wannsee-Konferenz Änderungen in unseren pädagogischen Konzepten vorgenommen, die unter dem Stichwort „Pädagogik der Anerkennung“ zusammengefasst werden können. Dieser Ansatz bedeutet, auf unterschiedlichen Ebenen (organisatorisch und inhaltlich) den Jugendlichen zu vermitteln, dass wir sie wertschätzen, dass wir Interesse an ihnen haben, dass wir auf ihre speziellen Bedürfnisse eingehen, usw. Wir haben auf bildungsbenachteiligte Jugendliche zugeschnittene Konzepte und Materialien entwickelt. Die Informationsblätter unseres Hauses haben wir auch ins Türkische und Arabische übersetzt. Nicht weil wir glauben, dass die Jugendlichen tatsächlich diese Sprache brauchen, sondern um ihnen zu signalisieren, dass wir sie als unsere Besucher wahrnehmen und auch als Besucher haben wollen. Bei Studientagen zur Verfolgungsgeschichte der europäischen Juden haben wir die Materialien für die Schüler durch Dokumente ergänzt, die in Zusammenhang mit den Herkunftsländern vieler Familien multikulturell zusammengesetzter Klassen stehen. Dabei achten wir natürlich immer darauf, dass die Jugendlichen sich nicht auf die Identifizierung mit ihrem Herkunftsland festgelegt fühlen müssen. Schließlich haben wir Projekte entwickelt, bei denen Jugendliche sich zugleich mit der Geschichte des Nationalsozialismus aber auch mit ihren Familiengeschichten beschäftigen. Die Erfahrungen mit diesem Bildungsansatz waren ausgesprochen positiv. Viele Lehrkräfte, die im Vorfeld der Besuche Sorge wegen möglicher antisemitischer Äußerungen ihrer Schüler geäußert hatten, waren erfreut über die Offenheit und das Engagement, mit dem ihre Klassen mitarbeiteten. Wir erleben, wenn sich Jugendliche wertgeschätzt und mit ihren spezifischen Fragen ernst genommen fühlen, kommt es in der Regel nicht zu antisemitischen Äußerungen. Wenn dennoch antisemitische Äußerungen kommen, muss selbstverständlich deutlich dazu Stellung bezogen werden. Unserer Erfahrung nach lässt sich auch ein Reflexionsprozess bei den Jugendlichen besser initiieren, wenn sie sich ernst genommen fühlen.

Wenn ich noch eine Minute habe, würde ich Ihnen gerne anhand eines sehr konkreten Beispiels zeigen, was ich meine: Eine Schulklasse aus Berlin Moabit – einige von Ihnen werden Moabit vielleicht kennen, es ist gar nicht so weit weg von hier – kommt ins Haus der Wannsee-Konferenz. Es ist eine Schulklasse mit sehr vielen Schülern nicht-deutscher Herkunft, ein paar Schüler nicht-deutscher Herkunft verspäten sich in der Ausstellung und der Lehrer sagt lautstark mir gegenüber: „Ach, die Türkenfraktion“. Er sagt es so laut und in einer Form, dass die Schüler deutlich wissen, dass er sie nicht anerkennt, das ist eine Nichtanerkennung im negativen Sinne. Es kommt mit derselben Schulklasse etwa eine halbe Stunde später eine Diskussion zustande, wo einige Schüler problematische Vergleiche zwischen der Situation im Warschauer Ghetto und dem Gazastreifen ziehen und der Lehrer hält sich dezent zurück. Auch das ist – in meinen Augen – eine Form der Nichtanerkennung, denn wenn ich jemanden

wertschätze, wenn mir an jemandem etwas liegt, dann sage ich ihm auch, dass er oder sie etwas Problematisches sagt. Das heißt diese Nichtanerkennung hat zwei negative Aspekte.

Noch eine letzte Bemerkung. Eine Pädagogik der Anerkennung kann – meines Erachtens nach – nur nachhaltig wirken, wenn die Jugendlichen auch real eine Chance bekommen. Das heißt mit anderen Worten: Die Arbeit der Gedenkstätten zur Prävention gegen antisemitisches, rechtsextremes und antidemokratisches Gedankengut kann nur dann Erfolg versprechend sein, wenn es bspw. – unserer Meinung nach – Veränderungen im Bildungssystem gibt oder auch im Bereich der Lehrerfortbildung Vielen Dank!

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Frau Sachverständige. Als nächster Sachverständiger hat das Wort Herr Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.

SV **Stephan Kramer** (Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Ich beglückwünsche Sie, dass Sie eine Anhörung zu dem Thema machen. Ich hoffe, dass es nicht die Letzte sein wird, sondern dass wir uns regelmäßig auch auf dieser Ebene mit diesem Thema beschäftigen werden. Der Vorteil desjenigen, der nach so vielen Kolleginnen und Kollegen spricht, ist der, dass ich umso mehr versuchen werde, mich kürzer zu fassen. Meine umfangreiche Stellungnahme ist heute Morgen schon schriftlich dem Büro des Bundestages zugegangen. Insofern will ich mich auf zwei wesentliche Punkte begrenzen und beschränken. Ich will Ihnen zwei ganz konkrete aktuelle Beispiele geben, die deutlich machen sollen, wovon wir sprechen, wenn wir von Antisemitismus sprechen: Das eine ist ein Leserbriefwechsel, wo es um einen Bericht des Wochenmagazins „Der Spiegel“ geht, und zwar zum Titel „Wie ticken die Deutschen“. Da heißt es von einem Schreiber – Wolfgang Steiger: „Wie vor allem die neudeutsche Generation und alle, die sich neuerdings für Deutsche halten, ticken, frage ich mich in letzter Zeit immer öfter. Ich will ihnen auch erklären warum: Im oben angeführten Spiegelartikel – der wurde mir erst jetzt von deutschgesinnten Landsleuten zugeschickt und unter Landsleuten verstehe ich dabei ausschließlich Angehörige meines eigenen Volkes, deren Vorfahren nachweislich schon seit Jahrhunderten in Deutschland ansässig waren, d. h., keine von irgendwo dahergelaufenen bzw. so genannte Passdeutsche, denen man schon an ihren krummen Nasen ansieht, woher sie kommen, und denen durch die mir vollkommen unverständliche Gewährung dieses Dokuments doch bestimmt nicht automatisch auch noch deutsche Gene zuwachsen – da heißt es: Was glauben sie eigentlich, wer und was sie in den Augen von uns Deutschen sind. Es ist doch immer wieder dasselbe mit euch rotzfrechen Mittelmeeraanwohnern, ob ihr nun Juden, Katalanen, Südfranzosen, Sizilianer, Türken oder sonst etwas seid. Es dürfte ihnen jedoch inzwischen klar geworden sein, dass die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes 90% der Ausländer nur äußerst widerwillig duldet und die zunehmende Überfremdung immer mehr ablehnt. Ich gehöre

zu einem Kreis deutschstämmiger Führungskräfte, welcher – die Ältesten unter uns seit 1945 – die Exportinteressen seines Heimatlandes jahrzehntelang in Spanien und in Portugal bzw. Lateinamerika in vorderster Front verteidigt und wesentlich zur industriellen Entwicklung unserer Gastländer beigetragen hat.“

Der Schreiber lässt sich dann weiter zu dem Problem der Päderasten, Schwulen, Lesben, Emanzen, Piercingträger und Männer, die Pferdeschwänze tragen, aus. Ich will Ihnen das alles jetzt ersparen, das ist dann nachzulesen, und er schließt mit den Worten: „Wir werden allerdings dann zur Stelle sein, wenn der hoffentlich nicht mehr ferne Tag kommen wird, an dem ein für allemal mit diesem Spuk in unserer Heimat aufgeräumt wird. Mit auslandsdeutschem Gruß“. Die E-Mail ist bekannt.

Das zweite Beispiel wird etwas kürzer: Ein Brief, der uns fast jeden Tag in derselben Form erreicht. Zitat: „Wer sich in Deutschland aufhält, hat die Gefühle und die Grundzüge unserer Demokratie zu achten. Wer diese verletzt, das betrifft nicht nur Ausländer, muss sich nicht wundern, wenn Intellektuelle sich offen oder anonym gegen sie wenden.“ – Sie, damit sind wir, die Juden gemeint. – „Was das Judentum angeht, zeigt es doch das arrogante Verhalten, so z. B. das perverse, religiös nicht vorgeschriebene Schächten anderer Lebewesen und die Anzeigenflut gegen Kritiker, sowie die Erpressung des Staates durch permanente Antisemitismusaufschreie und wie uneinsichtig sie mit der Vergangenheit umgehen. Man kann sich einfach des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie das Unrecht, das die Juden schon immer (weshalb eigentlich?) erlitten, schamlos für Ihre Zwecke ausnutzen. Wie ist es sonst zu verstehen, wenn Sie frech und wie selbstverständlich eine stärkere finanzielle Unterstützung der jüdischen Gemeinden fordern. Wir Christen müssen auch Steuern zahlen und privat für unsere Gemeinden aufkommen.“

Ignatz Bubis ist als Präsident oft gefragt worden, wie man denn mit Antisemitismus umgehen sollte, bzw. wie er das Thema Antisemitismus einschätzt. Er hat – ich zitiere ihn – Folgendes darauf geantwortet: „Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind sich teilweise auch insoweit ähnlich, als für die Mehrheit unserer Gesellschaft in Deutschland Juden als Fremde gelten. In Wirklichkeit sind alle diese Erscheinungen nichts anderes als Menschenfeindlichkeit. So, wie man Menschenfeindlichkeit nicht begründen kann, lassen sich Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus bis auf Ressentiments und Vorurteile ebenfalls nicht begründen.“

Ich möchte mit einem kleinen Wunschzettel an die Politik schließen.

Erstens: Unsere konkrete Forderung nach der Schaffung einer Bundesbeauftragten oder eines Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zweitens: In der Tat ein jährlicher Bericht im Deutschen Bundestag zu diesem Themengebiet.

Drittens: Die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, denn die Globalisierung hat auch in diesem Bereich

Einzug gehalten, wie wir immer wieder deutlich feststellen. Dann die Schaffung einer so genannten Produkthaftung für die Betreiber von Internetplattformen, damit sie zumindest zur Verantwortung gezogen werden können für das, was sie in ihrer Internetplattform anderen Anbietern oder den Nutzern zur Verfügung stellen. Die Überarbeitung der Vergabekriterien bei den Fonds im Kampf gegen Rechtsextremismus und Extremismus überhaupt innerhalb der Gesellschaft. Hier werden nach wie vor alte und ineffektive Strukturen weiter finanziert, aber eben nicht konkrete Projekte vor Ort, die tatsächlich bewiesen haben, dass sie erfolgreich sind. Und schließlich und letztens, die Bekämpfung der Demokratieverdrossenheit in unserem Land durch eine Werbung für die Werte unserer Verfassung, für die Werte unseres Staates in unserer Gesellschaft. Damit dürften wir wahrscheinlich den größten Erfolg erzielen, wenn uns das gelingt. Vielen Dank!

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Kramer. Das Wort hat Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

SV **Thomas Krüger** (Bundeszentrale für politische Bildung, Präsident, Bonn): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich darf mich für die Einladung sehr herzlich bedanken. Mit der Bundeszentrale für politische Bildung haben Sie zwar noch keinen Beauftragten gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber immerhin eine Behörde, die beauftragt ist und zwar offiziell, sich mit diesen Fragen intensiv auseinander zu setzen und dieses seit Jahrzehnten auch tut. Wir haben aus den verschiedenen Statements und schriftlich vorliegenden Unterlagen eine Vielzahl von Informationen über die Virulenz des Antisemitismus in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube, das ist auch der entscheidende Punkt: Die Bemühungen um die Definition und die Begrifflichkeit dessen, was Antisemitismus ist, dürfen nicht ausbleiben. Aber entscheidend ist nicht die Definition. Entscheidend ist die Virulenz, die Aktualität des Antisemitismus und die notwendigen Fragestellungen, die das für Einrichtungen der politischen Bildung, für den Bereich der Öffentlichkeit insgesamt nach sich zieht. Antisemitismus beobachten wir im Bereich aller extremistischen Ideologien in Deutschland. Da gibt es keine Ausnahmen. Die Besonderheit ist, dass sich die verschiedenen extremistischen Ideologien, da wo sie antisemitisch sind, mehr und mehr miteinander vernetzen. Wir beobachten das vor allem bei rechtsextremen und islamistischen Formen von Antisemitismus, gerade auch, was die Demonstrationen und den entsprechenden Austausch von Informationen betrifft. Die politische Bildung hat die Aufgabe, auf diese Fragestellung in unterschiedlicher Form zu reagieren. Ich will das kurz zusammenfassen, in meiner schriftlichen Stellungnahme können Sie das ausführlicher nachlesen: Zum einen geht es darum, politische Bildung abzielen auf Prävention. Prävention, indem man in der Tat an historisches Lernen anknüpft und hier den Bogen vom alten Antisemitismus bis zu neuen und modernen Formen des Antisemitismus zieht. Ich glaube, da kann man auch nicht trennen und die Sachen voneinander entkoppeln, sondern man muss den großen historischen Zusammenhang von Antisemitismus zum Gegenstand von politischer Bildung machen. Man muss aber sehen, dass die Virulenz des Antisemitismus sich aktuell weniger in den Formen des

traditionellen und alten Antisemitismus ausdrückt als in den neuen und modernen Formen des Antisemitismus.

Wichtig ist auch, sich nicht nur in das Umfeld der extremistischen oder der latent-politisch zugespitzten Positionen zu begeben, sondern gerade auch in die Mitte der Gesellschaft, in der Antisemitismus seit Jahrzehnten in einer stabilen Größenordnung zu beobachten ist. Was die Zielgruppe von jungen Leuten – Frau Gryglewski hat das schon angesprochen – anbetrifft, kann man ja auch noch nicht von manifesten Ressentiments in jedem Fall sprechen, sondern da ist der Übergang von Vorurteilen zu Ressentiments sozusagen auch eine virulente Angelegenheit. Insofern ist es wichtig, sich auch mit dem Themenbereich der Vorurteile auseinander zu setzen, weil aus Vorurteilen in der Tat manifeste Ressentiments werden können. Dann ist es zu spät, weil man dann eine Gefechtslage hat, in der nur noch die verbalen Dissonanzen ausgetragen werden, aber Bildung an sich als Prozess nur noch unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Wichtig für uns ist auch, dass das Thema Antisemitismus im größeren Kontext verhandelt wird. Wir haben uns als Bundeszentrale für politische Bildung sehr intensiv mit den Fragen der Menschenrechtserziehung beschäftigt und hier das vom Europarat in mehrere Sprachen übersetzte Werk „Kompass“ herausgegeben. Hier geht es darum, Antisemitismus als originäre Herausforderung im Kontext von Menschenrechtserziehung zu begreifen und hier Arbeitsmaterial insgesamt auch für den europäischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Bundeszentrale für politische Bildung arbeitet selbst in europäischen Netzwerken an diesem Thema, weil gerade die aktuellen Fragen des Antisemitismus – vor allem ausgelöst durch die Zuwanderung aus muslimischen Ländern – eine neue Herausforderung für die Auseinandersetzung mit diesem Themenbereich in Europa insgesamt darstellen. Man kann hier an Grenzen nicht halt machen, sondern man muss gute Praxis austauschen, versuchen, sich miteinander zu vernetzen und diese Themenbereiche über die Grenzen hinweg debattieren.

Der zweite und sehr wichtige Punkt neben der Prävention ist die Aktivierung. Was unter Aktivierung zu verstehen ist, möchte ich an einem Beispiel festmachen: Die von uns mit erheblichen Mitteln finanzierte Initiative „Schule ohne Rassismus“ versucht, Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulalltag zu aktivieren, sich mit diesen Themenbereichen auseinander zu setzen und, wenn man es so will, selber als Akteure auf den Plan zu treten. Also nicht die Vermittlung von Erwachsenen, von Experten und von Professionellen an die Schülerinnen und Schüler wird hier als Strategie gewählt, sondern die Qualifizierung und Aktivierung von Jugendlichen selber, die natürlich ihren gleichaltrigen Alterskohorten viel glaubwürdiger, viel dynamischer und mit einer viel größeren Energie gegenüberreten können. Und wir versuchen, bei diesem Projekt „Schule ohne Rassismus“ eben insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Themenbereich des Antisemitismus zu organisieren.

Auch mit unseren Internetangeboten – ich nenne hier als Beispiel das Online-Dossier „Antisemitismus“ der Bundeszentrale, das wächst und kontinuierlich neue Beiträge

aufgreift – können wir so etwas wie „Aktivierung“ erleben, nicht nur im guten Sinne. Ich will es an einem Beispiel festmachen: Eine Reihe von Kritikern unserer Arbeit haben Anfang des Jahres versucht, Druck auf die Bundeszentrale auszuüben, einen Satz des iranischen Präsidenten, dass Israel von der Landkarte zu verschwinden habe, in seiner Übersetzung zu modifizieren. Sie kennen diese Debatte sicherlich aus dem Feuilleton der Süddeutschen Zeitung. Wir haben darauf nicht so reagiert, dass wir diesen Satz von der Website genommen haben, sondern wir haben den Sprachendienst des Deutschen Bundestages beauftragt, einmal die gesamte Rede zu übersetzen. Ich glaube, in dieser Wirkkraft hat das noch einmal das Potenzial politischer Bildung gezeigt. Dass man nicht zulassen darf, dass durch einzelne Positionen, die nur billige Etappensiege anstreben, der Eindruck versucht, wird zu oktroyieren, als ob der iranische Präsident eigentlich doch recht harmlos sei. Man muss vielmehr auch eine kontroverse Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildung annehmen und solchen Positionen gegenüberreten.

Der dritte Punkt, der mir wichtig ist, ist die Frage des Monitoring. Wir müssen, was den Themenbereich des Antisemitismus betrifft, viel intensiver Informationen sammeln und sehen, was in der Debatte passiert. Hier gibt es eine Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung mit jugendschutz.net, die im Bereich des Internetmonitoring eigentlich aus Jugendschutzsicht – aber weit darüber hinaus auch aus Sicht der politischen Bildung – aktiv sind. Ich will darauf hinweisen, dass neben Prävention und Aktivierung eben auch das Monitoring in der Zukunft als Grundbaustein für die politische Bildung immer wichtiger wird.

Abschließend: Wir sind im Zuge von Diskussionen mit dem Leo Baeck Institut immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es schwierig für die pädagogische Vermittlung ist, immer nur Themen „gegen etwas zu sein“ als wertevermittelnd zu transportieren. Das Leo Baeck Institut präferiert sehr stark einen größeren Kontext bei der Behandlung dieses Themenbereiches, indem man sich auch den großen Zusammenhängen der jüdischen Geschichte in Deutschland stellt und damit durchaus auch vielfältige, komplexe Geschichten erzählt, die positive Identifikationen ermöglichen. In der Pädagogik, gerade in der politischen Bildung, ist es immer besonders schwierig, vor allem auch in der deutschen Geschichte und der Geschichtsvermittlung, immer über Negatidentifikationen zu operieren. Das führt natürlich zu den hier schon angesprochenen provokativen Gegenpositionen. Dem wollen wir begegnen.

Vors. **Sebastian Edathy** Vielen Dank, Herr Krüger. Als nächster Sachverständiger erhält das Wort Prof. Dr. Julius H. Schoeps von der Universität Potsdam.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps** (Universität Potsdam): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Der Antisemitismus ist zweifellos ein Problem für die innere Ordnung, Sicherheit und Stabilität unseres Landes. Aber es ist kein Thema, das nur in die Ressorts des Innenministeriums fällt. Antisemitismus und Judenfeindschaft sind auch nicht an eine bestimmte religiöse, politische, soziale oder anderweitig definierte Bevölkerungsgruppe gebunden, wie man das vielleicht vermuten möchte, wenn man

den jüngeren Diskussionen folgt. Der Antisemitismus, wie die Judenfeindschaft genannt wird, ist vielmehr ein Querschnittsthema, das die gesamte deutsche Gesellschaft durchdringt und auch nicht an deren Grenzen halt macht. Er ist, und darauf lege ich großen Wert, ein gesamteuropäisches, ein internationales Phänomen. Das können Sie aus dem gerade erschienenen Buch „Feindbild Judentum“ ersehen, das das Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum den Abgeordneten des Innenausschusses in den letzten Tagen hat zukommen lassen. Judenfeindliche Vorurteile, meine Damen und Herren, finden wir in allen Altersgruppen, bei Männern und Frauen, in Ost und West, bei Vertretern und Angehörigen aller Konfessionen und Religionsgemeinschaften, in allen gesellschaftlichen Gruppierungen und auch in allen politischen Lagern, und – darauf lege ich großen Wert – unterschiedlich, mit spezifischen Schwerpunkten und Eigenheiten, aber nicht isoliert voneinander. Die verschiedenen Vorurteile, etwa eines „antiimperialistischen Israelkritikers“ aus den Reihen der politischen Linken, eines neonazistischen Holocaust-Leugners und eines islamistischen Djihaad-Jüngers, sind aufeinander bezogen, kommunizieren miteinander und beeinflussen sich gegenseitig. Mehr noch: Der Antisemitismus mag in einer sozial und politisch gespaltenen, kulturell hoch differenzierten Gesellschaft wie der deutschen ein gefährliches Potenzial in sich tragen. Er, der Antisemitismus, kann zu einem Konsensthema werden. Ein wertkonservativer Christ, ein liberaler Unternehmer, der gute geschäftliche Beziehungen mit dem Iran und der arabischen Welt gesichert wissen will, eine in den 1970ern in der DDR ausgebildete Sozialkunde-Lehrerin, ein gewaltverherrlichender „Aggro-Rapper“ türkischer Herkunft und ein „geschichtsrevisionistischer“ Hobbyhistoriker, der den Holocaust leugnet, sie alle mögen sich mit vielen anderen darauf verständigen können, dass es doch ohne „die Juden“, ihren schädlichen Einfluss und ihre Präsenz im Nahen Osten auf der Welt friedlicher und freundlicher zugehe. Es ist auch müßig, darüber zu streiten, ob und inwieweit es sich um einen „neuen“ oder „alten“ Judenhasse handelt. In einer Hinsicht dürften die Befunde der Antisemitismusforschung relativ eindeutig sein: Judenfeindschaft ist tief im kollektiven Bewusstsein der europäischen Völker verwurzelt, und sie ist darüber hinaus auch der muslimischen Welt weder fremd noch neu. Aus dieser Einschätzung heraus ergibt sich eine ganz besondere Brisanz des hier angesprochenen Themas. Um dem Antisemitismus angemessen begegnen zu können, sei es durch staatliche Instanzen, sei es durch zivilgesellschaftliche Akteure, sei es, idealerweise, in Vernetzung beider Bereiche, bedarf es einer genauen, präzisen und stets fortzuschreibenden Kenntnis über seine Dimensionen, Erscheinungsformen, aktuellen Trends und mittelfristigen Entwicklungen. Ich glaube, meine Damen und Herren, offen gestanden, dass wir bei dieser Aufgabe trotz aller Verdienste und Leistungen der Antisemitismusforschung noch ganz am Anfang stehen. Denn ein ganzer Katalog von Fragen harret hier der fundierten Analyse durch Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler. Was wissen wir – um nur ein Beispiel der jüngeren Diskussion auszuwählen – etwa über die Entstehungsbedingungen, die Ausmaße und die tatsächliche Relevanz antisemitischer Stereotypen unter jungen Muslimen mit Migrationshintergrund? Wo entstehen diese Einstellungen? Beim Urlaub im Libanon, wo man dann auch mal – wie es 2006 tatsächlich geschehen sein soll – vom Unterstand aus auf den israelischen „Aggressor“ schießen darf? In der heimischen Moschee bei

der Freitagspredigt und vor dem Satellitenfernseher auf dem Hizbollah-Kanal Al-Manar? Beim Betrachten neonazistischer Videos auf YouTube, oder gar auf dem Schulhof, wo sich gegenseitige Vorurteile und Hassgefühle bestätigen und situativ aufschaukeln? Noch in einer anderen Hinsicht entgehen der Forschung heute – glaube ich – wichtige Entwicklungen. Entgegen jüngeren Analysen, die eine „taktische Zivilisierung“ der NPD und ihres neonazistischen Umfelds erkennen wollen, agiert der Rechtsextremismus heute wieder in einer erstaunlichen Offenheit und Aggressivität und zwar antisemitisch. Die Debatten um sekundären Antisemitismus, Schuldabwehr oder Täter-Opfer-Umkehr verlieren an Brisanz, wenn die judenfeindliche Agitation wieder ganz offen, brutal und unverdeckt betrieben wird. Für weite Teile der selbst ernannten „nationalen Opposition“ aus NPD und Neonazi-Kameradschaften ist Judenfeindschaft in der Tradition des Rassenantisemitismus heute wieder das zentrale Element, das ihre Weltanschauung strukturiert und ihre Handlungen leitet. Daher ist der von der Bundesregierung zu fordernde jährliche Antisemitismus-Bericht aus politischen, symbolischen und vielleicht auch aus moralischen Gründen eine Notwendigkeit. Doch wird es nicht ausreichen, die einschlägigen Kenntnisse und Beobachtungen der Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden in einem Spezialbericht zusammenzufassen. Was wir vielmehr brauchen, das möchte ich hier ausdrücklich betonen, ist kein Antisemitismus-Beauftragter, sondern ein wissenschaftlich fundierter jährlicher Expertenbericht über alle politischen, strafrechtlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Facetten des Antisemitismus, der am besten durch ein vom Bund zu beauftragendes Expertengremium zu erstellen ist. Der Bericht sollte keineswegs auf eines der betreffenden Probleme beschränkt bleiben und darf auch keine Problemebenen ausblenden. Und dieser Bericht sollte zugleich auf allen Ebenen, auf denen der Bund als Akteur oder als Anreger aktiv werden kann, Handlungsempfehlungen entwickeln. Handlungsempfehlungen also ebenso für den Bereich der politischen Bildung wie der Innen- und Sicherheitspolitik, der Außenpolitik und Entwicklungshilfe, der Kulturpolitik, um nur einige Felder zu nennen. So gesehen, meine Damen und Herren, ist die Abwehr des Antisemitismus auch eine Querschnittsaufgabe, wie ich eingangs schon angedeutet habe. Soviel zunächst. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Prof. Schoeps. Als letzter Sachverständiger, wie häufig in diesen Runden aufgrund des Anfangsbuchstabens des Familiennamens, hat das Wort der Präsident des Bundeskriminalamtes, Herr Ziercke.

SV **Jörg Ziercke** (Bundeskriminalamt, Präsident, Wiesbaden): Vielen Dank! Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte einerseits auf meine schriftliche Vorlage verweisen, aber zusätzlich ergänzend und fokussierend auf Folgendes hinweisen: Rechtsextremistische Gewalttaten bzw. fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierte Straftaten stellen eine reale Kriminalitätsbelastung in Deutschland dar, die uns alltäglich begegnet. Im Durchschnitt wurden 2007 bundesweit ca. vier antisemitische Straftaten pro Tag verübt. Mindestens fünf antisemitische Gewaltdelikte pro Monat belegen ein ernstzunehmendes Potenzial. Der Anteil politisch motivierter Körperverletzungsdelikte, bei denen eine gezielte Vorbereitungshandlung

festgestellt wurde, beläuft sich im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ auf bis zu 5%. In der Regel handelt es sich allerdings um ungeplante, aus der Situation heraus entstandene Straftaten. Die Anzahl der Friedhofsschändungen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufig entwickelt und befindet sich mit etwa 30 Nennungen auf dem niedrigsten Stand der letzten Jahre. Das Medium Musik zeichnet sich immer mehr als Identität stiftender Faktor in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ab und wird auch von der Szene selbst zu diesem Zweck eingesetzt. Von den 710 im Jahr 2007 geführten Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit inkriminierten Tonträgern wurden 151 einer antisemitischen Motivation mit volksverhetzenden Inhalten zugerechnet. Der erfolgreichen polizeilichen Zusammenarbeit des Bundes und der Länder steht mitunter eine uneinheitliche Rechtsbewertung seitens der Justizbehörden entgegen. Als Beispiel aus der Vergangenheit ist die sog. „Schulhof-CD“ zu nennen, bei der durch verschiedene Staatsanwaltschaften unterschiedliche Rechtsfeststellungen getroffen wurden. Auf dieser Basis werden bundeseinheitlich abgestimmte Strafprozesse oder Maßnahmen deutlich erschwert. Die Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden haben im Ergebnis auch dazu geführt, dass Produktion und Vertrieb inkriminierter Tonträger in großen Teilen ins Ausland verlagert worden sind. In diesem Zusammenhang ermittelt das Bundeskriminalamt (BKA) in enger Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden Australiens und skandinavischer Partner gegen eine Tätergruppe um einen australischen Staatsangehörigen. In diesem Verfahren gibt es auch Bezüge zu einem Funktionär der NPD. Im Jahr 2007 wurden 158 Musikveranstaltungen (überwiegend Skinhead-Konzerte) bekannt. Auch sie dienen der Verbreitung rechtsextremistischen, antisemitischen Gedankengutes. Auf Grund der derzeitigen Bekämpfungskonzeption gehen die Polizeien der Länder konsequent gegen rechte Musikveranstaltungen vor. Es zeichnet sich ab, dass auch hier entsprechende Veranstaltungen zunehmend in das benachbarte Ausland verlagert werden. Das BKA hat mit einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit reagiert, die sich zum Beispiel mit unserem Nachbarn Tschechien sehr positiv gestaltet. Ein weiterer wichtiger und dauerhafter Bestandteil der Arbeit der Sicherheitsbehörden muss die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer, antisemitischer Aktivitäten im Internet sein. Ein wichtiger Kooperationspartner ist neben der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die Organisation jugendschutz.net. Ziel der Zusammenarbeit mit den Internet Providern ist, sie für „rechte Inhalte“ zu sensibilisieren und ihre Selbstkontrolle einzufordern. Dies gestaltet sich mit deutschen Internet Providern durchaus erfolgreich, hier besteht eine hohe Bereitschaft zur Kooperation. Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Providern allerdings sehr schwierig. Aktuell wird in Zusammenarbeit mit den brandenburgischen Sicherheitsbehörden und in Kooperation mit der Firma eBay die Internetplattform eBay auf strafbare Inhalte ausgewertet und werden Ermittlungsverfahren initiiert. Von 10 000 von eBay selbst festgestellten einschlägigen Angeboten sind 900 als strafrechtlich relevant bewertet worden. Wir ermitteln derzeit gegen 23 Beschuldigte. Diese Plattform wird von einer Vielzahl von Kleinhändlern und Einzelpersonen, die dem rechten Spektrum zuzurechnen sind, als Verkaufsmedium genutzt. Wir haben weitere Internet-auktionsplattformen identifiziert, die augenscheinlich für den Vertrieb von rechts-

extremistischem Propagandamaterial, teilweise auch in geschlossenen Benutzergruppen konzipiert worden sind. Ein Ermittlungsverfahren zur Internetplattform „UnserAuktionshaus“, bei dem das BKA die ermittlungsbegleitende Auswertung maßgeblich unterstützt, ist in Arbeit. Im Bereich der Prävention hat die Einrichtung einer Projektgruppe „Früherkennung“ im BKA die polizeiliche Bund- Länder-Zusammenarbeit gestärkt. Ziel der polizeilichen Früherkennung ist die kurz- bis mittelfristige Prognose der Entwicklung der Straftaten sowie der Gefährdungs- und Bedrohungslage. Eine erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus erfordert – nach unserer Überzeugung – eine weitergehende, strategische und konzeptionelle Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Partnern. Das BKA hat gemeinsam mit den Partnern aus Österreich, der Schweiz und Schweden regelmäßige Expertentreffen ins Leben gerufen. Ferner entwickelt sich mit der OSZE eine fruchtbare Zusammenarbeit, die darin mündet, dass auch Programme umgesetzt werden sollen, die ein Training von Polizisten für Polizisten zum Gegenstand haben – als Teil eines Gesamtprogramms zur Bekämpfung der Hasskriminalität. Antisemitische, antiisraelische Straftaten werden nicht nur von rechtsextremistischen deutschen Straftätern, sondern auch von Ausländern begangen (u. a. aus dem Palästinakonflikt resultierend). Den erfassten Straftaten im Jahr 2007 kommt rein statistisch gesehen zwar keine besondere Bedeutung zu. Gleichwohl sind sie neben den Erkenntnissen und Hinweisen aus dem internationalen, insbesondere islamistischen Extremismus/Terrorismus in die Bewertung der Sicherheit jüdischer und israelischer Einrichtungen in Deutschland mit einzubeziehen. In der Gesamtschau ist für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von einer hohen, besonderen Gefährdung israelischer/jüdischer Einrichtungen und Interessen auszugehen. Gerade vor dem Hintergrund der soeben dargestellten besonderen Gefährdung israelischer/jüdischer Interessen und Einrichtungen in Deutschland möchte ich auch erwähnen, dass das BKA regelmäßige Kontakte zum Zentralrat der Juden in Deutschland pflegt. Herr Kramer, den Sie soeben gehört haben, ist hierbei unser zentraler Ansprechpartner.

Lassen Sie mich abschließend noch aktuell zur Entwicklung der „Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ im ersten Quartal 2008 Stellung nehmen: Im ersten Quartal 2008 ist bislang ein Anstieg der Fallzahlen im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ um 19% gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2007 zu konstatieren, wobei antisemitische Straftaten um 2,5% anstiegen. Acht antisemitischen Gewalttaten im ersten Quartal 2008 stehen 14 aus dem Vergleichszeitraum 2007 entgegen. Die Entwicklung ist hier etwas rückläufig. Bei den Gesamtfallzahlen unterliegen die Gewaltdelikte bislang keiner Veränderung. Für diesen Anstieg der Gesamtfallzahlen der „Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ könnten nach einer ersten vorläufigen Bewertung die veränderten Erfassungs- und Meldekriterien der Bundesländer verantwortlich sein. Mit einem Beschluss der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerkonferenz, des so genannten AK 2, werden Propagandadelikte seit dem 1. Januar 2008 generell dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zugerechnet, und bei unklarer Motivation nicht mehr als sonstige politische motivierte Straftaten erfasst. Das heißt, ein beträchtlicher Teil der bisher unter „Sonstiges“ erfassten Straftaten ist im Phänomenbereich „Politisch motivierte

Kriminalität – rechts“ erfasst worden. Darüber hinaus stellen wir einen allgemeinen Anstieg bei den Propagandadelikten fest. Diese haben mit rund 60% den seit Jahren höchsten Anteil an der Zahl der politisch motivierten Delikte – rechts. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir allerdings auch auf den Anstieg im Bereich der Sachbeschädigung legen. Hierfür könnten in einem signifikanten Ausmaß die so genannten „Autonomen Nationalisten“, bzw. der „schwarze Block“ bei rechts-extremistischen Veranstaltungen, ursächlich sein. Ich erinnere hier auch an die Ausschreitungen am 1. Mai 2008 in Hamburg. Nach meinem Eindruck treten rechte Aktivisten nicht nur im Rahmen von demonstrativen Ereignissen in der Öffentlichkeit zunehmend selbstbewusster auf. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass das BKA auch mit Institutionen aus Wissenschaft und Forschung zusammenarbeitet und im Sinne einer möglichst effizienten Ressourcenausschöpfung auch Forschungsaufträge vergibt. Aktuell untersucht das Hannah-Ahrend-Institut Dresden mögliche Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen und rechten Straftaten. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Ziercke. Wir sind damit am Ende der Eingangsstatements der Sachverständigen. Ich rufe nun den Themenblock I auf. Um ein wenig dazu beizutragen, dass wir in der Zeit bleiben, schlage ich vor, dafür maximal 40 bis 45 Minuten an Zeit aufzuwenden, damit das Gefüge hier nicht gänzlich aufweicht. Ich schlage vor, dass wir zunächst eine Runde mit Fragen der Berichterstatterinnen und Berichterstatter erfolgen lassen, dann eine Antwortrunde, und anschließend schauen, ob es weitere Fragen aus den Reihen der Abgeordneten gibt. Entsprechend hat zunächst das Fragerecht – mit der Bitte, die jeweiligen Fragen an konkrete Sachverständige zu adressieren – die Abgeordnete Kristina Köhler (Wiesbaden) von der Unionsfraktion.

BE **Kristina Köhler** (Wiesbaden) (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich möchte zunächst zwei Fragen stellen. Meine erste Frage geht an die Sachverständigen Herrn Prof. Schoeps, Herrn Broder und Herrn Kramer. Es gibt ja immer wieder diese krude Behauptung, dass irgendeine jüdische Lobby dafür sorgen würde, dass es verboten sei, die israelische Politik zu kritisieren, dass dies ein Tabu sei. Ich denke, dass diese Behauptung schon an sich antisemitisch ist, weil sie ein Tabu behauptet, wo keines ist. Aber deswegen, damit wir das klarstellen, würde ich Sie bitten, einfach noch einmal darzulegen, wann denn Kritik an israelischer Politik antizionistisch und damit antisemitisch wird. Können Sie das noch einmal deutlich machen.

Meine zweite Frage, geht auch an Herrn Prof. Schoeps, Herrn Broder und Herrn Demirel: Viele Studien – und auch heute ist es ja immer wieder aufgetaucht – sagen ja, dass wir eine Zunahme von Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen haben. Da würde ich von Ihnen gerne wissen, wo Sie die Ursachen sehen und welche Rolle hier bestimmte muslimische Organisationen spielen, welche Rolle bestimmte Prediger spielen, auch, welche Rollen z. B. Fernsehsender wie „Al-Manar“ oder „AL-Aksa“ spielen. Denn das ist ja für uns in der Politik sehr wichtig, wie Sie da die kausalen Zusammenhänge einschätzen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Da jetzt schon vier Sachverständige angesprochen sind, würde ich vorschlagen, anders als ursprünglich vorgesehen, keine erste Fragerunde zu machen, sondern direkt antworten zu lassen, wenn Sie damit einverstanden sind. Ich glaube, das fördert auch die Übersichtlichkeit des Geschehens, weil wir ansonsten die Situation haben, dass wir am Ende 10 Fragen an verschiedenste Sachverständige haben. Gibt es dagegen Einwände? Dann hat zunächst das Wort Herr Broder und anschließend Herr Prof. Schoeps, weil Sie zu beiden Fragen angesprochen sind: Wie ist das mit der Israelkritik, wann ist sie antisemitisch, wann ist sie das nicht? Und zur zweiten Frage sind auch beide Sachverständige gefragt worden: Gibt es einen zunehmenden Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen, woran könnte das liegen? Bitte zunächst Herr Broder.

SV **Henryk M. Broder**: Vielen Dank! Erst einmal nur ein Wort zum systematischen Problem der Antisemitismusdefinition. Es gibt eine riesige Literatur über Antisemitismus und wir diskutieren etwas, das schon x-fach diskutiert wurde. Das spricht nicht dagegen. Jede Generation und jede Politikergeneration muss da durch. Wir diskutieren immer, *warum* die Juden gehasst werden, – *weil sie mal Linke, mal Rechte sind, mal Kapitalisten, mal Fortschrittliche, mal Reaktionäre*. Wir diskutieren nicht die Frage, warum *die Juden* gehasst werden, und das ist die zentrale Frage. Wenn Sie diese Frage anfangen zu diskutieren, warum *die Juden* gehasst werden, betreten Sie theologische Dimensionen, die Sie vermutlich nur mit sehr praktizierenden und klugen Christen und auch ein paar Juden diskutieren können. Also das nur grundsätzlich.

Zweitens zur Israelkritik: Das ist der zentrale Punkt. Also erst einmal darf jeder jeden und alles kritisieren und sie dürfen die israelische Regierung und die israelische Politik den ganzen Tag, soviel sie wollen, kritisieren. Sie dürfen die Leute um Olmert herum als eine Bande von Idioten bezeichnen, wie sie das mit jeder anderen Regierung tun können. Aber es gibt kleine Unterscheidungskriterien, die entscheidend sind. Erst einmal fällt mir immer wieder auf, mit was für einer obsessiven Leidenschaft Israel kritisiert wird, ich habe es erwähnt, von Leuten, die nicht einmal auf dem Globus zeigen könnten, wo Darfur liegt. Woher kommt also diese Konzentration auf diesen Konflikt? Meine nicht spekulative, sondern begründete Überlegung, die ich jetzt nicht ausführen will, ist: Es hat mit Juden zu tun. Es hat mit alten offenen Rechnungen zu tun, die man mit Juden hat. Und wenn Sie so wollen, ganz pauschal gesagt, ich will mich kurz fassen: Je schuldiger die Juden heute den Palästinensern gegenüber werden, umso unschuldiger fühlen sich manche europäischen Völker, nicht nur die Deutschen, gegenüber den Juden, für das, was den Juden früher angetan wurde. Das mag man als sekundären, primären, tertiären, quartären Antisemitismus bezeichnen. Diese Etiketten sind mir vollkommen egal. Es ist ein äußerst vitaler Antisemitismus. Die Grenze wird überschritten, wenn, was inzwischen absolut gängige Praxis ist, von Israel behauptet wird, dass es die Politik fortsetzt, die die Nazis den Juden gegenüber betrieben haben. Das ist inzwischen kein links- oder rechtsradikaler Gemeinplatz. Das ist sozusagen der Mainstream der Kritik. Da vorhin die Rede davon war, dass der Antisemitismus in die

Mitte der Gesellschaft gerutscht ist, würde ich dann gerne ein wenig bei der Lokalisierung bleiben. Was heißt „die Mitte“? Waren Möllemann und Hohmann die Mitte der Gesellschaft oder waren dies nur die radikalen Ränder der Gesellschaft? Warum hat sich im nordrhein-westfälischen Wahlkampf Möllemann, unseligen Andenkens, auf Israel konzentriert? Konnte man davon ausgehen, dass jemand, der in Hamm oder in Bottrop lebt, seine primären Sorgen dahin wendet, was in Israel passiert? Also woher diese Obsession? Ist Hohmann ein Antisemit oder nur ein Dummkopf, offenbar vermutlich eine Mischung aus beiden. Hohmann hat ein klassisches antisemitisches Rede- und Argumentationsmuster eingesetzt. Er hat ganz lange darüber gesprochen, warum die Juden ein Tätervolk sind, um zu sagen, ja eigentlich sind sie es doch auch nicht. Und er verfolgt jeden, der behauptet, er habe vom Tätervolk der Juden gesprochen mit einstweiligen Verfügungen und bekommt Recht, weil er formal im Recht ist. Das sind entscheidende Phänomene. Israelkritik hat mit Antizionismus nichts zu tun. Israelkritik – auch falsche, übertriebene – ist vollkommen legitim, weil sie politische Phänomene diskutiert. Aber sie müssen sich fragen: Warum wird einer Antizionist? Welches Motiv hat ein junger oder ein alter Deutscher, Antizionist zu sein? Muss er jeden Tag Jaffa-Orangen pflücken? Ist er irgendwie zu einem Zwangsaufenthalt am Toten Meer verurteilt worden? Was treibt ihn an? Warum ist der Antizionismus in seiner politischen Ausprägung als Erbe und Ersatz des Antisemitismus so einmalig? Warum gibt es keinen... – Es gibt nicht einmal ein Wort dafür, wenn sie die Politik Frankreichs kritisieren ... – „Antifrankismus“ oder was auch immer? Also, in der Begrifflichkeit versagen sie schon. Antizionismus ist der Erbe und der Nachfolger des Antisemitismus und hat mit der Politik Israels auch nichts zu tun. Genauso wie der Antisemitismus mit dem Verhalten der Juden nichts zu tun hatte. Israel wird heute dafür kritisiert, dass es aus Gaza abgezogen ist. Für viele Kritiker der israelischen Politik dauert die Besetzung weiter an. Also ist es am Ende völlig irrelevant, ob Israel die Besetzung aufgibt oder sie fortsetzt: Israel wird wegen beider Einstellungen kritisiert. Insofern müssen Sie sich wirklich von einem Punkt verabschieden: Dass Antizionismus überhaupt irgendetwas mit der israelischen Politik oder mit der Haltung zu Israel zu tun hat.

Vors. **Sebastian Edathy**: Wollen Sie dann auch gleich zur zweiten Frage Stellung nehmen, Herr Broder?

SV **Henryk M. Broder**: Was war diese noch einmal?

Vors. **Sebastian Edathy**: Entwicklung antisemitischer Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen in Deutschland.

SV **Henryk M. Broder**: Ja, ich habe davon wenig Ahnung. Ich kann mich nur darauf verlassen, was ich gehört habe. Aber ich will vielleicht noch ein Wort zur Politik der Anerkennung sagen. Schauen Sie, wir hatten die Debatte schon einmal vor Jahren, als es darum ging, bei den Pogromen von Rostock und anderen Orten zu erklären, warum arbeitslose Deutsche in diesen Wahn der Fremdenfeindlichkeit verfallen und dann unbedingt ein Asylantenheim abfackeln müssen. Warum eigentlich? Ich habe die

Verbindung nie verstanden. Der arbeitslose Engländer geht angeln, der arbeitslose Holländer geht Billard spielen. Der arbeitslose Italiener legt sich eine Geliebte zu und der arbeitslose Franzose macht auch irgendetwas in dieser Richtung. Der arbeitslose Deutsche muss Ausländer verhauen? Gibt es dazu eine genetische Disposition? Natürlich nicht, und deswegen verstehe ich auch nicht, warum frustrierte Jugendliche, muslimische oder nichtmuslimische, ihre Wut auf Juden richten müssen. Warum? Und warum Sie davon ausgehen, dass ein Mangel an Anerkennung zu antisemitischen Verhaltensweisen führt. Es gibt keinen Kausalzusammenhang und ich weiß nicht, wie Sie es schaffen, einen zu konstruieren. Ich glaube, dass es in der Tat mit dem Nahost-Konflikt zu tun hat, dass der hier sozusagen stellvertretend ausgetragen wird, und dass es eine Menge zu tun hat mit mangelnder, ich sage das absichtlich, Anpassung und Assimilation, nicht nur Integration. Dass die Jugendlichen etwas mitnehmen, was sie eigentlich nicht mitnehmen sollten, weil es zu dem Kulturkreis gehört und dass das nicht durch eine Krise der Arbeitslosigkeit aktiviert wird, sondern – wenn Sie so wollen – auf einem Weg der Selbstfindung unter dem Eindruck des großen Nahost-Konflikts. Aber ich habe in der Tat keine empirischen Erfahrungen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Aber trotzdem offenkundig eine Meinung. Prof. Dr. Schoeps ist ebenfalls bezüglich beider Fragen angesprochen worden. Dann bitte ich um seine Stellungnahme.

Prof. **Dr. Julius H. Schoeps**: Ich streite mich häufig mit Henryk Broder und wir sind häufig unterschiedlicher Meinung, aber ich folge ihm in seiner Deutung, was Israelkritik und Antizionismus angeht. Ich will es nur noch etwas differenzieren. Antizionismus war eine Angelegenheit der Juden. Um 1900 gab es in der jüdischen Welt Vertreter, die nicht der Meinung waren, die Gründung eines jüdischen Staates sei das, was angestrebt werden müsste. Sie waren der Ansicht: Erst wenn der Messias komme, dann werde es einen jüdischen Staat geben. Die Geschichte ist über solche Positionen hinweggegangen. Aber das Problem ist, dass der Antizionismus mittlerweile ein Eigenleben zu führen begonnen hat und insbesondere heute ein Thema der Nichtjuden ist, um Politik zu machen. Israelkritik, wie Henryk Broder ausgeführt hat, ist selbstverständlich möglich, aber beim Antizionismus – oder was da im Gewand des Antizionismus daherkommt – muss man sehr sorgfältig hinsehen. Häufig genug ist das nur eine andere Form des Antisemitismus, die sich da artikuliert. Was mich besonders in diesem Zusammenhang irritiert, ist die Berichterstattung über Israel und den Nahostkonflikt in den deutschen Medien. Wenn Sie sich diese genauer ansehen, dann stellen Sie eine Unverhältnismäßigkeit fest. Über Israel und den Nahen Osten wird deutlich mehr berichtet als über andere Themen. Warum? Hier wird – so mein Eindruck – etwas abgearbeitet, was mit der deutschen Geschichte zu tun hat. Ich bin der Ansicht, dass das, was jetzt im Gewand des Antizionismus daher kommt, häufig Antisemitismus ist. Auffallend ist, dass dieser Antizionismus/Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Ich erlebe es immer häufiger, dass bei Einladungen, wenn ich mit gutbürgerlichen Architekten und Rechtsanwälten an einem Tisch sitze und nett rede und plaudere, es dann zu Ausfällen kommt. Plötzlich kommt die Rede auf den

Nahen Osten, scharfe Israel-Kritik wird geäußert, man tritt vorbehaltlos für die Rechte der Palästinenser ein und so weiter und so fort. Man verlässt die Gesellschaft in dem Gefühl, in einer Runde von Antisemiten gesessen zu haben. Sie alle werden diese Situationen kennen.

Zur letzten Frage, zum Thema muslimische Jugendliche. Da bin ich auch kein Experte, aber, meine Damen und Herren, es macht uns allen im Moment große Sorgen, was sich da auf diesem Feld bewegt und ich glaube, hier ist Dokumentation und wissenschaftliche Analyse und Forschung notwendiger denn je. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, dann Herr Kramer zum Thema Israelkritik und Antisemitismus.

SV **Stephan Kramer**: Ich denke, es ist jetzt schon zweimal gesagt worden, Kritik am Staat Israel, an der israelischen Regierungspolitik ist kein Sakrileg. Im Gegenteil, die größten Kritiker an der Politik befinden sich im Staat Israel selber. 7 Mio. Premierminister, die alles besser machen können, die alle kritisieren. Dieses Recht steht jedem zu, insbesondere natürlich auch Deutschen. Die Frage ist, wie es mit anderen Ländern in der Region aussieht, wie viel Kritik da zulässig ist. Ich glaube, die Antwort muss ich jetzt nicht geben. Ich denke, schwierig wird es dann, wenn das Existenzrecht des Staates Israel in dieser Kritik in Frage gestellt wird, wenn, das hat Henryk Broder eben schon gesagt, bestimmte Begriffe fallen, wenn der Antiterrorkampf der israelischen Regierung als Ausrottungspolitik gegenüber den Palästinensern bezeichnet wird, also wenn Begriffe benutzt werden, die eindeutig aus dem Zeitpunkt der NS-Diktatur stammen: Vernichtungskrieg der israelischen Armee etc. Das sind alles Indizien, die darauf hinweisen, dass sozusagen die rote Linie überschritten ist. Der weitere Punkt ist der, dass man sich fragen muss, warum die Kritik andere Maßstäbe an den Staat Israel anlegt, als sie das an andere Länder tut. Vergleichbare Länder natürlich nur. Auch dann ist sozusagen Vorsicht geboten. Zum zweiten Fragenkomplex bin ich nicht gefragt worden, ich antworte trotzdem.

Vors. **Sebastian Edathy**: Das ist schlecht, Herr Sachverständiger. Ich habe gerade Frau Gryglewski, die auch nicht gefragt worden ist, erklärt, dass sie jetzt auch nichts dazu sagen darf.

SV **Stephan Kramer** (Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin): Gut, dann ziehe ich zurück.

Vors. **Sebastian Edathy**: Im Interesse der Ökonomie der Beratung heute wäre es sehr hilfreich, wenn wir uns darauf konzentrieren könnten, dass die befragten Sachverständigen etwas sagen. Aber vielleicht haben Sie ja später noch einmal bei anderer Gelegenheit die Möglichkeit, dazu ihre Meinung zu sagen. Aber gefragt worden ist zum Thema „Entwicklung Antisemitischer Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen.“ Herr Demirel, bitte.

**SV Aycan Demirel:** Aus unserer Erfahrung kann auch ich diese Zunahme des Antisemitismus unter den muslimisch geprägten Jugendlichen bestätigen. Deswegen teile ich auch die großen Sorgen, die Herr Prof. Schoeps geäußert hat. Wir haben keine empirischen Forschungen, aber wir haben Erfahrungen. In der praktischen Arbeit in Schulklassen oder in Jugendeinrichtungen und in der intensiven Beschäftigung in der Pädagogik haben wir diese Zunahme beobachtet. Wie kommt es dazu? Da haben Sie ja einige Punkte erläutert, Medien waren da zum Beispiel ein Stichwort, Sie haben Al-Manar genannt. Es gibt andere, z. B. türkischsprachige Medien, wie den Milli Görüş-Sender TV 5 und einige andere Sender wie Hilal TV, in denen ständig ein ganz einseitiges, israelfeindliches Bild des Nahost-Konflikts propagiert wird. Auch in so jugendgerechten Medien wie z. B. YouTube oder Google Mail, findet man verschiedenste Eigenproduktionen mit antisemitischen Inhalten, gerade bezogen auf den Nahost-Konflikt, also Propaganda für islamistische Organisationen. Das ist – glaube ich – ein sehr schwierig zu kontrollierender, aber auch ein effektiver Bereich für Antisemiten. In einer Kreuzberger Schule ist bspw. ein Rap-Song mit deutschem Text aufgetaucht – das ist ein anderer Bereich, wo über Populärmusik antisemitische Inhalte transportiert werden – und dieser Song war extrem antisemitisch, d. h. sogar Volksverhetzung beinhaltend: Von der Leugnung der Shoa bzw. einer Beschönigung der Shoa bis hin zur positiven Bezugnahme auf Selbstmordattentäter usw. Dieser Song bzw. der Text von diesem Song stand nach einer Woche als Graffiti an den Schulwänden. Gleich unmittelbar danach stand der Song in verschiedenen Versionen auf YouTube. Das zeigt, wie schnell diese Verbreitung über Populärkultur funktioniert.

Natürlich spielen auch Organisationen eine große Rolle. Zwar werden offen antisemitische Äußerungen immer weniger, weil die Gesellschaft zu Recht auch bei diesem plumpen „Antisemitismus“ wachsamer ist und ihn kritisch betrachtet. Daher – glaube ich – läuft solche offensichtliche Propaganda nicht öffentlich, es sei denn im Gewand des Antizionismus. Da möchte ich auch noch einmal einen Zusammenhang deutlich machen. Islamistische Antisemiten sind gerade in der Frage der Globalisierungskritik und Palästinasolidarität sehr stark an die deutschen Linken angedockt und betreiben gemeinsam – etwa im Europäischen Sozialforum oder ähnlichen Strukturen – gemeinsame politische Artikulation. Auf den Demonstrationen sieht man nicht nur Rechtsradikale und Islamisten zusammen, sondern auch linke Antizionisten und Islamisten. Ich würde Herrn Broder ein wenig widersprechen. Ich möchte keine monokausale Erklärung für die Einstellung bei muslimischen Jugendlichen abgeben. Es gibt aber einen Zusammenhang mit ihrer sozialen Benachteiligung. Die Studien zeigen, dass das Bildungsniveau ein sehr starkes und wichtiges Merkmal ist, an dem man das messen kann. Eine andere Sache, die in dieser Debatte für mich wichtig ist, ist die Anerkennung. Anerkennung in der Politik oder in der Pädagogik heißt für mich nicht, dass wir den Sichtweisen der Schüler und Schülerinnen Recht geben. Aber wir sollten verstehen, warum diese Schüler oder Jugendlichen anfällig sind. Sie befinden sich oft in einer Opferkonkurrenz, d. h. sie haben durch ihr Anderssein immer wieder irgendwelche Identifizierungen aufgezwungen bekommen.

Die Schüler denken oft, dass ihre Geschichte, ihre Identität in diesem Land nicht erwünscht ist. Ihnen wird sozusagen eine Monoidentität aufgezwungen und – wenn es einen Bezug zur Erinnerung gibt – ihre Geschichte wird nicht erinnert. Wenn sie im Geschichtsunterricht nur noch von Karl dem Großen reden, wenn ihre Geschichtspunkte nicht thematisiert werden, ist für sie sozusagen die Erinnerung an die Shoa ein Phänomen, das ihre Nichtbeachtung vor Augen führt. Das ist unberechtigt und schlägt oft in Antisemitismus um, aber es ist ein berechtigtes Anliegen, dass sie auch gesehen werden wollen. Danke schön!

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Sachverständiger. Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Ahrendt.

BE **Christian Ahrendt** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Bergmann und an Herrn Prof. Schoeps. Herr Bergmann, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme von einer so genannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Angesichts der Diskussion, die wir eben gehört haben, stellt sich für mich die Frage: Wenn ich den Antisemitismusbegriff, den wir eben diskutiert haben, von dieser „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ abziehe, wieviel bleibt denn davon noch übrig? Oder anders gefragt: Wie viel allgemeine Menschenfeindlichkeit steckt in dem Antisemitismusbegriff drin, dass ich ihn so verstehen muss, dass sozusagen letztendlich in dem Begriff alles vorkommt, was sich gegen Fremde richtet, was sich gegen Andersartige richtet, so wie Sie es in ihrer Definition beschreiben.

Die zweite Frage an der Stelle ist: Sie beziehen sich auf verschiedene Zahlen. Auch da hätte ich gerne die Meinung von Herrn Schoeps dazu. Wenn der Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, wie aussagekräftig sind Ihre Zahlen? Die Fragen, die Sie stellen, sind das auch die Fragen, die an dieser Stelle von der Mitte der Gesellschaft so beantwortet werden, wenn man den Begriff von Herrn Broder zu Grunde legt?

Die weitere Frage, die ich habe, richtet sich in erster Linie an Herrn Fromm. In verschiedenen Stellungnahmen habe ich gelesen, dass sich zwischen Rechts-extremismus und Islamismus ein Bindeglied im Antisemitismus herausbildet. Sie haben in dem Zusammenhang auch von einer so genannten „Brückenfunktion“ geschrieben. Für mich steht da die Frage im Raum: Was für eine Kommunikation findet dort statt? Findet überhaupt eine Kommunikation statt, oder ist es ein reines Konsensthema, damit man sozusagen eine Basis hat, wo man einen ähnlichen Standpunkt hat? Danke schön.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Kollege Ahrendt. Zunächst zur Beantwortung der ersten beiden Fragen Herr Prof. Bergmann und Herr Prof. Schoeps.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Zur ersten Frage. Dieser Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ ist zunächst einmal ein statistisches

Konstrukt. Man hat festgestellt, dass die Einstellungen zu bestimmten Minderheiten – ganz unterschiedlich definierten – offenbar sehr stark zusammenhängen. Man kann dann prüfen: Gibt es Persönlichkeitsstrukturen, gibt es soziale Situationen, die verantwortlich dafür sind, dass man fremde Gruppen als ungleich, als minderwertig behandeln will, sie ausgrenzen will, ihnen gegenüber feindselige Gefühle hegt? Das ist erst einmal ein statistischer Befund und man nimmt an, dass dahinter allgemeinere Strukturen stecken. Auf der anderen Seite besitzt natürlich jede dieser einzelnen Dimensionen auch noch einmal eine eigene Struktur. Antisemitismus ist nicht gleich Fremdenfeindlichkeit. Juden werden zwar einerseits auch bis zu einem gewissen Grad als Fremde, als Zuwanderer abgelehnt, wie wir das jetzt gegenüber Zuwanderern etwa aus Russland sehen können. Auf der anderen Seite hat der Antisemitismus eine ganz besondere Struktur, die nicht mit Fremdenfeindlichkeit, nicht mit Sexismus usw. in eins fällt. Und insofern muss man ihn einerseits als Teil dieses gesamten Phänomens bekämpfen, auf der anderen Seite muss man eben ganz spezifische Überlegungen anstellen, um auf dieses Phänomen einzugehen. Für mich ist der Kern des Antisemitismus die Annahme, dass es sich bei den Juden um eine Gruppe handelt, die fest zusammenhält, die in den Gesellschaften, in denen sie lebt, zum Schaden dieser Gesellschaften agiert, dass sie dies zum Teil weltweit verbunden tut, und dass sie das heimlich tut. Also ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Konflikte können sich an konkreten Konkurrenzsituationen entzünden, etwa an der Zuwanderung, auf die feindselig reagiert wird. Das sind Muster, die wir fast in allen Gesellschaften beobachten können. Der Antisemitismus ist von konkreten Konflikten mit Juden unabhängig. Herr Broder hatte ja auch darauf hingewiesen: Das, was die Juden tun, ist für dieses Weltbild relativ unerheblich.

Das Zweite ist die Aussagekräftigkeit der Zahlen. Da würde ich den Vorrednern widersprechen. Der Begriff „die Mitte der Gesellschaft“ ist sehr schwammig. Wenn wir uns das statistisch ansehen, ist der Schwerpunkt ganz eindeutig weit rechts außen. Wir haben auch noch einmal eine kleine Spitze, statistisch, auf der extremen Linken. Ansonsten muss man schon sagen, dass wir in den mittleren linksliberalen Milieus bis in die rechte Mitte hinein deutlich weniger Antisemitismus auf der Einstellungsebene finden. Das heißt natürlich nicht, dass nicht Personen aus diesem Spektrum Antisemiten sein können und sich entsprechend äußern. Die Beispiele zeigen das ja sehr deutlich. Auf der anderen Seite sehen wir, dass es deutliche Zusammenhänge mit bestimmten politischen Orientierungen gibt. Man sollte also jetzt nicht einfach sagen: eigentlich ist Antisemitismus überall gleich. Ich meine, wir haben ja auch vom Verfassungsschutz und vor allem auch vom BKA gehört, dass die Probleme auf den verschiedenen Ebenen sehr unterschiedlich sind.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Herr Prof. Dr. Schoeps, bitte.

**SV Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Zu dem Sachverhalt, dass der Antisemitismus heute aus der Mitte der Gesellschaft kommt: Damit meine ich eine ganz spezielle Sichtweise, die ich auch begründen möchte. Der Antisemitismus ist nach meiner Ansicht ein

Problem der europäischen Kultur, insbesondere auch der deutschen. Das anti-semitische Vorurteil, ich spreche von Vorurteilen nicht von Ressentiments, ist fest verhaftet im kollektiven Denken der Deutschen. Der Arzt Leon Pinsker, ein jüdischer Denker, ein Wegbereiter des Zionismus, sprach von einer Krankheit, die hereditär und nicht bekämpfbar ist. Deswegen forderte er, auf die Assimilation zu verzichten und sich stattdessen auf das Judentum zu besinnen und einen jüdischen Staat zu gründen.

Ein anderes Problem, an das ich in diesem Zusammenhang denke, ist der Antisemitismus als integraler Bestandteil der deutschen Kultur. Nehmen Sie beispielsweise ein „Hausbuch“ der Deutschen in die Hand – Wilhelm Busch. Die Texte, die Sie dort lesen, sind voll von antisemitischen Stereotypen. Was tun? Wenn Sie jetzt hergehen und diese Stellen streichen, ist das dann noch Wilhelm Busch? Ich könnte dieses Problem mit weiteren Beispielen belegen.

Diese Debatte habe ich fast jahrzehntelang mit evangelischen Theologen geführt, allerdings in ganz anderem Zusammenhang. Bei diesen Debatten ging es in der Regel um Fragen der Verständigung von Juden- und Christentum. Die Debatte verschärfte sich immer dann, wenn es, wie es so schön heißt, um das „Eingemachte“ ging. Wenn ich beispielsweise bemerkte, das Neue Testament sei voll mit antijüdischen Stereotypen, so hatten meine Gesprächspartner Schwierigkeiten mit der sich daraus ergebenden Konsequenz. Auf die Frage, ob es denn möglich sei, die judenfeindlichen Äußerungen im Neuen Testament zu streichen, schwiegen sie in der Regel. Und das mit Recht. Denn, wenn ich alle judenfeindlichen Äußerungen aus dem Neuen Testament streiche, dann fragt man sich, ob es sich dann überhaupt noch um das Neue Testament handelt? Das sind Fragen, legitime Fragen. Man muss sie diskutieren, auch wenn diese Fragen für den einen oder anderen schmerzhaft sind. Welche Möglichkeiten also gibt es, das antijüdische Vorurteil zu bekämpfen? Einfach ist es nicht, aber ich bin davon überzeugt, die einzige Möglichkeit ist radikale Aufklärung, obwohl ich weiß, und wir alle wissen das, dass der Aufklärung Grenzen gesetzt sind.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Dann hat Herr Fromm das Wort zur Beantwortung der Frage: Gibt es Schnittmengen beim Rechtsextremismus und Islamismus, was das Thema Antisemitismus betrifft? Herr Fromm, bitte.

SV **Heinz Fromm**: Das ist eine oft gestellte Frage, weil es verschiedene Ereignisse gegeben hat, die diese Fragen ausgelöst haben. Zum Beispiel die Anwesenheit von Horst Mahler und Udo Voigt vor einigen Jahren bei einer Veranstaltung der inzwischen mit einem Betätigungsverbot belegten Organisation Hizb ut-Tahrir in Berlin an der TU. Es hat im benachbarten Ausland Rechtsextremisten gegeben, die eine solche Zusammenarbeit propagiert haben. Das sind Einzelfälle.

Wir können nicht feststellen, dass es eine etablierte, geregelte, kontinuierliche Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Islamisten und deutschen Rechtsextremisten gibt. Es gibt gemeinsame Feindbilder, insbesondere den Antisemitismus, den Antizionismus, aber auch den Antiamerikanismus, insofern teilt man gemeinsame

Haltungen und Überzeugungen. Aber das hat bisher nicht dazu geführt, dass man miteinander kooperiert. Dem steht auch der jeweilige ideologische Absolutheitsanspruch entgegen und vor allem der in unterschiedlicher Form ausgeprägte Rassismus auf der Seite von Rechtsextremisten, die mit solchen Partnern in Wahrheit nicht besonders viel anfangen können. Die Betonung von Gemeinsamkeiten ist auf rechtsextremistischer Seite auf diejenigen beschränkt, die stärker für sich in Anspruch nehmen, politisch-strategisch zu denken und gilt nicht für die Masse der Rechtsextremisten, die nicht in dieser Weise operieren.

Der Begriff „Brückenfunktion“ war – soweit ich ihn verwendet habe – im Übrigen eine Anleihe bei Wolfgang Benz und so gemeint, dass Rechtsextremisten versuchen, diejenigen, die nach unserer Begrifflichkeit nicht im eigentlichen Sinne als Rechtsextremisten einzuordnen sind, zu erreichen, indem sie versuchen, deren antisemitische Einstellungen zu nutzen, um sie für den Rechtsextremismus zu gewinnen.

Noch eine Bemerkung, wenn ich darf, Herr Vorsitzender: Was ist eigentlich „Mitte der Gesellschaft“? Sie können soziologisch jemanden in der Mitte verorten, der etwa zum Thema Antisemitismus eine Einstellung hat, die man eher als randständig bezeichnen kann. Das ist eine sehr schwierige Diskussion. Das ist mitunter eher ein Begriff in der politischen Auseinandersetzung, mit dem man irgendetwas erreichen oder irgendjemanden unter Druck setzen will, er ist aber nicht sehr präzise. Wenn wir in diesem Zusammenhang von „Mitte der Gesellschaft“ reden, dann nur, weil deutlich werden soll, dass es jenseits des Rechtsextremismus Leute mit mehr oder weniger ausgeprägtem antisemitischem Einstellungspotenzial gibt, die Rechtsextremisten mit ihrer Agitation ansprechen und rekrutieren wollen. So ist das gemeint.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Das Fragerecht hat jetzt die SPD-Fraktion, Frau Kollegin Fograscher, bitte.

BE **Gabriele Fograscher**: Frau Gryglewski, ich wollte Sie noch einmal nach Ihren pädagogischen Konzepten oder Erfahrungen mit muslimischen Jugendlichen fragen. Vielleicht können Sie noch ergänzen, ob Sie einen Unterschied zwischen den Einstellungen bei Mädchen und bei Jungen feststellen können.

An Herrn Prof. Schoeps noch eine Frage: Viele der Sachverständigen fordern einen Beauftragten. Sie sagen, wir bräuchten ein Expertengremium. Welche zusätzlichen Erkenntnisse über die Zahlen, die BKA und Bundesverfassungsschutz haben, könnten solche Experten zu dem jährlichen Bericht noch beitragen?

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Ich gebe beide Fragen an die Sachverständigen weiter, bitte aber zu berücksichtigen, dass wir noch beim Themenblock I sind. Die zweite Frage – Bundesbeauftragter und Expertengremium – könnte man auch bei Themenblock II einordnen. Wenn wir das machen, stellen wir diese Frage zurück und

Herr Prof. Dr. Schoeps bekommt sie beim Themenblock II vorgelegt. Haben Sie noch ergänzende Fragen zu dem Thema aktuelle Entwicklungen, Frau Kollegin, oder Herr Kollege Weisskirchen?

Abg. **Gert Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD): Ich habe eine Frage an Prof. Bergmann. Vielleicht können auch Sie, Herr Prof. Schoeps, das kommentieren. Wo sind eigentlich die Forschungsdesiderata, wenn hier davon gesprochen wurde – wir haben es deutlich gesehen und Herr Fromm hat darauf verwiesen –, dass wir offenbar bei muslimischen Jugendlichen – ich würde aber sagen, nicht nur bei Jugendlichen muslimischer Herkunft – einen Forschungsbedarf haben?

Meine zweite Frage an Herrn Fromm: Sie sprachen von 20 % latentem Antisemitismus. Wo beginnt der nächste Schritt, nämlich zum manifestem? An welcher Stelle würden Sie die Medien in diesem Prozess einordnen, weil bei dem manifesten Antisemitismus die Rolle von Medien, hier u.a. Al-Manar, genannt wurde?

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Ich gebe zunächst Frau Gryglewski das Wort zur Frage von Frau Abg. Fograscher zu den muslimischen Jugendlichen und insbesondere zu der Fragestellung, ob es Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen gibt.

SV Dipl. Pol. **Elke Gryglewski**: Ich weiß nicht, ob es von Interesse ist, ich promoviere seit einem Jahr zum Verhältnis türkischer und palästinensischer Berliner Jugendlicher zur Geschichte des NS, d. h. ich musste mich sehr viel mit Empirie beschäftigen und habe fünf Monate mit Berliner Jugendlichen palästinensischer und libanesischer Herkunft gearbeitet. Ich möchte eine Sache sehr deutlich klarstellen: Es gibt ein großes Missverständnis, wenn Herr Broder nicht versteht, warum frustrierte Jugendliche Juden verhasst haben müssen, das verstehe ich auch nicht. Wenn wir von diesen Jugendlichen sprechen, dann fallen sie meines Erachtens in den Bereich von Herrn Ziercke und Herrn Fromm. Ich rede nicht von diesen Jugendlichen.

Zu den Einstellungen muslimischer Jugendlicher: Ich glaube, Herr Demirel hat schon darauf abgehoben, es ist tatsächlich auch eine Frage von Erinnerungskonkurrenzen. Erinnerungskonkurrenz in dem Bereich, dass die Jugendlichen wahrnehmen, was für einen relevanten Bereich der Diskurs um die Erinnerung an den Nationalsozialismus spielt und dass sie das Gefühl haben, ihre Geschichte spielt keine Rolle. Deswegen Pädagogik der Anerkennung in dem Bereich, dass man auch ein Interesse für die Geschichten dieser Jugendlichen zeigt. Wir haben gemerkt, das muss gar nicht profund sein. Ganz viele oder die Mehrheit der Jugendlichen, von denen wir sprechen, sind Jugendliche, die in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. Ganz viele haben schon die deutsche Staatsbürgerschaft und nehmen für sich nicht in Anspruch, jemals woanders als hier leben zu wollen. Das heißt, dass meine und unsere Erfahrung die ist, dass man in dem Moment, wo man ihnen signalisiert, wie ist deine Familiengeschichte, wie ist dein Hintergrund, sich das dann auf eine kleine Geschichte

reduziert und sie sind dann bei der Sache der Geschichte der Gesellschaft, in der sie jetzt leben.

Zur Frage der geschlechtsspezifischen Unterschiede: Es gibt, zumindest von den Gruppen, mit denen ich zu tun hatte, einen geschlechtsspezifischen Unterschied, der auch von Bedeutung ist. Es ist vielfach so, dass die Mädchen die bildungsnäheren Schulen besuchen und dass die bildungsbenachteiligten Jungen ihre Bildungsbenachteiligung oder -ferne – darüber, wie man das nennt, gibt es einen Streit – durch sehr aufgesetztes Selbstbewusstsein kompensieren, was sich dann auch in durchaus antisemitischen Äußerungen zeigen kann, die nicht stehen bleiben sollen. Es geht nicht um eine Streichpädagogik. Ich finde darüber hinaus die Unterscheidung wichtig: Von welchen muslimischen Jugendlichen reden wir eigentlich? Es wird immer gesagt: muslimische Jugendliche. Wenn sie mit Gruppen Jugendlicher mit nur türkischer Herkunft zu tun haben, haben sie in der Regel das Problem des Nahostkonflikts gar nicht, denn es ist nicht das Problem dieser Jugendlichen, die haben andere Themen. Es findet unserer Erfahrung nach eine zunehmende Solidarisierung in diesem Bereich statt, die wir – und das formuliere ich jetzt vorsichtig – u.a. auf die Zuschreibung der Mehrheitsgesellschaft zurückführen. Missverstehen Sie mich auch hier bitte nicht, ich denke, zu einem Problem gehören immer mehrere Aspekte. Es gibt das Problem der zunehmenden Islamisierung innerhalb der muslimischen Community, das will ich nicht wegreden. Unser Ansatzpunkt ist aber der, ich bin in der Mehrheitsgesellschaft, d. h. ich habe mehr Anknüpfungspunkte, in der Mehrheitsgesellschaft etwas zu tun, d. h., ich muss das Problem der Zuschreibung wahrnehmen. Man spricht von muslimischen Jugendlichen und es wird nicht gefragt: Reden wir von türkischen, kurdischen, libanesischen, palästinensischen Jugendlichen usw? Es macht Sinn und es ist wichtig für die Entwicklung von Konzepten, sich das etwas genauer anzusehen. Man muss die Eltern und die Kinder unterscheiden. Wenn wir sagen, die Medien – die Medien sind sehr relevant. Was man aber vielfach nicht bedenkt, ist, dass Bildungsbenachteiligung dieser Jugendlichen auch bedeutet, dass sie ganz oft entweder die deutsche, aber auch die arabische Sprache nicht richtig beherrschen. Das heißt, die Medien sind für sie nur bedingt zugänglich. Sie nehmen die Bilder wahr und sie nehmen die Dinge wahr. Warum sage ich das? Es ist ein Trauerspiel, aber auch eine Chance. Die Chance sehe ich darin, dass wir es, wenn es von unserer Seite die richtigen Konzepte gibt, schaffen können, die Jugendlichen immer mehr aus dem Geltungsbereich dieser Medien zu ziehen, aus denen wir die Eltern m. E. nicht ziehen können. Auch da ist es noch einmal wichtig zu wissen, wie es eigentlich zu etwas kommt. Was ich im Rahmen meines Projektes lernen musste ist bspw. – und das halte ich für relevant für die Frage der Entwicklung von Konzepten –, dass es bis 1987 in Berlin ein Schulverbot für palästinensische Flüchtlingskinder gab, weil sie ja wieder gehen sollten. Das soll keine Schelte sein, aber verstehen Sie bitte, was ich meine, es geht um die Analyse. Wenn ich, um etwas zu verbessern und um Prävention zu betreiben, Konzepte entwickeln will, dann muss ich mir etwas genauer ansehen, wie die Situation der Gruppen ist, mit denen ich arbeite. Da ist es mir egal, ob ich von einer Hauptschulklasse in Marzahn spreche oder von einer Hauptschulklasse im Wedding. Dann ist es mir ein wenig zu

knapp, Herr Broder, wenn Sie sagen, es geht um mangelnde Anpassung und Assimilation. Das Problem ist insgesamt sehr viel komplexer und dazu gehören sehr viele Puzzlestücke, die wir uns genauer ansehen müssen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Es ist eine sehr komplexe Materie, ich würde trotzdem bitten, sich bei den Antworten nicht nur möglichst präzise, sondern auch möglichst knapp zu fassen, mit Blick darauf, dass es bereits 16.10 Uhr ist. Herr Prof. Schoeps und Herr Prof. Bergmann sind vom Abg. Weisskirchen nach Forschungsdesideraten gefragt worden und wo noch Nachholbedarf besteht. Bitte, Herr Prof. Schoeps und danach Herr Prof. Bergmann.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Wir haben über das Problem der „Einstellungen muslimischer Jugendlicher“ usw. gesprochen. Das ist ein Thema, wo wir, ich habe schon darauf hingewiesen, viel zu wenig wissen. Wir wissen auch viel zu wenig vom muslimischen Antisemitismus. Forschungen auf diesem Feld fangen gerade erst an. Ich beschäftige mich seit vielen Jahrzehnten mit dem Problem des Antisemitismus, aber viel weiter als in den 60er Jahren sind wir mit unseren Erkenntnissen nicht gekommen. Die Sachverhalte und Probleme waren damals die gleichen wie heute. Aber lassen Sie uns zur nächsten Frage kommen...

Vors. **Sebastian Edathy**: Was meinen Sie mit der nächsten Frage?

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Zu dem nächsten Themenblock.

Vors. **Sebastian Edathy**: Nein. Das habe ich mir aufgeschrieben und ich werde Ihnen die Frage dann beim nächsten Themenblock übergeben. Zur ersten Frage war es das?

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Ja.

Vors. **Sebastian Edathy**: Dann bitte Herr Prof. Bergmann.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Es gab einen Bericht vom European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, den eine Kollegin und ich auf Grundlage von Materialien dieses Centers zusammengestellt hatten. Er wurde nicht veröffentlicht, weil u.a. einer der Befunde war, dass in den europäischen Gesellschaften eine neue Gruppe, nämlich junge Migranten, während der Eskalation des Nahostkonflikts im Jahre 2002 gewalttätig in Erscheinung getreten war, die man bisher nicht weiter beachtet hatte. Ich muss zugeben, dass die Forschung das total verschlafen hat. Das hat auch damit zu tun, dass es gewisse Hemmungen gab, benachteiligten Minderheitengruppen auch noch den „Schwarzen Peter“ des Antisemitismus zuzuschreiben, man hat sich lieber ganz und gar auf die Mehrheitsgesellschaft konzentriert. Seitdem hat sich das geändert und Sie sehen, auch die Kreuzberger Initiative ist ein Beispiel, dass nun versucht wird, bevor man quantitativ größere Studien machen kann, das Feld überhaupt erst einmal mit qualitativen Studien zu erschließen. Es laufen eine ganze Reihe von

Dissertationen an unserem Institut, wo vergleichend – auch zum Teil in verschiedenen europäischen Städten – untersucht wird, wie diese Jugendlichen denken und wie man überhaupt quantitativ an dieses Untersuchungsfeld herangehen kann. So bekommt man ausschnittshafte Befunde über die Einstellung von 20 oder auch einmal 50 Jugendlichen. Wenn hier genügend Ergebnisse vorliegen, dann kann man den nächsten Schritt in Richtung größerer quantitativer Studien tun.

Ich möchte noch auf zwei Punkte hinweisen. Zum einen: Warum blicken wir immer nur auf die Jugendlichen? Warum beziehen wir nicht die Eltern mit ein? Wir sehen, dass offenbar die familiären Überlieferungen eine zentrale Rolle spielen, darüber wissen wir sehr wenig. Das heißt, wir konzentrieren uns jetzt wieder nur auf diese eine Gruppe. Das Zweite: Es wird immer von Zunahme antijüdischer Einstellungen unter muslimischen Jugendlichen gesprochen. Wir wissen aber gar nicht, wie es vor sechs oder sieben Jahren war. Es gibt dazu keinerlei Studien, die mir bekannt sind. Insofern ist die Frage: Haben sie eigentlich zugenommen? Wir sehen das Problem jetzt und wir nehmen es ernst und das ist auch sehr gut. Aber welche Entwicklungen da wirklich stattgefunden haben, das ist vielleicht für die letzten zwei, drei Jahre etwas genauer in den Blick gekommen, deshalb sehe ich da sehr starken Forschungsbedarf. Wir sind jetzt am Übergang von den qualitativen, vielfältigen Einzelstudien hin zu einer etwas größeren Studie.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank. Dann darf ich den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz fragen, ob er etwas zu der Frage von Herrn Abg. Weisskirchen sagen kann, wann Antisemitismus, der vorher vielleicht nur latent vorhanden gewesen ist, manifest wird und welche Rolle dabei etwa Medienkonsum spielt. Herr Fromm, bitte.

SV **Heinz Fromm**: Das ist für mich etwas schwierig zu beantworten, weil wir von unserer Zuständigkeit her erst dann einsetzen, wenn Antisemitismus erstens manifest ist und zweitens als politische Bestrebung bezeichnet werden kann. Einzelpersonen mögen manifest oder auch nur latent antisemitisch sein, das hat den Verfassungsschutz nicht zu interessieren. Das ist eine persönliche Einstellung, der mit anderen Möglichkeiten und von anderen Stellen – privaten wie staatlichen – entgegengetreten werden muss. Dafür haben wir heute eine ganze Reihe von Beispielen gehört. Erst wenn Antisemitismus sich als politische Bestrebung artikuliert, womöglich im Rahmen eines organisatorischen Zusammenhangs, sind wir zuständig.

Was die Medien angeht, so muss man auch hier differenzieren. Wenn Sie als Beispiel „Al-Manar“ nehmen, dann muss man dazu sagen, das ist keine Presse in unserem Sinne, die lediglich eine gewisse Tendenz verfolgt, sondern es ist eine Art Zentralorgan der Hizb Allah, in dem propagiert wird, was die Organisation will. Dass das antiisraelisch, antizionistisch, womöglich in Teilen und in der Grundierung auch antisemitisch ist, das ist gar keine Frage. Andere Medien, wenn Sie etwa deutsche rechtsextremistische Publikationen wie die „Deutsche Stimme“ oder auch die „National-

Zeitung“ anschauen, die bedienen das, was ihre Leser wollen. Selbstverständlich ist diese Form von rechtsextremistischer Propaganda Gegenstand unserer Arbeit.

Wenn man von Medien redet, muss man ganz besonders das Internet nennen. Neben den klassischen Printmedien und solchen Sendern wie „Al-Manar“, ist es die Vielzahl von antisemitischer Propaganda im Internet, die uns Sorgen bereitet, ob nun aus der rechts- oder linksextremistischen oder auch islamistischen Ecke. Das nimmt sehr stark zu und hat gerade auf junge Medienkonsumenten immer größeren Einfluss.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herzlichen Dank, Herr Fromm. Das Fragerecht hat jetzt die Links-Fraktion, Frau Abg. Pau, bitte.

BE **Petra Pau** (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Eine Antwort hat mir Herr Prof. Bergmann schon vorweggenommen, ohne dass die Frage von mir gestellt wurde. Wenn wir uns einig sind, dass Antisemitismus kein Jugendproblem ist, dann stellt sich bei den Untersuchungen und der Befunderstellung die Frage, warum wir, wenn es bspw. um Einwanderer oder konkret um die Gruppe von muslimischen Bürgerinnen und Bürgern geht, den Fokus nur auf die Kinder und Jugendlichen richten. Muss man nicht insgesamt sehen, wo dort die Ursachen für den Antisemitismus liegen, bzw. wie und in welchen Formen sich das reproduziert? Deshalb möchte ich mich mit den Untersuchungen beschäftigen, die Sie schon angestellt haben. Sie sind zu einem bemerkenswerten Befund gekommen, wenn Sie sich die Altersstruktur derjenigen ansehen, die mit latent antisemitischen Einstellungen in diesem Land leben. Mich interessiert noch einmal Ihre Erklärung für diesen Alterseffekt, insbesondere mit Blick auf die über 60-Jährigen. Bitte auch noch in einem Satz dazu, wo nach Ihrer Ansicht die Gründe für den von Ihnen konstatierten Ost-West-Unterschied in der älteren Altersgruppe liegen.

Zum Zweiten möchte ich doch noch einmal auf die Mitte der Gesellschaft zurückkommen. Herr Fromm, Sie haben Recht. Das ist eine Definitionsfrage und deswegen will ich die Frage anders fassen, einerseits an Herrn Prof. Bergmann und andererseits an Herrn Kramer. Ignatz Bubis begründete 1998 seine heftige – und ich sage richtige – Reaktion auf die Paulskirchen-Rede von Martin Walser mit seiner Sorge, dass sich hier ein Paradigmenwechsel der Eliten andeute und dass dies viel schlimmer sei, als würden solche Ansichten auf der extrem rechten Seite geäußert. Insofern frage ich Sie, ob Sie vor dem Hintergrund der sowohl von Ihnen, Herr Prof. Bergmann, zitierten Briefe an den Zentralrat der Juden und auch der zwei Briefe, die Sie, Herr Kramer, vorgetragen haben, eine solche Enttabuisierung bei den gesellschaftlichen Eliten sehen und wenn ja, welche Wirkung – auch langfristig – Sie dort konstatieren. Ich frage jetzt nicht nach einem Rezept dagegen, weil wir hier zusammengekommen sind, um nicht nur einen Befund zu erstellen, sondern auch Wege zu finden, wie wir langfristig dagegen vorgehen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Bitte zunächst zur Beantwortung der zweiten Frage Herr Kramer.

SV **Stephan Kramer**: Ignatz Bubis hat natürlich rekurriert auf das, was er in der Paulskirche gesehen hat, denn die gesamte bundesdeutsche „Elite“ ist aufgestanden. Er selbst und seine Frau waren die Einzigen, wenn ich mich nicht irre, die sitzengeblieben sind und die offensichtlich verstanden haben, um was es ihm ging. Die Vorgeschichte will ich beiseite lassen. Es gab vorab schon ein Gespräch über die Rede von Martin Walser. Worum es mir geht und worum es wohl auch Ignatz Bubis ging, wenn wir uns ansehen, was wir an Zuschriften bekommen, ich z.B. über einen Zeitraum von 10 Jahren, Herr Bubis konnte das noch länger zurückverfolgen: Zunächst waren es anonyme Schreiben, dann waren es Schreiben mit falschen Absendern, danach waren es richtige Absender mit der richtigen Adresse und dann stellten wir fest, dass die Menschen klar sagten, wo sie in der Gesellschaft stehen. Das waren nicht die Arbeitlosen, die vermeintlichen Verlierer, die irgendwo am Rand der Gesellschaft ihr Dasein fristen, oder die Glatzköpfe mit der Bierdose in der Hand, die am Wochenende an den Hausecken lungern, sondern es waren Leute, die einen Job oder einen Ausbildungsplatz hatten, die als Bankdirektoren, als Versicherungsvertreter oder z. T. auch in intellektuellen Berufen tätig waren. Das würde ich als die Mitte der Gesellschaft bezeichnen, also weg von den tatsächlich sozialen Rändern hin zu den Gutsituierten, zur guten bürgerlichen Mitte dieser Gesellschaft. Das war auch das, was Ignatz Bubis damals rekurrierend auf die Paulskirche noch einmal deutlich machen wollte. Es ist kein Randphänomen mehr, sondern es ist das, was auf den gängigen Partys der Eliten dieser Gesellschaft am Abend diskutiert und was ganz offen ausgesprochen wird. Ich will nicht auf verschiedene herausragende Persönlichkeiten rekurrieren, es geht bis in höchste politische Spitzen, die dann beim Glas Bier oder Champagner bestimmte Dinge von sich gegeben haben.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Kramer. Dann ebenfalls zur Frage Antisemitismus und dessen Verbreitung, bezogen auf die Gesellschaftsstruktur, sowie zur ersten Frage von Frau Pau, was mögliche Ost-West-Unterschiede betrifft und was die Altersstrukturen anbelangt. Herr Prof. Dr. Bergmann, bitte.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Ich komme noch einmal auf den Punkt davor – warum immer die Jugend? Ich denke, es gibt natürlich zwei zentrale Punkte. Der eine ist, bei ihr hofft man auf Beeinflussbarkeit. Die Älteren gibt man bis zu einem gewissen Grad verloren. Der andere ist die Frage der Gewalt. Wenn wir die Täterstruktur und das Alter der Täter ansehen, dann sehen wir schon, dass es einen sehr großen Unterschied gibt. Es ist im Grunde völlig spiegelverkehrt, je älter jemand ist, desto wahrscheinlicher hat er antisemitische Einstellungen und umgekehrt, je jünger jemand ist, desto häufiger ist er an antisemitischen Straftaten beteiligt. Die Tätergruppe ist, was Gewalt- und Straftaten angeht, im Wesentlichen zwischen 15 und 25 Jahre alt, es gibt ein paar ideologische Täter, die älter sind. Was den Alterseffekt angeht, der hat sich insgesamt etwas abgeschwächt, er war in der Geschichte der Bundesrepublik bis 1990 sehr viel

deutlicher erkennbar. Man konnte deutlich sehen, wie die Nachkriegsgeneration in diesen neuen demokratischen Staat hinein sozialisiert worden ist und wie die älteren Jahrgänge sich häufig nicht mehr umorientiert haben. Deren nationalsozialistischer Antisemitismus ist zwar nicht mehr offen geäußert worden, aber er war in den Einstellungsuntersuchungen sehr deutlich sichtbar. Ich denke, dass die älteren Generationen z. T. noch über die familiäre Erziehung usw. manches von diesem Erbe mitgetragen haben, während wir bei den jüngeren Generationen, das würde ich als einen gewissen Erfolg demokratischer Erziehung werten, doch eine Abnahme erkennen. In der Soziologie gibt es auch noch eine zweite Erklärung, das ist der so genannte Alterseffekt in dem Sinne, dass man feststellen kann – das gilt nicht nur für Antisemitismus, sondern auch für Fremdenfeindlichkeit –, je älter jemand wird, desto stärker scheint er wieder zur Ausgrenzung von Fremden zu neigen oder wertkonservativer zu werden und jegliche Form der Abweichung vom Mainstream als negativ zu werten. Auch hier liegt möglicherweise eine Erklärung dafür, dass sich der Rückgang antisemitischer Einstellungen in den älteren Generationen, d.h. bei den jetzt 60-Jährigen, die schon in der Bundesrepublik sozialisiert worden sind, weniger stark ausprägt als erwartet.

Der Ost-West-Unterschied war 1990 besonders deutlich ausgeprägt, seitdem haben wir eine Annäherung. Man hat im Grunde keine wirkliche Erklärung dafür gefunden. Mein Eindruck war, dass in der DDR so etwas wie ein antifaschistischer Konsens bestand, wie immer man den im Einzelnen bewerten will. Aber im Hinblick darauf, dass Rechtsextremismus oder Faschismus etwas Abzulehnendes ist und dass darin auch der Antisemitismus eingeschlossen war, das scheint doch relativ deutlich zu sein. Das wirkt in den älteren Generationen auch noch nach. Dort ist der Antisemitismus deutlich niedriger als bei vergleichbaren Altersgruppen in Westdeutschland. Das ändert sich jetzt erst in der jüngsten Kohorte. Ein zweiter Unterschied mag darin liegen, dass man das Thema Juden und Antisemitismus in der DDR völlig ausgeblendet hat, d. h. es gab relativ wenig Konflikte, die sich etwa um Wiedergutmachung oder solche Themen rankten. Das sind immer wieder Anlässe für Ressentimentbildung. Seit einigen Jahren sind die ehemaligen DDR-Bürger ja auch Teil dieses Konfliktszenarios.

Zur Mitte der Gesellschaft: Ich würde die Beobachtung durchaus teilen, dass wir den Antisemitismus natürlich nicht allein im rechtsextremen Lager lokalisieren können. Ob es so etwas wie Enttabuisierung oder Erosion gibt, da bin ich sehr skeptisch. Das Argument, dass die Leute ihre antisemitischen Briefe mit Adresse schreiben und sich nicht mehr verbergen, das hat Heinz Galinski schon 1972 verwendet. Das ist ein Topos, der immer wiederkehrt. Insofern bin ich da skeptisch. Allerdings gibt es empirisch auch gewisse Anzeichen. Es hat eine Frage in der Heitmeyer-Umfrage gegeben, wo es hieß: Ich bin es leid, mir von den Juden immer die Verbrechen vorhalten zu lassen. Dort gibt es eine Zustimmung von 65 % und zwar quer durch alle politischen Orientierungen. Das ist schon ein Warnzeichen, dieses Thema scheint auf Widerstand zu stoßen. Für mich ist dies ein zentraler Punkt, an dem über die deutsche Geschichte und über die Stellung zu Juden über diesen Erinnerungsdiskurs debattiert wird. Wenn der Konsens hier

aufgekündigt wird, dann sehe ich in der Tat eine gewisse Erosion. Ob es Enttabuisierung gibt, weiß ich nicht, weil wir immer wieder Tabubrüche erleben, die dann nachträglich wieder „repariert“ werden. Ob das die Fälle Hohmann oder Möllemann sind, da gibt es diese Durchbrüche, wo dann anschließend versucht wird, sie wieder einzudämmen. Ob man daraus einen Trend machen kann, das weiß ich nicht. Wenn man die Geschichte der Bundesrepublik ansieht, dann haben wir seit den 50er Jahren immer wieder diese Phänomene gehabt, immer wieder gab es Skandale, die dann wieder eingefangen wurden. Das ist sozusagen ein Perpetuum Mobile.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Jetzt hat für die Grünen-Fraktion Frau Lazar das Fragerecht.

BE **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einmal auf die Unterschiede Ost-West eingehen und dazu Frau Gryglewski fragen, wie Ihre Erfahrung mit Schulklassen ist, bzw. wenn Sie Erfahrung haben, die Rückwirkung auf die Eltern. Wie ist es zwischen den Schulklassen Ost und West, gibt es da Unterschiede?

Die nächste Frage an Herr Prof. Bergmann auch zur Ost-West-Problematik: Sie haben schon einige Ausführungen gemacht, aber es gibt auch noch andere Erkenntnisse. Ich selbst bin in der DDR aufgewachsen, bin durch das Schulsystem gegangen und kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es da eine einseitige Lehre gab – die erwähnte Lehrerin aus dem Bericht von Herrn Prof. Schoeps. Es gibt außerdem z. B. eine Auseinandersetzung um die Ausstellung der Amadeu-Antonio-Stiftung zum Antisemitismus in der DDR, aber auch andere unterschiedlichste Veranstaltungen. Wenn ich dabei bin, merke ich, es gibt harte Auseinandersetzungen. Es würde mich daher interessieren, was die DDR-Spezifika noch für Nachwirkungen haben kann. Was die, die jetzt Eltern sind, z. B. an ihre Kinder und an Jugendliche weitergeben, bzw. welche Ressentiments bei den heute Erwachsenen insbesondere Israel gegenüber noch erkennbar sind.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Zunächst zur Beantwortung der ersten Frage Frau Gryglewski, bitte.

SV Dipl. Pol. **Elke Gryglewski**: Die richtig relevanten Unterschiede stellen wir weniger zwischen Berliner Schulklassen Ost und West fest. Alles andere habe ich vorhin gesagt, was bestimmte Schultypen angeht. Sehr auffällig aber ist die Tatsache, dass wir bei Schulklassen aus Brandenburg tatsächlich das Problem haben, dass es fast zur Regel wird, dass pro Schulklasse ein bis zwei rechtsextreme Schüler dabei sind. Das ist schon ein relevanter Unterschied, den man für Schulklassen aus Bayern, Baden-Württemberg und auch aus Berlin so nicht feststellen kann.

Vors. **Sebastian Edathy**: Das ist kurz aber klar gewesen. In dem Sinne bitte Herr Prof. Bergmann.

**SV Prof. Dr. Werner Bergmann:** Sie haben das Stichwort selber schon genannt. In der Tat scheint es so zu sein, das merkt man in privaten Gesprächen und das hat sich in den ersten empirischen Untersuchungen gezeigt. Die einzige Dimension, in der die DDR-Bürger 1990 gleichauf mit den Westdeutschen waren, war in der Tat die Frage des Verhältnisses zu Israel. Ansonsten habe ich eher den Eindruck, dass es etwas größere Unsicherheit gibt. In Westdeutschland hat man über Jahre einen gewissen Sprachgebrauch eingeübt, wie man über Juden spricht, was man vermeidet usw. Das ist offenbar in den neuen Bundesländern noch nicht ganz so eingeübt. Ich glaube aber, in dieser Dimension sind die Unterschiede, was die Haltung zu Israel angeht, in den neuen Bundesländern sicherlich noch mit dem im Westen vergleichbar. Da gibt es keine positive Unterscheidung.

Vors. **Sebastian Edathy:** Vielen Dank! Ich habe noch eine weitere Wortmeldung und zwar von Frau Abg. Philipp. Ich darf fragen, ob es zu dem ersten Themenblock, der durchaus auch von den vier Themenblöcken am meisten Zeit in Anspruch genommen haben dürfte und den meisten Fragenbedarf ergeben hat, noch weitere Wortmeldungen gibt? Noch drei Kollegen. Dann müssen wir darauf achten, dass wir bis maximal 18.00 Uhr verlängern, weil ab 18.30 Uhr eine Folgeveranstaltung stattfindet. Insofern sollten wir jetzt nicht uferlos werden, aber vielleicht über die geplante Zeit eine halbe Stunde hinausgehen. Ansonsten wüsste ich nicht, wie wir die Themenblöcke III und IV noch vernünftig abhandeln sollten. Jetzt noch die drei Wortmeldungen und danach schließen wir Themenblock I ab. Zunächst hat für die Unionsfraktion Frau Abg. Philipp das Fragerecht.

Abg. **Beatrix Philipp** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wenn man so alt ist wie ich und so lange in der Politik ist wie ich, dann ist es eigentlich normal, zu sagen, dass man sich seit vielen Jahren und immer wieder mit der Frage des Antisemitismus befasst hat. Ich bin etwas unzufrieden, weil ich hergekommen bin, um zu vermeiden, dass man sagt: Gut, dass wir mal wieder darüber gesprochen haben. Bis jetzt ist es so, dass mir eigentlich so ganz viel Neues nicht entgegengekommen ist, außer, ich beziehe mich auf das, was Herr Broder gesagt hat, dieses Subtilere, Neuere, das, was mit Antizionismus zu tun hat ist und was so subtil und deshalb so wenig zu fassen ist.

Daraus ergeben sich für mich zwei Fragen. Einmal an Herrn Broder die Frage: Sind die Dinge, die Herr Krüger vorgetragen hat, eigentlich angemessen, d. h., werden sie dem gerecht, was eigentlich neuer, subtiler, schwerer zu fassen ist und vielleicht auch unbemerkter ist? Ich finde, es fehlt auch ein Hinweis auf die Medien und zwar auf das, was sie im Internet anbieten. Aber wieso regt sich eigentlich niemand, so wie ich, darüber auf, dass so ein Leserbrief, wie er eben zitiert wurde, hingenommen bzw. überhaupt abgedruckt wird? Warum machen die das? Um zu sagen: Ich bin mit meinen kruden Gedanken nicht alleine, sondern da gibt es einen, der genauso denkt wie ich. Das ist etwas, das ist viel subtiler und viel schlimmer, als wenn – wie es eben auch etwas verallgemeinert wurde – frustrierte Jugendliche Juden verhaften oder so. Sie verhaften auch Farbige, sie verhaften eigentlich immer diejenigen, die anders sind.

Deswegen frage ich und zwar Herrn Prof. Bergmann: Gibt es nicht auch einen Weg, einmal zu überlegen und damit auch die Frage zu verbinden – die Angst, die eigene Identität zu verlieren, oder der Wunsch, sich abzugrenzen, um eigene Identität zu fühlen, das ist ja etwas, was europäisch nachvollziehbar ist und auch so vorkommt –, ob nicht die Älteren mindestens so daran beteiligt sind? Ich möchte nur sagen: Ich bin 1945 geboren und man sieht es mir sicherlich auch an, dass ich über 60 Jahre alt bin, denn hier wird immer von den über 60-Jährigen gesprochen, packen sie noch 10 oder 20 Jahre drauf, wenn sie die meinen, die aus eigener alter Erfahrung die NS-Zeit kennen. Es geht um die Frage des Sich-Abgrenzens, um die eigene Identität, dann bietet sich so ein Muster an: Das hat man gehört, die Juden waren immer schon nicht beliebt, immer schon verfolgt, und dann lege ich da halt eine Schippe drauf.

Schließlich zur letzten Frage: Es gibt einen ganz alten pädagogischen Spruch: Ein Mensch, der Schwierigkeiten macht, hat welche. Deswegen auch immer meine Frage, wenn ich über diejenigen nachdenke, die dort auftauchen oder die wir sehen und von denen man hört: Müsste man nicht auch darüber etwas intensiver nachdenken, um angemessenere Lösungen zu finden als es so gemeinhin der Fall ist? Sicherlich habe ich nichts gegen politische Bildung, aber mir scheint das nicht mehr so angemessen zu sein, sondern es scheinen viel differenziertere Notwendigkeiten zu bestehen, um sich mit diesem Phänomen auseinander zu setzen. Das setzt eine saubere Analyse voraus, um dann angemessene Reaktionen zu haben.

Vors. **Sebastian Edathy**: Ich nehme an, die letzte Frage ging auch an Herrn Prof. Bergmann, Frau Kollegin. Dann sind Herr Broder, Herr Kramer und Herr Prof. Bergmann gefragt. Herr Broder zunächst zu den Ausführungen des Präsidenten der BpB.

SV **Henryk M. Broder**: Erst einmal, Frau Philipp, möchte ich Ihnen die Solidarität eines 60-Jährigen versichern, ich gehöre auch zu dieser Altersgruppe. In der Tat teile ich mit Ihnen die Erfahrung einer gewissen Redundanz dieser Debatten, die mich an Debatten erinnern, die wir in den 70er, 80er und 90er Jahren hatten und jetzt haben wir sie wieder. Das ist aber okay, das muss so sein und ich glaube, das geht gar nicht anders. Ich schätze das, was Thomas Krüger und die BpB machen, sehr. Ich sehe nur wie Sie darin die Schwierigkeit, dass er sich mit Feldern beschäftigt, die sozusagen in seinem definierten Arbeitsbereich liegen. Ich und Sie, wir können darüber hinausgehen. Aber was soll er anderes machen als Aufklärungs- und Bildungsarbeit betreiben, als Seminare fördern, Schriften in Auftrag geben und veröffentlichen? Ich glaube, wenn man sich mit dem klassischen Phänomen beschäftigt, bleibt einem nichts anderes übrig. Ich habe an den Fragen gemerkt, dass wir eine gewisse Leidenschaft für das klassische Phänomen entwickeln. Das ist so, als würden wir heute nicht über den Feinstaub diskutieren, sondern immer noch über das Waldsterben, weil uns bestimmte Phänomene vertrauter sind. Ich kann nur immer wieder darauf zurückkommen, es betonen und Sie bitten, sich damit zu beschäftigen. Erstens ist der Antisemitismus enorm

flexibel. Zweitens hat er die unangenehme Eigenschaft, seinen Analytikern und Kritikern immer um mehrere Nasenlängen voraus zu sein. Das heißt, wir debattieren auf einem Stand, den die Antisemiten nicht mehr haben, sie sind schon viel weiter. Herr Prof. Bergmann, wenn Sie darüber gesprochen haben, dass es relativ wenig Antisemitismus in der DDR gegeben hat, dann ist das richtig, weil Antisemitismus im Sinne eines antifaschistischen Konsenses einfach verpönt war. Es gab aber einen unglaublichen Antizionismus, an dem sich übrigens auch die westdeutsche Linke kräftig bedient hat. Das heißt, man kann nicht das eine Phänomen thematisieren und das andere verleugnen.

Ein zweites Beispiel für die unglaubliche Flexibilität dieses Phänomens ist das, was Herr Demirel gesagt hat. Er sprach von einer Opferkonkurrenz und davon, dass die türkischen oder die islamischen Jugendlichen sich zurückgesetzt fühlen, weil die Juden sozusagen die Opfer erster Klasse sind. Sie möchten auch als Opfer anerkannt werden. Worüber reden wir dann? Reden wir darüber, dass zuerst den Juden zum Vorwurf gemacht worden ist, dass sie so mächtig waren, und dass ihnen jetzt zum Vorwurf gemacht wird, dass sie sich als Opfer den Status der ewig Schwachen erschleichen? Gibt es so etwas wie einen Holocaust-Neid? Nimmt man also den Juden das übel, was sie durchgemacht haben? Ich halte das für eine sehr vernünftige Überlegung, aber es führt über alles hinaus, was wir hier an metrischen, mathematischen, rationalen Argumenten schon erwähnt haben. Ich halte die Frage des unglaublichen Holocaust-Neides für eine ganz zentrale Überlegung: dass die Juden jetzt sozusagen auch noch dadurch in eine privilegierte Situation geraten sind, weil sie den Holocaust erstens erlebt und zweitens überlebt haben. Das heißt, der Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungsformen ist wie eine Amöbe und er spielt mit uns das Spiel vom Hasen und Igel. Das müssen wir erst einmal einsehen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, ich habe mich eine Weile mit einem ganz absurden Phänomen beschäftigt, dem jüdischen Antisemitismus. Das dauerte zwei Jahre, bis ich und mein Anwalt es geschafft haben, ein Frankfurter Gericht davon zu überzeugen, dass es jüdische Antisemiten geben kann. Das nur als Beispiel, wie absurd das Phänomen ist und wie weit es reicht. Es reicht in der Tat nicht, es nur mit Statistiken, Tabellen und pädagogischen Modellen zu behandeln. Sie müssen auch noch etwas anderes berücksichtigen: Das ist hier keine antisemitische Republik. Das ist kein Land, das sozusagen von der Seuche des Antisemitismus befallen ist. Vermutlich ist der Prozentsatz der Antisemiten hier nicht höher als woanders auch. Wenn ich das mit der Situation in England oder Frankreich vergleiche, ist der Anteil hier wahrscheinlich sogar geringer. Nur, es ist ein unglaublich konstantes Phänomen. Man kann nicht den Antisemiten die Bedeutung geben, dass sie dieses Land im Griff haben, das haben sie nicht. Die Frage ist nur, um welche Antisemiten es sich handelt. Reden wir von den bürgerlichen Antisemiten – lassen Sie das Wort von der Mitte der Gesellschaft weg, also in der Tat von den „Möllemännern“ und den „Hohmännern“, die es auch außerhalb der politischen Zirkel gibt –, oder reden wir über die Randgruppen? Ich bin

bei aller Wertschätzung der empirischen Forschung, die sich mit Randgruppen beschäftigt, in der Tat dafür, sich mit dem bürgerlichen Antisemitismus zu beschäftigen.

Im Übrigen waren sämtliche Wortführer des Antisemitismus in der Geschichte des Antisemitismus gebildete Menschen. Es waren nicht Angehörige der Unterschicht, des Lumpenproletariats, es waren fast immer Akademiker oder Angehörige der gebildeten Stände.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Herr Kramer ist zu dem von ihm als Leserbrief bezeichneten Text, den er eingangs in seiner Stellungnahme verlesen hat, gefragt worden. Da hat sich mir auch dieselbe Frage gestellt wie bei Frau Philipp: Ist der wirklich abgedruckt worden, Herr Kramer, oder ist das eine Zuschrift an den Zentralrat der Juden in Deutschland gewesen?

SV **Stephan Kramer**: Er ist abgedruckt worden. Er ist uns von unseren türkischen Kollegen mit der Frage übermittelt worden, ob wir empfehlen könnten, etwas dagegen zu unternehmen. Das zeigt auch, wie eng muslimische und türkische Verbände mit jüdischen Verbänden zusammenarbeiten, was auch viele andere Bereiche angeht, wo man sich auch solchen konkreten rassistischen Dingen ausgesetzt sieht und fragt, wie man damit umgeht. Das ist nicht selbstverständlich.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank für die Klarstellung. Herr Prof. Dr. Bergmann zu den weiteren Fragen von Frau Abg. Philipp, insbesondere zur Frage nach angemessenen Gegenstrategien.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Ich glaube, das ist nicht unbedingt mein Ressort, die Gegenstrategien bekommen wir in der nächsten Abteilung. Ich will nur zu einem Punkt kommen, auf Nationalismus und das Definieren der eigenen Identität. Für die muslimischen Jugendlichen ist dieses Bewusstsein, eigentlich Opfer oder benachteiligt zu sein, ein sehr starkes Moment. Die Selbstkritik an der deutschen Vergangenheit wird von vielen Jugendlichen als Entwertung gesehen, die zu Problemen führt, eine eigene positive Identität auszubilden. Wenn man hier keine anderen Angebote macht, und wir sehen, dass etwa die Identifikation mit wirtschaftlichen Leistungen, mit einer Form von Patriotismus durchaus positive Ergebnisse bringen kann, dann kommt man genau an diesen Punkt, weil ein gekränkter Nationalismus ein sehr starkes Motiv für Antisemitismus ist. Auch schon historisch ist das einer der zentralen Motive gewesen, man fühlte sich als Opfer der Juden, der Einwanderergesellschaft usw. Wenn Sie sich die rechten Jugendlichen anhören, dann sind das wichtige Motive – die anderen kriegen das Geld, sie werden unterstützt und man selber bekommt nicht die nötige Aufmerksamkeit und Unterstützung. Ich glaube, dass man an diesem Punkt ansetzen muss. Insofern sind die Vorschläge, andere Formen der Anerkennung oder überhaupt eine Form der Anerkennung zu bieten, nicht nur als Bildungsangebot, sondern durchaus als reale Mitwirkungsmöglichkeiten an dieser Gesellschaft, ein ganz zentraler Punkt. Was die Bildungsarbeit angeht, ist das Hauptproblem, dass wir immer nur die Bildungsschichten

mit unseren Bildungsangeboten erreichen. Das ist auch in unseren Seminaren so. Es kommen immer nur diejenigen, die es eigentlich nicht nötig haben. Wichtig wäre, tatsächlich auch in die bildungsfernen Schichten hineinzugehen, auch mit Aufklärung. Es hat eine gewisse Wirkung, wenn man auch versucht, auch diese Klientel zu erreichen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Dann Herr Ahrendt für die FDP-Fraktion.

BE **Christian Ahrendt**: Die Frage kann ich auch im zweiten Themenblock stellen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Das ist eine gute Nachricht. Herr Abg. Montag, bitte.

Abg. **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will gerne das Bild aufgreifen, das Herr Broder zum Schluss mit dem Waldsterben und dem Feinstaub gemacht hat und stelle eine Frage zum Feinstaub an die Herren Professoren Bergmann und Schoeps.

Zuerst die Frage und dann eine kurze Begründung, warum ich sie stelle. Sie, Herr Prof. Schoeps, haben in Ihrem Eingangsstatement am Anfang der Fragerunde gesagt, dass Sie sich mit Freunden oder Bekannten zu intensiven Gesprächen treffen. Man isst gut, trinkt etwas, hat intensive Gespräche, dann kommt es zu einer aufgewühlten Debatte und Diskussion und Sie haben das Gefühl, darunter ist so irgendwie dieser antisemitische „Kammerton“. Ich kann Ihnen sagen, ich kenne das seit Jahrzehnten genauso wie Sie. Was ich aber fragen will: Was ist es genau? Wenn wir das nicht herausbekommen, werden wir Schwierigkeiten haben.

Zur kurzen Begründung meiner Frage: Herr Broder hat gesagt, bei den Alten, den Waldsterbens-Antisemiten, hilft nur Ausgrenzung. Das stimmt. Wo Straftaten vorliegen mit Strafrecht, ansonsten zivilgesellschaftliche Ausgrenzung. Wir haben den Antisemitismus als eine Art von schleicher Bemakelung jedes Diskurses bei Menschen, bei denen ich gerne darum kämpfen würde, sie nicht auszugrenzen, sondern sie auf unsere Seite zu ziehen. Um das tun zu können, muss man sich noch einmal die Frage stellen: Was ist dieser antisemitische Kammerton, können wir den irgendwie identifizieren? Es gibt im Politikbereich der Menschenrechtsdebatte, also in einem wohlfeilen Politikfeld, plötzlich Äußerungen zur Israelkritik. Es gibt auch im Politikfeld des antikolonialen Befreiungskampfes plötzlich den Diskurs einer Israelkritik. Was ist daran antisemitisch oder nur falsch? Oder die Frage Zionismus und Antizionismus. Sie haben das ein bisschen verniedlicht, Herr Prof. Schoeps, indem Sie gesagt haben, vor der Gründung des Staates Israel gab es ein paar, die dachten, erst wenn der Messias kommt ... Das hat sich erledigt, es ist viel schwieriger und komplizierter. Im israelischen Diskurs, im jüdischen Diskurs gibt es bis heute die rechten und die linken Zionisten, die Antizionisten und man weiß nicht, was der Zionismus ist. Ist es Groß-Eretz-Israel, oder ist es '48 oder '67, da gibt es alle möglichen Formen. Wieso ist eigentlich eine antizionistische Position antisemitisch? Das wurde hier allzu oft

gleichgestellt. Ich glaube, dass wir das vielleicht doch Unmögliche noch einmal anpacken und uns diesem „Kammerton“ widmen sollten, weil wir sonst Debatten, die kontrovers sind, in der falsche Kritik geäußert wird, in der über das Ziel hinaus geschossen und in der unsachlich diskutiert wird, von uns aus mit dem Makel des Antisemitismus bemakeln, obwohl er da gar nicht hingehört und damit im Sinne einer „self-fulfilling prophecy“ nur das anfeuern, was wir eigentlich niederhalten wollen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Eine komplexe Fragestellung: Ist Antisemitismus allgegenwärtig und ist Antizionismus immer auch antisemitisch? Gefragt sind Herr Prof. Dr. Schoeps und Herr Prof. Dr. Bergmann. Bitte zunächst Herr Prof. Schoeps.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Der Kammerton: Ich bin überzeugt, wir haben es mit einem tradierten Vorurteil zu tun, der über die Generationen immer weiter nachklingt. Das heißt, wir haben es mit Vorurteilsbildern tun, die z. T. – um die Soziologensprache zu benutzen – „freischwebend“ sind, sich aber in einer bestimmten Situation mit aktuellen Problemen verbinden können. Natürlich kann jemand Antizionist sein, wenn er weiß, was er damit überhaupt meint. Aber er kann auch gleichzeitig ein Antisemit sein. Das ist häufig sehr schwer auseinander zu halten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Kann man eigentlich jemanden von seinem Vorurteil befreien? Jeder Psychoanalytiker wird sagen: Das ist unmöglich, da jeder mit seinem Vorurteil bestens zufrieden ist. Warum soll er von diesem Vorurteil befreit werden? Ich bin fest davon überzeugt, dass das antisemitische Vorurteil nur sehr schwer zu bekämpfen ist, und wenn, dann würde das wirklich eine radikale Anstrengung in allen Bereichen der Gesellschaft voraussetzen, in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Kindergarten, an der Universität. Diese Bemühung, so scheint mir, ist nicht vorhanden.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Jetzt hat Herr Prof. Dr. Bergmann das Wort.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Um die Abgrenzung von Antisemitismus, Israelkritik und Antizionismus ist hart gerungen worden. Man hat in der „Working Definition“ des European Monitoring Centre (EUMC) versucht, einige Kriterien zu formulieren, wann Israelkritik in das antisemitische Fahrwasser gerät. Das Typische bei den Diskussionen ist ja: Solange man bei einer auch vielleicht ungerechten Kritik an Israel bleibt, ist es kein Problem. Aber die Erfahrung, die ich etwas 2003 gemacht habe, war, dass man auf Israel angesprochen und dies dann kritisiert wurde. Man hat dann ein Gespräch darüber angefangen und musste bemerken, dass der Gesprächspartner im Laufe des Gesprächs immer mehr von Israel weggekommen ist und auf Juden generell zu sprechen kam. Das ist ein typisches Muster. Daran kann man sehen, dass eigentlich die Kritik an Israel häufig eine Art von harmlosem Einstieg ist, weil man darüber reden kann, um auf ein dahinter liegendes Thema zu kommen, das einem am Herzen liegt. Spätestens in dem Moment, wo die Kritik an Israel auf alle Juden ausgeweitet wird, kommt es zu einem Übergang in den Antisemitismus. Das ist nicht in jedem Gespräch der Fall. Das Monitoring Centre hat versucht, hier Kriterien zu definieren: Wenn etwa das Existenzrecht Israels negiert wird, wenn man für Israel in der Politik ganz andere

Standards anlegt als für die Bewertung anderer Länder, dann kann man zumindest den Verdacht haben, wie auch bei der Frage des NS-Vergleichs, dass dort Aufrechnungsinteressen dahinterstehen, die mit Israels Politik nichts mehr zu tun haben, sondern mit eigenen nationalistischen Kränkungen und dass das doch in Richtung Antisemitismus zu interpretieren ist. Antizionismus und Antisemitismus empirisch zu trennen, ist äußerst schwierig. Es gibt inzwischen einige Studien, die versuchen, das auseinander zu nehmen. Dort kommen sehr interessante Ergebnisse heraus, z. B., dass dieser NS-Vergleich in Zusammenhang mit klassischen antisemitischen Stereotypen steht. Wenn man da aber unterscheidet, ob diejenigen, die das verwenden, politisch eher rechts außen oder links außen stehen, hat das einen völlig anderen Sinn. Bei den Rechten ist es ganz stark verbunden mit antisemitischen Stereotypen, auf der linken Seite ist es z. T. nicht der Fall. Also auch da sind die Kriterien erst einmal nur Versuche, diesem Phänomen näherzukommen, um trennscharf argumentieren zu können. Im Einzelfall ist es immer sehr schwierig zu entscheiden.

*Einwurf SV **Henryk M. Broder**: Nicht rekonstruierbar.*

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Broder, in der Regel nein, wir sind auch schon sehr knapp mit der Zeit. Sie können aber einen der hier anwesenden Berichterstatter bitten, Sie etwas zu fragen, was Sie gerne beantworten möchten. Wenn Sie es ganz kurz machen, Herr Broder, dann beantworten Sie bitte die eine Ihnen nicht gestellte Frage.

SV **Henryk M. Broder**: Ich erkläre Ihnen gerne, warum Antizionismus antisemitisch ist. Die Frauenfeindlichkeit zu Zeiten von Emma Goldman hat sich anders artikuliert, als sie sich heute artikuliert, wo Frauen einen relevanten Fortschritt in der Gesellschaft gemacht haben. Die antizionistischen Debatten, die unter Juden im Kaffeehaus-Zirkel vor 1933 oder sogar noch vor dem Ersten Basler Kongress 1897 geführt wurden, damals hatte Antizionismus eine völlig andere Konnotation. Damals ging es darum, wie sich die Juden ihre Zukunft vorstellten und welchen Weg sie gehen wollten, den Weg der Assimilation oder den Weg der Abgrenzung. Ob sie sich für eine nationalstaatliche Idee entscheiden, oder für die Idee, für die sich z. B. der Zentralverband Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens entschieden hat, die sich für die Assimilation entschieden haben. Heute hat Antizionismus eine völlig andere Konnotation. Man kann nicht ein Phänomen, das vor 100 Jahren aufgetaucht ist, damit begründen, dass es sich hier nur um eine politische Äußerung handelt. Es ist eine völlig andere Geschichte, nicht nur, weil der Zweite Weltkrieg und der Holocaust dazwischen liegen. Es gibt – und das ist hier klar geworden – ein freischwebendes antisemitisches Potenzial. Das freischwebende antisemitische Potenzial, ob man es mit 15 oder 20 Prozent ansetzt, das ist völlig egal, kann sich nicht im klassischen antisemitischen Sinne äußern. Nicht so, wie Wilhelm Marr, Adolf Stoecker und Karl Lueger es getan haben. Das wird zu Recht von dieser Gesellschaft sofort sanktioniert. Außer Horst Mahler und ein paar anderen Verrückten wird sich niemand so äußern, wie die sich geäußert haben. Eine Stellungnahme pro Antisemitismus im klassischen Sinne wäre heute eine Stellungnahme pro Auschwitz. Es geht nicht. Nicht nur weil es strafbar ist, sondern weil

die Gesellschaft es in der Tat nicht dulden würde. Aber wie verschafft sich dieses Ressentiment dann eine Erleichterung, wo ist das Ventil? Das Ventil ist der Antizionismus. Eine scheinbar politisch korrekte, historisch und sozial aseptische Möglichkeit, das alte Ressentiment loszulassen, ohne sich den Vorwurf des Antisemitismus einzuhandeln. Das ist der Unterschied. Deswegen gibt es heute keinen unschuldigen Antizionismus, der nicht antisemitisch konnotiert wäre. Es wäre schön, wenn es das gäbe, es kann es aber nicht geben.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, Herr Broder. Wir kommen jetzt zum Themenblock II, mit der Bitte, darauf zu achten, dass wir diesen Themenblock spätestens um 17.20 Uhr verlassen. Das erfordert einige Disziplin seitens der Fragesteller, aber ich fürchte noch mehr seitens derer, die als Sachverständige die Beantwortung vornehmen sollen. Ansonsten müssten wir Themenblöcke streichen und das würde ich gerne vermeiden. Frau Abg. Köhler hat einen Vorschlag zur Geschäftsordnung, bitte.

BE **Kristina Köhler (Wiesbaden)**: Wollen wir nicht Themenblock II und III zusammenfassen, weil es doch relativ nahe beieinander ist?

Vors. **Sebastian Edathy**: Also die Rolle des Bundes in der Auseinandersetzung und der Umgang der Sicherheitsbehörden. Gibt es dagegen Einwände, das zusammenzufassen und dafür insgesamt 45 Min. einzuplanen? Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir die Themenblöcke II und III in Verbindung bis maximal 17.40 Uhr. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, Frau Köhler, bitte.

BE **Kristina Köhler (Wiesbaden)**: Meine erste Frage geht an Herrn Krüger und da geht es mir um die politische Bildung. Wenn wir immer wieder feststellen, dass die Schuldabwehrkomponente ein ganz wichtiger Teil des klassischen Antisemitismus ist, was machen wir jetzt damit? Wie können wir mit einer jungen Generation, für die Holocaust nicht Zeitgeschichte sondern Geschichte ist, umgehen, wie können wir ihnen das vermitteln, wie können wir Verantwortung vermitteln, ohne dass wir genau diesen Schuldabwehrreflex provozieren? Das frage ich Herrn Krüger und auch Herrn Kramer.

Zum nächsten Punkt, den Sicherheitsbehörden: Im Internet, z. B. auf einer salafistischen Homepage, sieht man wirklich schlimme, haarsträubende Dinge. Zum Beispiel habe ich hier ein Zitat auf salaf.de gefunden, wo es über den jüdischen Glauben heißt: „Er trägt Bosheit gegenüber der Menschheit und ist eingetaucht in moralischen Zerfall, Habsucht und Begierde. Wie kann es deswegen eine Verbindung zwischen dem Koran und dem Talmud, dem Heiligen Buch der satanischen Juden geben?“ Meine Fragen gehen an Herrn Fromm und an Herrn Ziercke: Was kann man dagegen machen? Wie kann man diesen unglaublichen Dingen im Internet Herr werden? Wer verbreitet solche antisemitischen Dinge und welche Möglichkeiten haben die Sicherheitsbehörden, dagegen vorzugehen? Gibt es noch einen Wunsch an die Politik, wie man den Sicherheitsbehörden helfen könnte, besser damit umzugehen?

Vors. **Sebastian Edathy**: Zunächst zur Frage der Konsequenzen des Gehörten mit Blick auf die politische Bildung Herr Krüger und Herr Kramer.

SV **Thomas Krüger**: Frau Abg. Köhler, ich glaube es ist wichtig, dass man politische Bildung nicht nur eindimensional begreift. Es kommt auf der einen Seite darauf an, die Vergegenwärtigung von Zeitgeschichte als originären Baustein von politischer Bildung beizubehalten, auf der anderen Seite aber auch die veränderten Rezeptionen von jungen Leuten zu nutzen, um mittels des Einstiegs in andere Themenzusammenhänge diese Dimension von Zeitgeschichte zu erschließen und eine Haltung dazu zu erzeugen. Wir haben vor kurzem mit der KMK eine dreiteilige Konferenz gemacht, weil wir mit diesem Problem nicht mehr eindimensional weiterkommen. Holocaust Education alleine reicht nicht. Wir haben die Frage der Befassung mit dem Holocaust mit zwei weiteren Tagungen kombiniert, nämlich zum Thema Antisemitismus und zum Thema Nahost-Konflikt, um den Zusammenhang dieser Themen für Lehrkräfte zu nutzen, Fragestellungen und Lernszenarien zu entwickeln, die für junge Erwachsene, Schülerinnen und Schüler den Zusammenhang von Fragestellungen ermöglichen und um auch den didaktischen Einstieg über andere Fragen zu eröffnen, die letztendlich diese Dimensionen in den Blick bekommen. Schuldabwehrkomplex – natürlich haben wir diesen Komplex bei jungen Erwachsenen. Das heißt eigentlich, dass sich politische Bildung neu erfinden und andere didaktische Szenarien entwickeln muss, um an diese jungen Leute heranzukommen und sie mit diesen Themen zu erreichen. Genau das versuchen wir. Wir versuchen, nicht nur eindimensional aufzuklären und Informationsangebote zu machen, sondern wir versuchen, wenn man so will, den klassischen Kanon der politischen Bildung zu entgrenzen, um Intervention zu ermöglichen und um andere Einstiege zu den Themen zu eröffnen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Kramer, bitte.

SV **Stephan Kramer**: Ich versuche es kurz zu machen. In den letzten 10 bis 20 Jahren ist die Holocaust Education, so muss man leider sagen, in die völlig falsche Richtung gegangen. Das Ergebnis davon ist, dass ein Schuldkomplex erzeugt wurde, dass mit der sog. Kollektivschuld auf der Seite operiert wurde, die man erreicht hat. Was dazu geführt hat, damit sind wir auch bei der Identitätsfrage, dass wir eine zerstörte Selbstidentität haben, nicht nur bei muslimischen, sondern auch bei deutschen Jugendlichen, und das führt dann zu entsprechenden Problemen. Ich sage immer und ganz deutlich: Es kann nicht um Schuld gehen. Das müssen wir als jüdische Gemeinschaft auch vor allen Dingen immer wieder in Diskussionen deutlich machen. Es kann nur um Verantwortung gehen. Aus dem Wissen um das, was zwischen 1933 und 1945 passiert ist, muss die Verantwortung für jeden von uns erwachsen, für jeden in dieser Gesellschaft – Juden, Nicht-Juden, Muslime, Christen, Nichtgläubige – dafür einzutreten, dass Gleiches nicht wieder geschieht, und zwar nicht nur, wenn es um Juden geht, sondern um jede andere Form von Diskriminierung in dieser Gesellschaft. Wenn diese Generalklausel – ohne negieren zu wollen, was zwischen 1933 und 1945 tatsächlich passiert ist –, nicht als Schuldvorwurf begriffen wird, sondern als eine

Herausforderung und Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft und wir das glaubwürdig öffentlich und deutlich vertreten, dann haben wir eine Chance. Wenn man in die Gesellschaft, vor allem bei jungen Menschen, hineinsieht, was an Initiativen vorhanden ist, dann sieht man, dass das Früchte tragen kann und zwar positive.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Dann ist noch die Frage offen: Was können Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz bezüglich der Auswertung antisemitischer Propaganda, insbesondere im Internet tun? Zunächst Herr Fromm und dann Herr Ziercke, bitte.

SV **Heinz Fromm**: Ich denke, dass das, was hier als Tabuisierung bezeichnet worden ist und was auch stattfindet, im Internet nicht funktioniert, schon gar nicht im islamistischen Bereich. Selbst wenn es gelingen würde, wir hätten dafür keine Rechtsgrundlage, über die man nachdenken könnte. Das war auch ein Teil Ihrer Frage, solche Seiten zu sperren, zu zerstören oder zu verändern. Spätestens am nächsten, wenn nicht am selben Tag wäre der gleiche Inhalt wieder verfügbar. Die, die so etwas konsumieren wollen, finden das auch ohne weiteres wieder. Ich denke, dass sich hier genau die Fragen stellen, die gerade eben erörtert wurden. Man muss auf die Adressaten schauen. Wer konsumiert und interessiert sich für so etwas? Welche Wirkungen hat das auf junge Leute, um beim Islamismus zu bleiben, welche Wirkung hat es auf junge Muslime, auf welche Weise wirkt dieses u. U. radikalisiert und was folgt daraus, bzw. welches sind die Verläufe? Da muss angesetzt werden, in der gesamten Breite dessen, was heute hier schon angedeutet worden ist. Wenn ich Wünsche äußern könnte, was den Gesetzgebungsbedarf betrifft, würde das jedenfalls nicht an erster Stelle stehen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Ziercke, bitte.

SV **Jörg Ziercke**: Ich schließe mich dem an, was Herr Fromm gesagt hat. Allerdings, die Selbstverpflichtung der Provider, das ist mir zu wenig. Wir erleben das nicht nur beim Antisemitismus, sondern auch bei kinderpornographischen Inhalten, da ist doch bei dem einen oder anderen Provider eine deutliche Zurückhaltung, weil damit auch möglicherweise Regressforderungen verbunden sein können, so jedenfalls die Argumente. Das, was technisch an Blocking möglich ist, das geht mir überhaupt nicht weit genug. Es gibt im Ausland entsprechende Verfahren, die wir übernehmen könnten. Wir haben auch Initiativen gestartet, mit den Providern an einen Tisch zu kommen, das hat schon im letzten Jahr begonnen. Ich habe von den Providern, die ich angeschrieben habe, noch keine Antwort bekommen. Ich werde das als Angebot erneuern. Ich würde noch einmal da ansetzen wollen, dass man in Deutschland bei sich selbst anfangen sollte. Dass wir mit dem Ausland, mit Dänemark, Kanada oder USA, ganz andere Probleme haben, das hatte ich angedeutet, weil dort die Frage der Meinungsfreiheit noch anders interpretiert wird. Das Internet ist ein globales Medium. Aber auch da muss über die Europäische Union und über entsprechende Maßnahmen, die auch viel weiter gehen, als das, was wir in Deutschland politisch könnten, doch der Bereich angesprochen werden, die Initiativen müssen ergriffen werden. Polizeilich können wir im

Internet recherchieren und wir können das in Deutschland verteilen. Der Verfassungsschutz macht das intensiv. Wir sind dabei, auch deutsche Anbieter, die Produkte im Internet anbieten, einzubeziehen. eBay hat sich hier in besonderer Weise positiv hervorgetan. Wir machen das und wir sind dabei, Arbeitsaktionsplattformen zu identifizieren, aber letztlich reicht das nicht aus. Insoweit ist hier in der Tat die Frage, ob man eine neue Strafbarkeit für Provider benötigen würde. Ich will das nicht als Forderung erheben, aber darüber nachdenken müsste man schon.

Abg. **Beatrix Philipp**: Meine Damen und Herren, ich bin die Dienstälteste, deswegen vertrete ich Herrn Edathy für eine kurze Zeit. Ich habe Herrn Ahrendt von der FDP-Fraktion auf der Liste, Ihre Fragen, bitte.

BE **Christian Ahrendt**: Vielen Dank! Meine Frage richtet sich an Herrn Krüger, Herrn Kramer, Herrn Prof. Schoeps und Herrn Prof. Bergmann, wobei ich mit einer These aus dem Papier von Herrn Prof. Bergmann beginnen möchte. Sie schreiben dort: „Trotz aller öffentlichen und schulischen Beschäftigungen mit dem Holocaust ist der Anteil der Befragten, die Scham über die Verbrechen von Deutschen an den Juden äußerten, im letzten Jahrzehnt nicht größer geworden.“ Im Umkehrschluss führen Sie aus, dass diejenigen, die keine Scham über die Verbrechen empfinden, auch zum Antisemitismus neigen.

Die erste Frage, die daraus resultiert: Hat hier das, was an Bildung und Aufklärungsarbeit geleistet wurde, versagt, sind die Konzepte richtig und was muss geändert werden?

Die zweite Frage, anknüpfend an das, was Herr Abg. Montag sagte: Wie erreiche ich mit künftigen Bildungskonzepten die Mitte der Gesellschaft und wie muss ich diese Konzepte ausrichten? Wie erreiche ich, Herr Prof. Schoeps, den von Ihnen beschriebenen „Kammerton“?

Abg. **Beatrix Philipp**: Herr Prof. Bergmann, bitte zur Frage nach Konzepten und deren Wirksamkeit.

SV **Prof. Dr. Werner Bergmann**: Zu diesem Punkt fühle ich mich nicht als Experte.

Abg. **Beatrix Philipp**: Ich glaube, Sie dürfen trotzdem antworten oder möchten Sie nicht? Dann Herr Krüger, Herr Kramer und Herr Prof. Schoeps.

SV **Thomas Krüger**: Herr Abgeordneter, ich glaube, dass man in der Interpretation des Befundes so oder so an diese Frage herangehen kann und dass die politische Bildung in Deutschland über Jahrzehnte diese Themen auf recht verschiedene Art und Weise behandelt hat. Das kann man auch als Ergebnis vor dem Hintergrund des empirischen Befundes interpretieren, dass zumindest eine Stabilität in der Mehrheit der Bevölkerung hergestellt worden ist. Aber Sie sehen zugleich an dem weiter bestehenden Problem,

dass politische Bildung auch ihre Grenzen hat. Über diese Grenzen muss man auch sprechen. Politische Bildung erreicht in den klassischen Formen immer nur eine bestimmte Klientel. Nämlich die, die bereit sind, in politische Bildungsszenarien einzusteigen. Wir haben zurzeit eine sehr heftige Diskussion im Bereich der politischen Bildung, in der schulischen wie in der außerschulischen, ob sich nicht die Szenarien der politischen Bildung mit Blick auf die sog. bildungs- oder politikfernen Bildungsgruppen verändern müssen. Das heißt, dass man neben die klassischen Formate, die eher eine Aufklärungsdimension haben, stärker intervenierende Formate setzen muss, die politik- und bildungsfernen Zielgruppen erreichen und involvieren. Da können sie nicht mehr mit klassischen Wissensszenarien arbeiten, die nur für sich in diesem Zuständigkeitsbereich operieren, sondern sie müssen im Sinne einer entgrenzten politischen Bildung Allianzen zur Sozialarbeit, zu Übungsleitern im Sportbereich, zu Leuten, die eigentlich in anderen Tätigkeitsfeldern unterwegs sind, suchen und neue Formen und Aggregate der politischen Bildung finden, die nicht mehr klassische Veranstaltungen, Publikationen usw. sind, sondern Mischformen. Als Beispiel: Wir arbeiten seit sieben Jahren sehr erfolgreich im Bereich der historischen politischen Bildung in Strafanstalten und versuchen, übersetzt auf Sozialarbeit, mit Mitteln der Sekundär- und Terziärprävention Leuten eine Perspektive zu geben, die vom Rechtsextremismus wegführen. Alle Verfassungsschutzberichte weisen immer wieder darauf hin, dass die Akquirierung von Nachwuchs vor allem auch in diesen Haftanstalten passiert. Es ist uns in der Tat gelungen, Leute, die sich noch nicht festgelegt haben, aber zu der angesprochenen Klientel gehören, durch neue Formen von Intervention, wenn man so will, durch Sekundärprävention, politisch zu bilden und ihnen Alternativen zu geben, in Kombination mit Sozialarbeit. Das sind keine politischen „Bildner“, die in die Gefängnisse gehen, sondern qualifizierte Sozialarbeiter, die dort politische Bildung betreiben. Das sind sehr spannende Ansätze, die deutlich machen, dass neben den klassischen Formen politischer Bildung heute politische Bildung als Intervention, als hybride politische Bildung längst Wirklichkeit geworden ist und tatsächlich auch positive Ergebnisse vorzuweisen hat. Wir stecken aber noch in den Kinderschuhen, müssen diese Wege natürlich evaluieren und wissenschaftlich untersuchen lassen. Es gibt Anzeichen, dass Potenziale da sind und dass diese Potenziale längst noch nicht ausgeschöpft sind.

Vors. **Sebastian Edathy**: Als Nächster bitte Herr Kramer.

SV **Stephan Kramer**: Ich beziehe mich auf das, was ich vorhin schon zum Thema Holocaust Education gesagt habe, und ergänze noch einmal dazu. In den letzten paar Jahren, ich würde sagen, seit fünf oder sechs Jahren, hat es einen Paradigmenwechsel gegeben, wenn ich Yad Vashem oder andere große Institute ansehe, die hier sehr viel tun, was die Holocaust Education angeht. Man ist von der Erschreckenspädagogik mehr hin zu einer Personalisierung der Geschichte 1933 bis 1945 gekommen. Die Leichenberge und Gaskammern auf der einen Seite, aber mehr hin zu einer Frage, wie das Ganze begonnen hat, mit den kleinen Schritten der Ausgrenzung, der Diskriminierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe bis hin zur Deportierung und

Ermordung. Der weitere Aspekt, der angesprochen wurde, dass man versucht, die Geschichte der Juden in Deutschland auch darzustellen. Natürlich 1933 bis 1945, aber nicht nur. Was hat vorher stattgefunden? Nicht so sehr, um von 1933 bis 1945 abzulenken, sondern um deutlich zu machen, welche Rolle die Juden in der deutschen Geschichte und Kultur spielten. Welchen Stellenwert, welchen Anteil hatten sie? Was sind Mythen, die verbreitet worden sind, dass Juden z. B. im Ersten Weltkrieg nicht gekämpft haben, dass sie Vaterlandsverräter waren etc. Das Ganze breiter aufzustellen und wegzukommen von der reinen Erschreckenspädagogik, auf einem Konzept aufzubauen, um deutlich zu machen, worüber reden wir eigentlich. Reden wir nur über irgendwelche Zahlen und Fotos oder Bilder, die natürlich wichtig sind, oder reden wir über Menschen? Menschen, die im Schulunterricht hätten neben mir sitzen können, die mit mir vielleicht in der Gesellschaft denselben Platz eingenommen hätten. Das Ganze also deutlicher zu personalisieren und eine deutlichere Empathie möglich zu machen. Dass auf der einen Seite diejenigen, die das Schamgefühl in punkto Holocaust nicht äußern, auf der andere Seite sozusagen antisemitisch größer infizierbar wären, dass da eine Kausalität besteht, das liegt auf der Hand. Umgekehrt könnte man es positiv formulieren: Diejenigen, die ein Schamgefühl äußern, sind weniger anfällig für den Antisemitismus. Insofern kann man sich den Teil aussuchen, den man gerne für die Zustandsbeschreibung braucht. Ich wiederhole an der Stelle noch einmal: Mein Eindruck, nicht wissenschaftlich fundiert, aber aus den Erfahrungen und Gesprächen mit Schülern und jungen Menschen, zeigt sehr deutlich, dass es sehr viele Grauzonen gibt. Wir haben im Prinzip zwei Pole im Bereich der Jugendlichen. Auf der einen Seite diejenigen mit einer völlig zerstörten Identität, die einem Juden wie mir gegenüber treten und sagen: „Ja, was du sagst, ist richtig. Welche Ehre, dir überhaupt gegenüber treten zu dürfen. Wenn ein Jude in einer Diskussion auftritt, egal was er sagt, das stimmt immer.“ Auf der anderen Seite der Teil der Jugendlichen, die uns entgegentreten und sagen: „Kramer, wir können es nicht mehr hören. Jeden Abend einen Hitlerfilm, jeden Abend einen Nazifilm, hört endlich auf damit. Wenn ihr so weitermacht, dann machen wir es noch einmal.“ Wenn das das Ergebnis ist, die beiden Formen, auf der einen Seite sehr plakativ ausgedrückt, die zerstörte Selbstidentität und auf der anderen Seite sozusagen schon wieder das Ressentiment bzw. den Gegenpol, dann kann man nur sagen: Da ist etwas schief gelaufen. Das ist das, was ich kritisiere. Es ist in der Bildungspolitik angefangen worden, neue Wege zu beschreiten und wir sehen schon jetzt fruchtbare Ergebnisse, indem wir versuchen, gerade den Jugendlichen verständlich zu machen: Es geht nicht nur um Juden. Das ist nicht wieder die Exklusivrolle, die die Juden spielen, sozusagen unter exklusiven Schutz gestellt werden zu müssen. Die Frage ist: Was sind wirklich die Konsequenzen, die wir aus 1933 bis 1945 lernen und was heißt es für uns in einer Gesellschaft bezogen auf die unterschiedlichsten Formen von Diskriminierung? Wobei ich nicht missverstanden werden will. Ich will 1933 bis 1945 nicht kleinreden, ich will die Shoa nicht unter den Scheffel stellen. Das alles ist einzigartig, wenn man sich die Auswirkungen ansieht. Aber wir kommen nicht weiter, wenn wir nur mit diesem Einzigartigkeitskomplex arbeiten. Wir müssen versuchen, für Verständnis bei jungen Menschen zu werben, die

für sich genommen zu Recht sagen: Ich habe damals überhaupt nicht gelebt, was wollt ihr eigentlich von mir.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Prof. Schoeps, bitte.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Das, was Herr Krüger bemerkte, leuchtet mir ein und ich stehe voll hinter seiner Aussage. Politische Bildung muss immer wieder neu gedacht werden, neue Konzepte zu entwickeln, ist die Aufgabe einer Institution wie der „Bundeszentrale für politische Bildung“. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf die Mendelssohn-Akademie in Halberstadt hinweisen, die seit Jahren im Bereich der politischen Bildung arbeitet. Dort werden u. a. Grundschulklassen an das Judentum herangeführt. Sie lernen dort beispielsweise, u.a. eine Purimfeier unter Anleitung selbst auszurichten und Ähnliches mehr. Das geschieht mit großem Erfolg. Die Mendelssohn-Akademie in Halberstadt richtet jedes Jahr zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine Journalistenfortbildung aus. Dieses Angebot wird angenommen. Das sind die Projekte, die notwendig sind. Zu Ihrer Frage: Wie ändere ich den Kammerton? Ich bin sehr skeptisch, dass der Kammerton überhaupt änderbar ist. Wir haben es beim Antisemitismus mit wellenförmigen Bewegungen zu tun. Der Antisemitismus ist immer vorhanden, mal mehr mal weniger. Die Soziologen sprechen von einem latenten Antisemitismus. Wir können nur froh sein, wenn der latente Antisemitismus nicht ausbricht. Wenn wir davon ausgehen, dass der Antisemitismus in wellenförmigen Bewegungen auftritt, so wissen wir aus Erfahrung, dass die Wellen auch wieder abflachen. Wann das geschieht, wie das geschieht, das wissen wir nicht.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Für die SPD-Fraktion hat Herr Abg. Weisskirchen das Fragerecht, wobei ich gleich die Frage aufrufe, die Frau Fograscher an Herrn Prof. Schoeps gestellt hatte, bezüglich seiner Vorschläge und der Aktivitäten des Bundes. Zunächst Abg. Weisskirchen, bitte.

Abg. **Gert Weisskirchen (Wiesloch)**: Ich würde vorschlagen, dass die Themenkomplexe Judenhass, primärer sekundärer Antisemitismus, Antizionismus/Israelfeindschaft im Grunde genommen ein gemeinsames Thema sind, welches man natürlich differenzieren, von der Forschung her zugänglich aufschließen kann. Aber in Wahrheit steckt ein einziges Bild dahinter – das Syndrom. Es klingt sehr schön, der „Kammerton“, aber das kann man auch dissonant ausdrücken.

Meine Frage richtet sich bei dem Themenkomplex II erstens an die Bundesregierung, ich weiß nicht, wer dazu Stellung nehmen möchte: Es gibt über die Definition von EUMC und OSZE so etwas wie eine „Working Definition“, also eine Arbeitsdefinition. Da sind im Grunde genommen alle Komplexe erkennbar. In welcher Weise wird die Bundesregierung versuchen, diese Definition aufzunehmen – es ist eine Anregung aus der OSZE, das aufzunehmen – und in den Kontext übermitteln? Weil sie natürlich am Ende nur Datenerhebung machen können, wenn sie auch eine feste Definition haben, aufgrund derer sie Daten überhaupt erst ermitteln und sammeln.

Dann komme ich zu dem Punkt, den Herr Prof. Schoeps genannt hat: Brauchen wir so etwas wie einen Antisemitismusbericht? Das ist eine Frage, die die Bundesregierung zu beantworten hätte. Oder nehmen wir den anderen Punkt von Deidre Berger auf: Gäbe es eine Idee, der Herr Prof. Schoeps widersprochen hat, dass man einen Beauftragten des Bundestages oder der Regierung einsetzt? Wie gehen wir praktisch mit diesen Überlegungen um?

Zum letzten Punkt: Prävention und Repression. Herr Kramer hat schon deutlich gemacht, wie man Prävention verstehen kann, nämlich Empathie wecken. Wie beurteilen Sie, Herr Kramer, die Möglichkeit, die es ja gibt – es gibt in Deutschland glücklicherweise jetzt sehr viele jüdische Gemeinden –, Empathie dadurch auch zu erzeugen oder zu unterstützen und zu fördern, indem man jüdische Gemeinden stärker im Erziehungsprozess heranzieht? Wie geschieht das und welche Erfahrungen sind damit gemacht worden?

Zur Repression: Sie haben schon darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten gibt, neue Gesetze zu formulieren. An welcher Stelle sehen Sachverständige, Herr Fromm und die beiden anderen Präsidenten, einen Bedarf? Was sollte der Bund tun, um neue repressive Überlegungen anzustellen, gesetzliche Regeln zu schaffen, damit wir als Bundesgesetzgeber besser arbeiten können?

Vors. **Sebastian Edathy**: Das sind viele Fragen an viele Sachverständige. Ich würde das Wort zunächst an Frau Hammann für die Bundesregierung geben. Frau Hammann ist ...

*Einwurf Abg. **Beatrix Philipp**: Nicht rekonstruierbar*

Vors. **Sebastian Edathy**: Das ist richtig, aber die Frage des Kollegen Weisskirchen war, wie die Haltung der Bundesregierung ist und nicht, ob die Bundesregierung entsprechend tätig werden möchte. Frau Philipp, wir achten da mit gutem parlamentarischen Selbstbewusstsein schon sehr genau darauf, auch fraktionsübergreifend. Also, Frau Hammann ist Ministerialrätin und leitet das Referat Links- und Rechtsextremismus im BMI. Die Frage von Abg. Weisskirchen bezog sich auf die Definition des Antisemitismusbegriffs durch die OSZE und wie sich die Bundesregierung dazu positioniert.

MinRn **Christine Hammann** (BMI): Herzlichen Dank! Zunächst eine Klarstellung meinerseits. Ich bin mir der Rolle der Bundesregierung hier im Rahmen der Anhörung sehr wohl bewusst. Wir sind hier Gast und Zuhörer und wir werden uns mit dem Innenausschuss gemeinsam dem Thema zuwenden. Ich möchte allerdings nicht den Eindruck erwecken, vor Ihrer Frage zu kneifen. Was die Definition anbelangt, so ist die Definition des Antisemitismus, die die Bundesregierung gerade in der Erfassung der Erscheinungsformen, aber auch in der Erfassung der Straftaten zugrunde legt, eine

sehr weite. Sie sehen das im Vergleich der Straftatenerhebung hier in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten – da wird Deutschland von der EUMC immer positiv bewertet. Positiv in dem Sinne, nicht dass wir wenig Straftaten hätten, sondern dass wir uns sehr differenziert der Sache nähern und die Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sehr weitreichend auslegen. Bei aller Wertschätzung für die Festlegung von Definitionen und für Erklärungen, dass wir dieser Definition auch Folge leisten werden, finde ich, dass es wesentlich wichtiger ist, in der Praxis dieser Definition gerecht zu werden, als eine Erklärung zu unterschreiben, dies zu tun. Das wäre die Haltung der Bundesregierung.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Dann darf ich Herrn Prof. Schoeps bitten, bezüglich der Frage, die Frau Fograscher aufgeworfen hat, was Ihre im Eingangstatement erwähnten Vorschläge der Bildung eines Expertengremiums betrifft.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Ich bin dankbar, dass ich dazu noch einmal das Wort bekomme. Ich würde mir sehr wünschen, dass es zur Bildung eines solchen Expertengremiums käme, das zusammengesetzt sein könnte aus Soziologen, Politikwissenschaftlern, Psychologen und Pädagogen. Diesem Gremium sollte die Aufgabe übertragen werden, einen solchen Antisemitismusbericht zu erarbeiten. Verehrte Präsidenten, seien Sie mir nicht böse, wenn ich eine kritische Anmerkung mache. Ich glaube nicht, dass es ausreicht, dass BKA und Bundesverfassungsschutz entsprechende Berichte schreiben, denn diese Berichte sind selektiv und haben teilweise die Tendenz, Probleme zu verniedlichen. Ich will es an einem Fall deutlich machen: Vor 20 Jahren legten wir eine groß angelegte Studie über Friedhofsschändungen in Nordrhein-Westfalen vor. Verantwortlicher damals war Rainald Becker, heute ein ARD-Korrespondent in Berlin. Dabei kam etwas Interessantes heraus. Wir hatten Daten vom Landeskriminalamt, vom NRW-Innenministerium abgefragt und ausgewertet. Uns fiel damals auf, dass in den Berichten über aufgegriffene Täter immer „unpolitische Tat“ zu lesen war. Wir haben damals gerätselt, was das bedeuten sollte, bis wir darauf kamen: Die Ämter gingen davon aus, dass die aufgegriffenen Täter einer rechtsradikalen Gruppierung angehören mussten, dann erst galt es als eine politische Tat. Gehörten die Täter nicht einer rechtsradikalen Gruppierung an, waren es unpolitische Taten, sie fielen aus dem Raster heraus. Es war nach unserer Ansicht ein viel zu enger Begriff dessen, was wir „politisch“ nennen. Seit dieser Erfahrung bin ich der Ansicht, es müssen unabhängige Gremien und wissenschaftliche Institutionen sein, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Meine Anregung an die Abgeordneten und den Innenausschuss ist deshalb, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll ist, ein solches Modell zu entwickeln. Man kann es ja für fünf Jahre einmal ausprobieren. Dann werden wir sehen, ob und wie es funktioniert.

Vors. **Sebastian Edathy**: Dann hat Herr Kramer das Wort zu der Frage: Welche Rolle können die jüdischen Gemeinden zur Bekämpfung von Antisemitismus wahrnehmen?

**SV Stephan Kramer:** Lieber Herr Weisskirchen, die Frage ehrt uns sehr. Ich will auch nicht verhehlen, von Renaissance will ich nicht sprechen, da habe ich mich mit Paul Spiegel immer im Streit befunden, aber mit 120.000 Gemeindemitgliedern und über 100 Gemeinden sind wir weit über das hinaus, was 1989 sozusagen „übrig geblieben ist“ von denjenigen, die nach der Befreiung versucht haben, dann doch wieder jüdisches Leben aufzubauen. Ich warne davor – und ich meine das positiv –, die jüdischen Gemeinden hier zu überfrachten. Die jüdischen Gemeinden in ihrer Mehrzahl bestehen zu über 90 Prozent aus Zuwanderern. Das ist nicht die Begründung dafür, warum sie nicht in der Lage wären, sich hier zu engagieren. Im Gegenteil, viele der Zuwanderer engagieren sich und machen eine Menge mehr als manche Alteingesessene. Aber sie sind viel und oft damit beschäftigt, sich selbst zu finden. Die Gemeinden selber, was ihre Infrastrukturen angeht, sind dabei, auch wieder jüdische Wurzeln zu treiben – vorsichtig ausgedrückt. Was aber nicht heißen soll, dass man die jüdischen Gemeinden hier nicht mehr mit in die Pflicht nehmen soll. Aber an der Stelle möchte ich auch den Blick auf jüdische Organisationen richten: Honestly Concerned sehe ich auch hier im Raum, Moses Mendelssohn, Julius Schoeps hat davon gesprochen, American Jewish Committee, Frau Berger will ich auch nicht vergessen. Es gibt eine ganze Reihe allein von den hier anwesenden jüdischen Organisationen, auch der Zentralrat u.a., die sich in dem Bereich nicht nur gerne engagieren würden, sondern die das schon tun. Ich gebe zu, manchmal könnte die Qualität noch besser sein, aber ich bitte, das auch im Verhältnis dazu zu sehen, woher diese jüdische Gemeinschaft kommt, wie sie sich entwickelt hat. Man soll auch nicht immer mit dem vergleichen, was vor 1933 existiert hat. Noch einmal. Das hat nichts mit Renaissance zu tun. Wir sind im Aufbau befindlich. Aber wir sind willens und bereit, in dem Bereich unseren Teil beizutragen und ich denke, wir können viel dazu beitragen.

Vors. **Sebastian Edathy:** Vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich will auf eine objektive Schwierigkeit hinweisen, die mich mittels entsprechender Benachrichtigung in den letzten Minuten erreicht hat: Sechs unserer zehn Sachverständigen müssen in zehn Minuten den Saal verlassen, weil sie sich wegen ihrer Abreisemöglichkeiten bereits früh festgelegt hatten. Wir haben jetzt folgende Schwierigkeit: Herr Weisskirchen hat die drei Präsidenten befragt und dann steht das Fragerecht der Linksfraktion und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch offen. Es steht auch noch der Themenblock IV – Erwartung der jüdischen Gemeinde und der zivilgesellschaftlichen Akteure – offen. Ohne Herrn Kramer z. B. halte ich es für wenig sinnvoll, das Thema aufzurufen. Deshalb habe ich mit Frau Abg. Köhler besprochen, dass wir heute möglicherweise die Anhörung mit der Behandlung der Themenblöcke II und III beenden. Geplant ist, dass sich die Fraktionen im Nachgang zur der heutigen Anhörung zusammensetzen, um zu beraten, ob man möglicherweise einen fraktionsübergreifenden Antrag für das Plenum des Bundestages vorbereiten kann. Dazu könnte man noch einmal ganz gezielt bezüglich des entsprechenden Teils des Antrages die Sachverständigen, die zum Themenblock IV etwas sagen können, hinzuladen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich so verfahren. Mit vier von zehn Sachverständigen die Anhörung fortzusetzen, wäre nur bedingt sinnvoll. Das heißt, wir

konzentrieren uns auf die Themenblöcke II und III. Ich darf den Kollegen Weisskirchen fragen, ob er einverstanden ist, wenn nur einer der drei Präsidenten die Frage nach einem möglicherweise vorhandenen gesetzgeberischen Handlungsbedarf beantwortet und das könnte dann vielleicht Herr Ziercke sein, wenn Sie einverstanden sind. Herr Ziercke, bitte.

**SV Jörg Ziercke:** Vielen Dank! Ich will erst einmal mit dem beginnen, was getan worden ist. Wir haben den § 130 StGB – Volksverhetzung – am 24. März 2005 deutlich verschärft. Ich will einige Beispiele geben: „... zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert ...“, „Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“. Dann geht es weiter bei den Schriften: „... herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt ...“. Das ist derart differenziert, ich sehe in dem Feld nicht, was wir da ...

*Einwurf Abg. **Beatrix Philipp:** nicht rekonstruierbar*

**SV Jörg Ziercke:** Ja, das ist ein weiterer Punkt, was das Internet angeht. Das hatte ich schon deutlich gemacht, dass man da aus meiner Sicht durchaus ansetzen könnte und dass hier die Frage der Selbstverpflichtung deutlich in einen Druck umgewandelt werden muss. Darüber sollte man reden.

Eine kurze Bemerkung zu dem, was Herr Prof. Schoeps gesagt hat: Was Ende der 80er Jahre in der Erfassung bei der Polizei dazu geführt hat, was eine entsprechende antisemitische Straftat ist, das hat sich völlig verändert. Ich empfehle und biete an, einmal über das System der politisch motivierten Kriminalität in der Erfassung – Definition bei der Polizei – unterrichtet zu werden. Hier geht es um die Motivation, nicht um die Zugehörigkeit zu einer Organisation. Hier geht es auch nicht um den Opferstatus, ob es sich z. B. um einen Juden oder einen Israeli als Staatsangehörigen handelt. Es geht allein darum, welche Motivation der Täter verfolgt, um dann entsprechend erfasst zu werden. Ich bitte, das Angebot anzunehmen.

Vors. **Sebastian Edathy.** Für die Links-Fraktion fragt Frau Abg. Pau.

**BE Petra Pau:** Ich danke noch einmal für die Darstellung, was mit dem alljährlichen Bericht erreicht werden soll und welche Institutionen dort zusammenkommen können. Ich gebe zu, wir präferieren immer noch die unabhängige Beobachtungsstelle. Allerdings würden wir als Einstieg sicherlich auch einen solchen Bericht unterstützen. Ich will wegen der Zeitersparnis nicht nachfragen. Ich würde aber gerne die Herren Kramer und Prof. Schoeps noch einmal zum Thema Beauftragter fragen wollen und zwar gleich zusammengefasst, denn es gab ja schon ablehnende Stellungnahmen: Ein Beauftragter für die Beobachtung – da weiß ich nicht –, des Antisemitismus oder zur Koordinierung des Kampfes dagegen? Oder wäre es vielleicht sinnvoll, auch mit dem Blick auf einen ressortübergreifenden Ansatz, einen Beauftragten oder eine Beauftragte für Demokratie und Toleranz zu haben, um das spätestens bei den Haushalts-

beratungen wiederkehrende Gezänk, wer eigentlich zuständig ist, – das Innenministerium, das Familienministerium oder zum Schluss die Bildung und das drückt sich dann auch noch im Streit um das Geld aus –, auszuschalten und erst einmal über die inhaltlichen Ansatzpunkte zu reden, um dann zu sehen, wo es wie angesiedelt ist?

An Herrn Krüger ganz kurz mit Blick auf das, was eben schon debattiert wurde: Welches koordinierte Vorgehen können Sie in den letzten Jahren erkennen? Vielleicht auch in der Entwicklung zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Kultusministerkonferenz und bei den Kooperationspartnern, zu denen Sie ja dann auch sowohl beim Bund wie bei den Ländern gehören, um die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und auch Holocaust Education, einschließlich der von Herrn Kramer benannten Fehler und eventuell dem Lernen daraus, auszuwerten und daraus ein abgestimmtes Handeln zu entwickeln und weiterzuführen. Ich will Sie nicht in eine Falle laufen lassen, aber ich habe eine Antwort der Bundesregierung aus dem Bereich Bildung, in der mir mitgeteilt wurde: Das gibt es im Großen und Ganzen nicht und im Übrigen wäre die jüdische Gemeinschaft gar nicht daran interessiert, dass Holocaust Education stattfindet – offensichtlich aber ein Missverständnis in der Übersetzung –, sondern man wolle mehr über das jüdische Leben heute hier reden. Es könnte ja sein, dass die Wahrnehmung des Ministeriums eine andere vielleicht auch eine falsche war und es längst eine Koordinierung gibt.

Das Angebot von Herrn Ziercke würde ich gerne aufnehmen. Das Problem, was die Kriterien zur Erfassung politisch motivierter Kriminalität betrifft, das, was Herr Prof. Schoeps rund um die Schändung jüdischer Friedhöfe beschrieben hat, stellt sich mir in der Praxis tagtäglich noch viel verschärfter dar. Die Bundesregierung hat mir im vergangenen Jahr im Herbst geantwortet, dass man gar nicht in der Lage wäre, z. B. die Schändung jüdischer Friedhöfe als antisemitisch oder nicht antisemitisch einzuordnen. Also taucht die Schändung aus dem Jahre 2007 nach Aussage der Bundesregierung gar nicht erst in der Statistik der antisemitischen Straftaten auf. Das wäre natürlich bei anderen Straftaten auch noch einmal zu hinterfragen. Da würde mich interessieren, ob das eine oder andere an Kriterien uns noch gar nicht erreicht hat. Das würde sicher heute den Zeitrahmen sprengen, aber vielleicht kann es eine Verabredung geben, die im Protokoll steht, wie das allen zugänglich gemacht wird.

Vors. **Sebastian Edathy**: Ich schlage vor, dass wir noch einmal generell Herrn Ziercke in den Ausschuss einladen, um uns zum Thema politisch motivierte Kriminalität und entsprechende Erfassung in Statistiken vortragen zu lassen. Herr Krüger hat darum gebeten, weil es bei ihm zeitlich etwas drängt, zuerst antworten zu dürfen und zwar zum Thema koordiniertes Vorgehen. Bitte!

SV **Thomas Krüger**: Frau Abg. Pau, wir haben mit der Kultusministerkonferenz vor einigen Jahren diese Fragen schon diskutiert, weil es bei politischer Bildung auch vor dem Hintergrund der Föderalismuskommission eine weiterbestehende Bundeszuständigkeit und deshalb einen verstärkten Koordinierungsbedarf mit den Ländern in

dieser Frage gibt. Es hat dazu geführt, dass wir eine gemeinsame Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in dem Bereich gemacht haben, weil die Kultusministerkonferenz selber aus der Praxis heraus einen entsprechenden Fortbildungsbedarf signalisiert hat. Da ist es zu einer sehr fruchtbaren Kooperation gekommen und darüber hinaus auch zur Bereitstellung von entsprechendem Arbeitsmaterial für Lehrer und Schüler. Das ist einmal das übersetzte OSZE-Material, was wir gerade in unserer Reihe Themen und Materialien publiziert haben und darüber hinaus die vom Europarat präferierten Fragen in der Menschenrechtserziehung in der Kompass-Reihe. Übrigens mit hoher Auflage in das Unterrichtsfeld der schulischen Bildung distribuiert. Da sind wirkliche Erfolge zu verzeichnen durch eine Kooperation in der Sache mit der Kultusministerkonferenz und unter Absehung von Zuständigkeitsfragen, die manchmal die Fragen der Bildungspolitik beeinträchtigen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Zum Thema Beauftragtenwesen bitte Herr Kramer und Herr Prof. Schoeps, oder umgekehrt Herr Prof. Schoeps und dann Herr Kramer.

SV **Prof. Dr. Julius H. Schoeps**: Ich bin, was diese Frage angeht, leidenschaftslos. Wenn wir eine Formel finden, die realisierbar ist, dann bin ich einverstanden. Das kann ein Beauftragter sein, eine unabhängige Institution, ein Expertengremium. Über alles kann man reden und diskutieren. Es sollte allerdings etwas geschaffen werden, was uns weiter bringt. Was wir dringend benötigen, ist jedenfalls dieser jährliche Bericht, der so gehalten sein sollte, wie ihn andere europäische Länder mittlerweile auch vorlegen.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Kramer, bitte.

SV **Stephan Kramer**: Überhaupt kein Dissens zu Herrn Prof. Schoeps. Ich halte ein Expertenforum in der Tat für sehr wünschenswert. Ich würde sogar fast formulieren: unter einem Beauftragten oder einer Beauftragten. Ein Expertengremium, das sich damit entsprechend auseinandersetzt. Die Reibungsverluste zwischen den Ressorts, die wir in den vergangenen Jahren in der Bekämpfung des Themas Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung gesehen haben, das ist genau der Grund, warum wir uns dazu entschlossen haben, gruppenübergreifend zu sagen, wir möchten gerne jemanden haben, der auf Bundesebene und Regierungsseite Ansprechpartnerin oder -partner ist, um hier eine Adresse zu haben und nicht immer von Pontius zu Pilatus geschickt zu werden. Ich sage es etwas locker: Welches Etikett, meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie dem Ganzen aufheften, ist mir schnuppe, mir kommt es auf die Inhalte und die Verantwortungsbereiche an, die geliefert werden.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank! Dann hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Fragerecht, Frau Lazar, bitte.

BE **Monika Lazar**: Ich habe eine Frage an Herrn Demirel und Herrn Kramer. Beide haben in ihren Eingangsstatements auf die Bundesprogramme Bezug genommen und haben angemahnt, dass es bei den Förderbedingungen Änderungen geben müsste,

bzw. dass es wünschenswert wäre. Dazu hätte ich gerne von beiden Herren Ausführungen. Sollten beide jetzt gleich weg müssen, hätte ich es gerne schriftlich nachgereicht.

Vors. **Sebastian Edathy**: Zur Frage, ob die Struktur der Bundesprogramme und der Förderung entsprechender Initiativen u.a. gegen Antisemitismus vernünftig ist, so wie sie ist. Herr Kramer signalisiert, dass er zuerst antworten möchte. Nein. Dann hat zunächst Herr Demirel das Wort.

SV **Aycan Demirel**: Wir sind ja eigentlich ein Produkt der Vorläuferprogramme von Entimon und Civitas. Wir haben uns bis zur Einberufung dieses neuen Programms „Vielfalt tut gut“ durch Projektarbeit über Jahre weiterentwickelt und in diesem Arbeitsbereich „Pädagogik gegen Antisemitismus“ zumindest in Fachkreisen etwas etabliert. Da war die Kofinanzierungshürde viel geringer und durch eigene Akquise-Möglichkeiten konnten wir diese Hürde überwinden, mit Schwierigkeiten, aber es war immer möglich. Gerade beim Kofinanzierungsniveau von 50 % haben wir es mit der unmöglichen Situation zu tun, dass wir sehr viel Kraft in die Akquise stecken müssen. Wenn man sich die Adressaten der Kofinanzierungssuche ansieht, wobei auch alle anderen Initiativen und Projekte immer auf diese Töpfe angewiesen sind, bleiben für kleinere Initiativen wie unsere die Chancen sehr eingeschränkt. Konkret heißt das für uns, wie eben im Eingangsbeitrag erläutert: Wir haben ein erfolgreiches Projekt, wir haben 2007 in einer Kreuzberger Hauptschule angefangen, wobei sich die Schule vorgenommen hat, unsere erprobten Module in allen Schulklassen der 9. und 10. Klasse durchzuführen. Das können wir ressourcenbedingt nicht erfüllen. Solche Momente in unserer pädagogischen Arbeit sind in den letzten drei, vier Jahren nicht so oft vorgekommen, dass die Schule so bereitwillig, engagiert und sensibilisiert ist, nach Hilfe schreit und wir nicht in der Lage sind, weil uns die Mittel fehlen. ...

*Einwurf Abg. **Beatrix Philipp**: nicht rekonstruierbar*

SV **Aycan Demirel**: In dem Fall sind es 15.000 Euro, das ist nicht viel. Aber dennoch beschäftigen wir uns seit Monaten damit, wie wir diese 15.000 Euro finden. Noch grundsätzlicher ist die zweite Ebene. Wir fangen in der zweiten Projektphase an Gymnasien an. Auch mit ähnlichen Themen wie die, über die wir die ganze Zeit sprechen – Nahost-Konflikt, Islamismus, welche neuen Ansätze, welche innovativen Ansätze gibt es, was kann man aus den Erfahrungen lernen. Da fehlen uns die Gelder. Ob wir da überhaupt weiter arbeiten können, hängt damit zusammen, ob wir das Geld finden werden. Als Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sind wir eine der wenigen Initiativen, die nach vier Jahren ein wenig öffentliche Aufmerksamkeit erreicht hat. Durch die pädagogische Intervention und weil wir mit anderen Akzenten aufgetreten sind. Zum Beispiel hat sich eines der ersten Module, das wir entwickelt haben, mit Antizionismus beschäftigt und mit der Staatsgründung Israels. Bei so einer Sitzung wie heute immer noch über unser Existenzängste als Initiative sprechen zu müssen, zeigt die strukturellen Probleme bei der Bekämpfung des Antisemitismus. Ich

hätte gerne heute hier über Bildungsansätze diskutiert, aber ich muss darüber sprechen, ob wir überhaupt weiter existieren können oder nicht. Ich kann das nicht ausblenden, weil ich mit meinen Kollegen täglich darüber reden muss.

Vors. **Sebastian Edathy**: Herr Sachverständiger, wir werden das sehr zeitnah nach der heutigen Anhörung aufgreifen, da gibt es bei den Abgeordneten auch einen breiten Konsens. Ich will mich jetzt nicht persönlich zur Struktur und dem äußern, was aktuell beim Bundesprogramm gilt. Ich glaube, dass die Struktur dem Sinn der Förderung folgen muss und nicht umgekehrt. Herr Kramer zur Frage von Frau Abg. Lazar, bitte.

SV **Stephan Kramer**: Herr Vorsitzender, ich kann nur noch einmal unterstreichen, was Sie gerade zum Schluss gesagt haben. Die Frage ist: Was wollen wir mit den Programmen erreichen? Ich will nicht verhehlen, es hat Nachbesserungen gegeben, auch dank des Engagements des Parlaments, das deutlich gemacht hat, dass es Defizite gab. Es gibt Verbesserungen. Ich kann das gerne noch einmal schriftlich nachliefern. Die Frage der Kofinanzierung, Herr Demirel hat es erwähnt, 50 %, das ist für viele der kleineren Organisationen und Gruppen einfach schlichtweg unmöglich.

Zweitens: Es wird immer von sog. Modellprojekten gesprochen. Viele der Organisationen müssen alle zwei Jahre Modellprojekte erfinden, um irgendwie weiter unter die Förderung zu passen. Das ist mir schon klar, das sind haushalts- und fiskalpolitische Probleme. Nur ich frage noch einmal: Was wollen wir? Wollen wir hier dem ganzen Land beibringen, jedes Jahr neue Modellprojekte zu erfinden und interessante Anträge zu formulieren, oder wollen wir tatsächlich Initiativen vor Ort finanzieren, die dringende und wichtige Arbeit leisten im Kampf gegen Extremismus in allen Bereichen und bei Defiziten?

Die andere Sache und das sage ich durchaus ein bisschen selbstkritisch: Ich will nicht so tun, als würden wir auf der einen Seite in den Korb greifen und uns die Rosinen herauspicken und auf der anderen Seite immer meckern. Es sind gerade die großen Organisationen, die Wohlfahrtsverbände, die von den jetzigen Strukturen extrem profitieren, die aufgrund ihrer vorhandenen Strukturen einen großen Teil abbekommen. Dazu gehört auch der jüdische Wohlfahrtsverband, das will ich ganz deutlich sagen, während hingegen die kleinen Organisationen oder Initiativen vor Ort leer ausgehen. Was mich am meisten frustriert hat: Es gibt einen Beirat, der sich mit einzelnen dieser Projekte befasst hat. Genauer gesagt, haben wir uns nicht mit den Projekten befasst, sondern wir haben als Beirat vorgestellt bekommen, was bereits entschieden worden ist. Und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern für drei Jahre. So dass ich mich am Ende gefragt habe: Das ist ja schön, dass ich dabei bin, aber was ist dabei eigentlich meine Aufgabe? Danke!

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank für die Ausführungen. Es gibt noch eine weitere Wortmeldung, Frau Köhler, bitte.

**BE Kristina Köhler (Wiesbaden):** Eine letzte Frage an Herrn Broder: Den neuen Antisemitismus, den Sie uns beschrieben haben, wie bekämpfen wir den? Welche Inhalte müssen wir da vermitteln? Ist nicht ein ganz zentraler Inhalt, den ich immer wieder vermisse in der Debatte, dass wir schlicht deutlich machen, dass Israel unsere Werte teilt und Israel dort umzingelt ist von Völkern, die nicht unsere Werte teilen und dass man deswegen, wenn man über Israel redet, nicht immer nur über den Holocaust reden sollte, sondern auch über die Werte?

Vors. **Sebastian Edathy:** Herr Broder, bitte.

**SV Henryk M. Broder:** Wenn ich wüsste, was das Richtige ist, hätte ich es schon längst vorgeschlagen. Ich weiß es auch nicht. Ich weiß, dass die Schwäche meiner Argumentation darin liegt, dass ich sicher als Analytiker besser funktioniere, als ich es als Therapeut kann. Die Therapie eines Phänomens ist nicht meine Sache. Ich glaube nur nicht, dass man mit Geld oder noch einem Beauftragten oder noch einer Bundesbehörde etwas erreichen kann. Alles, was hier gesagt wurde, ist im Prinzip richtig. Es ist auch richtig, dass jeder das macht, was er an seinem Ort machen kann. Notwendigerweise sieht die Arbeit von Thomas Krüger anders aus als meine, das ist vollkommen klar, auch die von Deidre Berger anders als die von Stephan Kramer. Was Israel angeht, muss man sich in der Tat allmählich auch von der Holocaustargumentation verabschieden. Ich habe es auch immer kritisiert, dass Israel in seiner Selbstdarstellung immer noch auf den Holocaust abzielt. Wir müssen die Absurdität klarmachen, dass es sich um das einzige Land der Welt handelt, dem ständig entweder die Existenz bestritten wird, oder dem man ständig die Existenzberechtigung zuschreibt. Ein unmöglicher Zustand. Wenn Ihr Nachbar Ihnen jeden Tag sagen würde, Sie haben ein Recht zu leben, würden Sie sich wahrscheinlich sehr schnell bewaffnen, um seiner Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Was man machen könnte, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass in der Tat irgendetwas schiefgegangen ist. Der Antizionismus ist kein neues Phänomen. Ich habe zum ersten Mal 1976 darüber geschrieben, das ist über 30 Jahre her. Seitdem ist es ärger geworden.

Um noch einmal auf die Mitte der Gesellschaft zu kommen: Ich habe damals „Marginale Phänomene“ geschrieben, aus den Rändern der Grünen, aus den Rändern der DKP. All das finden wir heute inzwischen überall, in der „Frankfurter Rundschau“, in der „Frankfurter Allgemeinen“, im „Spiegel“, in der „Zeit“ und im Bundestag. Es ist in der Tat zur Mitte hin gerutscht als argumentatives Instrument. Die einzige Möglichkeit, etwas dagegen zu unternehmen, ist Aufklärung, obwohl ich nicht an Aufklärung glaube. Wenn Aufklärung geklappt hätte, hätte es kein Drittes Reich gegeben, wenn also die Idee der intellektuellen Aufklärung einen Sinn gehabt hätte, wäre die Geschichte Europas anders verlaufen. Aber ich glaube, was Sie sagten, ist vollkommen richtig: Man muss in der Tat, darauf abheben, dass wir Israel nichts schulden, weil das die Republik oder das Land der Holocaust-Überlebenden ist, sondern weil es eine demokratische Gesellschaft in einer undemokratischen Umgebung ist. Wenn man das vermitteln könnte, dann wäre

viel gewonnen. Leider läuft es zurzeit umgekehrt. Die Hamas und die Hisbollah haben auf viele Europäer, auch auf viele Politiker, deswegen eine so enorme Anziehungskraft, weil es sich um antidemokratische, totalitäre Gruppen handelt. Also ein Teil des Sexappeals dieser Gruppen kommt aus ihrer antidemokratischen Einstellung und es gibt sozusagen inzwischen ein Hasenrennen zwischen Abgeordneten des Bundestages, des Österreichischen Parlaments und des Schweizer Parlaments, wer es in der kürzesten Zeit schafft, mehr Hamas-Leute zu treffen und mit ihnen darüber zu verhandeln, wie der Nahost-Konflikt gelöst werden könnte. Eine für mich vollkommen absurde Situation.

Vors. **Sebastian Edathy**: Vielen Dank, auch für die letzte Frage von Frau Abg. Köhler. Wobei ich der festen Überzeugung bin, dass Antisemitismus keinen Deut an Legitimität gewinnen würde, wenn Israel nicht ein demokratischer Staat wäre. Insofern ist für mich persönlich nicht der entscheidende Punkt, dass wir uns gegen Antisemitismus engagieren sollten, weil Juden ein demokratisches Staatswesen errichtet hätten. Wenn sie Nordkorea errichtet hätten, wäre es dann eher zulässig, sich antisemitisch zu äußern? Man kann das sicher verschieden beurteilen, ich bin ja nicht als Sachverständiger eingeladen, das sind heute andere.

Wir sind am Ende der heutigen Anhörung angelangt, aber nicht am Ende der Behandlung des Themas. Der Innenausschuss wird sich zunächst im Kreise der Berichterstatterinnen und Berichterstatter direkt nach Vorliegen des Protokolls zusammensetzen, wie wir mit den bisherigen Ergebnissen der Anhörung umgehen. Der heutige Themenblock IV soll auch nicht untergegangen sein, sondern wird dann noch einmal, möglicherweise bei der Erarbeitung eines fraktionsübergreifenden Antrages, aufgerufen werden können. Dann möglicherweise nicht im Rahmen einer öffentlichen Anhörung, sondern im Rahmen eines nicht-öffentlichen oder auch öffentlichen Fachgesprächs mit den Sachverständigen, die hier insbesondere zum Themenblock IV – Erwartungen der jüdischen Gemeinde und der zivilgesellschaftlichen Akteure – eingeladen worden sind. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für die Teilnahme, insbesondere bei den Damen und Herren Sachverständigen und wünsche eine gute Abreise bzw. noch einen angenehmen Arbeitstag und eine erfreuliche Woche.

Ende der Sitzung: 17.53 Uhr